Nr. 27. 26. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 2. Februar 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Her mit einem einheitlichen Arbeiterrecht!

Seit 1890 steht die Sozialpolitik, insbesondere die Festlegung eines einheitlichen Arbeiterrechts und der Ausbau des Arbeiterrechts völlig still, ja geht dank einer Reihe von Maßnahmen der Verwaltung und infolge einengender Auslegungen durch Gerichte rückwärts. Die Eisenbahnwerkstätten sind durch einen Erlaß des preußischen Handelsministers seit 1½ Jahren der Gewerbeinspektion entzogen. Die Rechtsverhältnisse der Eisenbahnarbeiter schweben in der Luft. Das Koalitionsrecht aller gewerblichen Arbeiter wird in wachsendem Maße durch terroristische, rechtswidrige Akte der mächtigen Unternehmerverbände eingeengt. Auf dem Gebiete der Arbeitsordnung herrscht volle Willkür der Unternehmer. Zum Schutz der Arbeiter gegebene Vorschriften werden durch eine gelehrte Rechtsprechung in Vorschriften umgewandelt, die der Bereicherung großer Unternehmungen auf Kosten der Arbeiter dienen — erinnert sei an die Rechtsprechung zugunsten der dem Recht und den guten Sitten Hohn sprechenden Werkspensionskassen. Selbst das Lohnbeschlagnahmegesetz von 1869 wird nach fast vierzigjährigem Bestehen einer bis vor wenigen Jahren noch für unmöglich erachteten, den Arbeitern ungünstigen Auslegung unterworfen. Umgehungen des bereits vor mehr als einem Jahrhundert verpönten Trucksystems durch Prämien-, Tantiemensysteme und dergleichen werden von Gerichten gutgeheißen. Durch Personalkonventionen und Konkurrenzklauseln wird ein abscheulicher Terrorismus gegen die Angestellten und Arbeiter getrieben. Ihre Arbeitskraft, deren Gebrauch für ihre Existenz erforderlich ist, wird lahmgelegt. Die wenigen Arbeiterschutzbestimmungen werden mißachtet. Werden hier und da einmal Strafen ausgeworfen, so wirkt die Niedrigkeit derselben wie eine Prämie für Uebertretung der gesetzlichen Schutzgebote. Wie mit Leben und Gesundheit der Arbeiter gewüstet wird, zeigen die von Jahr zu Jahr steigenden Blutopfer auf dem Schlachtfeld der Arbeit. Arbeiterkontrolleure, Arbeiterausschüsse, die durch allgemeine, direkte und geheime Wahlen der Arbeiter gewählt und deren Mitglieder in ihrer Funktion geschützt werden, fehlen in Deutschland. Die Ruhe- und Sonntagsruhe-Vorschriften für Angestellte, Handlungsgehilfen und Arbeiter sind dringend reformbedürftig. Eine Sicherstellung des Koalitionsrechts ist unabweislich. Der Arbeitsschutz für jugendliche Personen, der in England alle Arbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahre seit 1½ Jahrhunderten umfaßt, gilt in Deutschland nur für Arbeiter bis zu 16 Jahren. Die Arbeitszeit für männliche erwachsene Arbeiter ist nach wie vor in Deutschland eine unbegrenzte.

Kurz: die Verhältnisse aller Arbeiter in Deutschland sind weit von dem in dem kaiserlichen Erlaß vom 4. Februar 1890 aufgestellten Grundsatz entfernt:

> die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.

Die Rechtsunsicherheit tritt als Folge des Mangels eines einheitlichen Arbeiterrechts hinzu. Es gilt beispielsweise für den Heizer die Seemannsordnung, wenn er auf einem Seeschiffe, das Binnenschiffahrtsgesetz, wenn er auf einem Flußdampfer, die Gewerbeordnung, wenn er in einer Fabrik arbeitet, das Bürgerliche Gesetzbuch und unter Umständen die Ausnahmegesetze gegen ländliche Arbeiter, wenn er die Dampflokomobile auf einem Gute bedient, das Berggesetz, wenn er als Arbeiter eines Bergwerks zu betrachten ist, die Gesindeordnung, wenn er als Hausgesinde die Dampfheizung des Hauses zu besorgen hat. Ist er als Lokomotivführer angestellt, so fallen für ihn nach Ansicht des Handelsministers alle Schutzvorschriften fort. Für die Bäckermamsell kommt das Handelsgesetzbuch in Betracht, soweit sie als Verkäuferin kaufmännische Dienste verrichtet, die Gewerbeordnung, soweit sie auch mit dem Backen betraut wird, das Gesinderecht, falls sie im Hause wohnt und häusliche Dienste zu verrichten hat. Nach Dutzenden und Hunderten ließen ähnliche Beispiele sich anführen, die geradezu nach Einheitlichkeit des Arbeiterrechtes und nach Arbeiterschutz schreien.

Der Arbeiter, gleichviel ob er im Kontor oder in der Werkstatt, in der Fabrik oder im Laden, auf dem Lande oder in den Eingeweiden der Erde, auf dem Schiff oder in häuslichen Diensten beschäftigt ist, hat ein Anrecht darauf, daß seine Arbeitskraft ihm erhalten und arbeitsfähig erhalten bleibt: Arbeiterschutzgesetze sind für seine Existenz dringend erforderlich. Einen Schutz auch dagegen hat er zu verlangen, daß die von ihm ausgegebene Arbeitskraft nicht ohne Entgelt und nicht ohne hinreichenden Entgelt bleibt.

Und was hat die Reichsregierung seit 1890 trotz allen Drängens auf dem Gebiete des Arbeiterrechts — wenn man von der sogenannten völlig unzulänglichen Arbeiterversicherung absieht — getan? Nichts, rein gar nichts. Rückwärts ist ihre Parole, weil ihr ein Rückwärts die Herren von der schweren Industrie gebieten.

Aber ist nicht die „große Gewerbeordnungsnovelle" vorgelegt? „Große Gewerbeordnungsnovelle" — welcher Euphemismus für das stümperhafte Flickwerk, das unter dem 16. Dezember 1907 dem Reichstag, am 21. Dezember 1907 den einzelnen Abgeordneten zuging!

Sein wesentlichster Teil, der einzige, der nach einigen mühsam erkämpften Verbesserungen als kleiner, freilich unzulänglicher Fortschritt wenigstens für einige Arbeiterinnen betrachtet werden kann, ist am 9. Dezember 1908 verabschiedet. Darob zeterten die Großindustriellen so, daß der Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg am 15. Januar dem Reichstag die Leviten über — zu überhastetes Vorgehen las. Der Reichskanzler Fürst Bülow sang in seiner am 19. Januar im Abgeordnetenhause vor den Junkern gesungenen Gnadenarie nach derselben Melodie und schmetterte gar noch einige Fortissimi gegen den Mangel an Sparsamkeit in der — Sozialpolitik! Die Großindustrie sitzt der Regierung im Nacken. Neuerdings versteigt sich deshalb der Zentralverband der Industriellen zu einem feierlichen Protest auch gegen den leisesten Fortschritt. Die Gewerbeordnungskommission hatte dem Vorschlag zugestimmt, daß auch für weibliche Arbeiter durch Ortsstatut ein Fortbildungsschulzwang bis zu ihrem 18. Jahre angewendet werden könne. Grund genug für den die Regierung beherrschenden Verband und eine Reihe Einzelverbände, schärfsten Protest einzulegen — und das, wiewohl dieselbe Bestimmung von 1878 bis 1891 ohne die geringste Beanstandung durch die Industrie bestanden hatte!

Die Großindustrie wittert Nachtluft. Gegen ihr Wühlen ist ein besonderes Rüsten der Arbeiterklasse erforderlich.

Was enthält die Gewerbeordnungsnovelle durch Ausscheidung des im Dezember 1908 verabschiedeten, Gesetz gewordenen Teils? Wir rufen es unseren Lesern in Erinnerung. Der Inhalt der Novelle fordert lediglich:

1. Die Feststellung, daß die Zeugnisse — was heute schon nach Ansicht der übergroßen Mehrzahl der Gewerbegerichte bestehendes Recht ist — vom Tage der Kündigung, nicht erst vom Tage des Antritts ab gefordert werden können;
2. die gleichzeitige Umwandlung der Lohnbücher und Arbeitszettel in Abrechnungsbücher;
3. Ausdehnung der Möglichkeit ortsstatutarischen Fortbildungsunterrichts auf weibliche Arbeiter;
4. Aenderung des § 120 o der Gewerbeordnung dahin, daß der Bundesrat ermächtigt sein soll, Strafvorschriften gegen Arbeiter wegen Uebertretung von Schutzvorschriften anzuordnen und daß Bundesrats-Schutzvorschriften im Sinne des § 120 a bis 120 e auch nur für einzelne Landesteile erlassen werden können;
5. einige Vorschriften über das Rechtsverhältnis der Werkmeister und Techniker: eine längere als achtwöchentliche Uebung soll Entlassungsgrund sein, Anrechnung des Krankengeldes auf den Lohn, Zahlung des Gehalts am Monatsschluß, Gültigkeit der Konkurrenzklausel bis zu drei Jahren;
6. unzureichende Vorschriften über Heimarbeiter: es fehlt vor allem die Erklärung der Heimarbeiter und Hausindustriellen als Arbeiter und ihre Unterstellung unter alle Schutzvorschriften;
7. Erhöhung der Strafvorschriften gegen Uebertretung der Schutzbestimmungen.

Das ist der gesamte Inhalt des prunkend als große Gewerbeordnungsnovelle erschienenen Machwerks. Unsere Fraktion sucht aus dieser Flickarbeit ein einheitliches Arbeiterrecht mit wirksamen Schutzvorschriften zu gestalten. Wie unsere Leser aus den Kommissionsberichten wissen, fällt die Mehrheit der Kommission, das Zentrum nicht ausgeschlossen, dieser Absicht fortdauernd in den Arm und sucht die ganze Arbeit auf die von den Regierungsflicken erfaßten Paragraphen der Gewerbeordnung zu beschränken. Erfreulich ist, daß neuerdings in den Kreisen der Arbeiterklasse überall lebhaft gegen diese Verschleppungsabsicht durch Protestversammlungen Front gemacht wird. Möge diese Protestbewegung nicht erlahmen und zu einem gedeihlichen Erfolg für die Arbeiterklasse führen.

Keine Vertagung!

Zur rechten Zeit haben Sonntag die Arbeiter Preußens den Ruf nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht in den Versammlungen und auf der Straße von neuem erhoben. Es war die Antwort auf die Ankündigung der preußischen Regierung, daß ihre Arbeit an der dringendsten und wichtigsten Forderung des Volkes in der Verschleppung der Reform beruht, die Antwort auch auf die Abstimmung des Junkerparlaments, die nicht zuletzt durch die Lauheit der sogenannten bürgerlichen Wahlrechtsfreunde ergebnislos geblieben ist. Die Arbeiter haben aufs neue bewiesen, daß sie hinter ihrer Forderung stehen und daß sie nicht dulden wollen, daß das Recht des Volkes zu einem Schacherobjekt zwischen den Junkern und einem wankenden Kanzler werde.

Denn diese Gefahr ist allerdings vorhanden und die Regierung des Fürsten Bülow scheint nicht übel Lust zu haben, das Resultat, das eine Zufallsmajorität von drei Stimmen bewirkte, als Vorwand zu benutzen, um das lästige Problem ganz beiseite zu schieben. Die „Nordd. Allg. Ztg." kündigt dies auch bereits ganz offen an. „Die Abstimmung", sagt das Kanzlerblatt, „ergab die Ablehnung aller vier Punkte des nationalliberalen Antrags; der Gegenstand ist **mithin als vertagt zu betrachten**, bis er mit tatsächlicher Aussicht auf seine Förderung wieder vorgenommen werden kann."

Man kann wirklich nicht mehr wegwerfender Gleichgültigkeit von einem Gegenstande sprechen, für den die Krone sich feierlich engagiert hat, den die Thronrede als „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart" bezeichnet hat. Der Umstand, daß ein paar Abgeordnete in der Sitzung des Landtags gefehlt haben, genügt dieser gewissenhaften und pflichteifrigen Regierung, ihre wichtigste Aufgabe sofort als vertagt zu betrachten! Diese Vertagung ist das einzige, was sie uns als sicher verheißt. Ueber den Zeitpunkt, wann diese Vertagung aufhören soll, findet sie es nicht der Mühe wert, auch nur ein Wort zu verlieren!

Das Erbitterndste aber an dieser aufreizenden Gleichgültigkeit der Regierung ist, daß ihre sklavische Abhängigkeit von den Befehlen der preußischen Konservativen in diesem würdelosen Zurückweichen so jämmerlich offenbar wird. Was sind noch so feierliche Versprechungen einer Thronrede gegenüber einem Machtwort der Junker? Ein konservativer Hauch berührt sie und sie sind nicht mehr.

In vier Dingen hat Bülow in letzter Zeit bei den Konservativen Anstoß erregt. Für seine Haltung bei den Debatten um das persönliche Regiment hat er in seiner Landtagsrede um Verzeihung gebeten; seine Berufung auf den Beamtenerlaß hat er privatim als unanwendbar bezeichnet, sobald Konservative in Betracht kämen; in der Frage der Nachlaßsteuer wird er jedes Kompromiß mit freudigem Dank hinnehmen, wenn ihn die Junker nur noch einmal pardonnieren. Und in der wichtigsten Frage, für deren Lösung er einzusetzen sich verpflichtet hat, begeht er offenen Wortbruch. — Die Konservativen dürfen ihm wieder ihre Huld zuwenden: „Der Gegenstand ist als vertagt zu betrachten. . ."

Für die Arbeiterklasse aber ist die Wahlrechtsfrage nicht vertagt und sie ist nicht gesonnen, den Frieden zwischen Junkern und der Regierung mit dem Verzicht auf ihre politische Gleichberechtigung erkaufen zu lassen. Fürst Bülow und seine Minister mögen sich vielleicht einbilden, daß die Wahlreform eine Angelegenheit sei, die zwischen der Regierung und dem verhaßten Unrechtsparlament allein erledigt werden kann. Die Sache der Arbeiter ist's, solche schädlichen Illusionen zu zerstören. Ihre Demonstrationen beweisen, daß die Zeiten auch in Preußen vorbei sind, wo die Arbeiter nur die Objekte der Gesetzgebung waren. In der Wahlrechtsfrage, in dieser Lebensfrage der demokratischen Entwickelung, sind sie, und sie in erster Linie, die berufenen Subjekte der Gesetzgebung, und da die Stimme ihrer kleinen Vertretung im Landtage nicht ausreicht, so müssen die Massen selbst in Aktion treten.

Die gestrigen Demonstrationen sind überall sehr eindrucksvoll verlaufen. In zwei Städten ist es jedoch zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Aber gerade der ruhige und ordnungsmäßige Verlauf der meisten Demonstrationen, die ja überall den gleichen Charakter einer friedlichen Manifestation trugen, zeigt am besten, wem die Schuld an solchen Zusammenstößen zuzuschreiben ist. Was in Frankfurt, Köln und anderen Städten möglich war, wäre auch zu Stettin und Hannover möglich gewesen, wenn die Polizei dort ebenfalls jenen Grad von Besonnenheit und Zurückhaltung gezeigt hätte, den sie in den anderen Orten aufgebracht hat. Viel verlangen ja die preußischen Arbeiter nicht, die die Fähigkeiten der Polizeileiter zu überschätzen nie Veranlassung gehabt haben. Aber dieses Wenige kann geleistet werden und muß daher auch geleistet werden. Für das Uebrige sorgt die hohe Disziplin und Schulung der deutschen Arbeiter, die nie die Absicht haben, ihre politischen Manifestationen in Zusammenstöße mit Polizisten ausarten zu lassen und daran auch keine Schuld tragen.

Die Demonstrationen des Sonntags haben aufs neue bewiesen, daß die Forderung des gleichen Rechts die Massen gepackt hat; haben unsere ersten Demonstrationen die Wahlrechtsforderung auf die Tagesordnung gesetzt — uns ist nicht bange, daß die Arbeiter Preußens imstande sein werden, sie auf der Tagesordnung zu erhalten.

* * *

Die Demonstrationen.

Kiel.

Die Demonstration hat einen glänzenden Verlauf genommen. Sechs Versammlungen waren von der sozialdemokratischen Partei einberufen worden, zwei in Kiel, je eine im Stadtteil Gaarden und den Vorortsgemeinden Winterbek, Ellerbek und Dietrichsdorf. In Trupps zu Hunderten kamen die Arbeiter aus den verschiedenen Straßenzügen angerückt und zu Beginn der Versammlungen waren sämtliche Lokale überfüllt. Als die Versammlungen geschlossen waren, ging von Mund zu Mund der Ruf: Auf die Straße! Zwei gewaltige Menschenströme von je 4000 Personen nahmen von den Lokalen „Gewerkschaftshaus" und „Englischer Garten" in Kiel aus ihren Weg, um in die innere Stadt zu gelangen. Die Polizei war ängstlich bemüht, die Demonstranten aus dem inneren Geschäftsviertel und vor allem aus der Gegend des Schlosses des Prinzen Heinrich von Preußen fernzuhalten. Durch diese ihre Taktik wurden ganz gegen ihren Willen die beiden Züge zusammengeführt, und nun bewegte sich eine ungeheure Menschenmenge von zirka 8000 Köpfen nach dem mitten in der Stadt liegenden Exerzierplatz. Hier trafen auch die Ellerbeker und Gaardener Wahlrechtsdemonstranten ein. Die Ellerbeker waren in einem Zuge von 700 Personen nach Gaarden marschiert, schlossen sich hier den Gaardener Wahlrechtsdemonstranten an, und nun zog ein Zug von 3500 Menschen um den südlichen Teil des Hafens in die Stadt zum Exerzierplatz. Hinter den Gendarmen her kamen gleich die Winterbeker Versammlungsbesucher, einige Hundert Personen, auf den Exerzierplatz marschiert. Die Wahlrechtsdemonstranten aus Dietrichsdorf fuhren 400 Mann stark mit einem Dampfer über den Hafen und stießen gleichfalls zu dem Riesenheer von Wahlrechtskämpfern, das sich auf dem Exerzierplatze versammelt

halte. Zirka 12000 Personen hatten sich hier nachmittags 4 Uhr versammelt. Die Marseillaise und der Sozialistenmarsch erbrausten über den großen Platz. Ein Genosse, von einigen Freunden auf die Schultern gehoben, forderte in einigen kernigen Worten zum zähen Aushalten im Wahlrechtskampfe auf und brachte ein Hoch auf das freie Wahlrecht aus. Vieltausendstimmig brauste das Wahlrechtshoch dreimal durch die Lüfte, dem erschreckten Spießer kündend, wie ernst es das Proletariat mit seinem Wahlrechtskampf meint. Damit hatte die gewaltige Demonstration ihr Ende erreicht. Die Polizei hat sich im allgemeinen, trotzdem ein riesiges Schutzmannskontingent aufgeboten war, sehr reserviert verhalten. Nur als sie ganz unmotivierterweise, ehe sich die Menschenmenge verlaufen hatte, den Platz zu räumen begann, konnten einige Schutzleute ihren Uebereifer nicht zügeln und suchten die Menge durch Stöße und Schieben vorwärtszudrängen, wobei ungefähr 30 Personen auf die Wache sistiert, dort aber nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen wurden.

Das übrige Schleswig-Holstein.

In Neumünster beteiligten sich an den beiden Wahlrechtsversammlungen 2500 Personen, die nach der Versammlung eine gelungene Straßendemonstration vollführten. Die Polizei, die bei der vorjährigen Wahlrechtsdemonstration ein blutiges Massaker veranstaltete, ließ diesmal die Plempe in der Scheide.

6000 Personen zogen in Flensburg vor und nach der Versammlung durch die ganze Stadt nach dem außerhalb gelegenen Versammlungslokal, das nur den kleinsten Teil der Massen zu fassen vermochte. Die Polizei war sehr zurückhaltend.

In Elmshorn protestierten 1200 Personen, die nach der Versammlung — unter Absingung der Marseillaise und Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht — auf den Marktplatz zogen.

Rendsburg hatte 700 Wahlrechtsdemonstranten auf die Beine gebracht, die nach der Versammlung in geschlossenen Zügen durch die Stadt marschierten.

In Itzehoe demonstrierten 400 Personen vor der Versammlung durch einen Straßenumzug, der mehrmals in der rücksichtslosesten Weise durch die Polizei gesprengt wurde. Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Zentralvereins wurde verhaftet und während der Dauer der Versammlung in Haft gehalten.

Hannover.

In Hannover ist es zu blutigen Polizeitaten gekommen. In der Stadt und im benachbarten Linden fanden sieben Wahlrechtsversammlungen statt. Die Tagesordnung lautete überall: „Statt Erweiterung des Wahlrechts — Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter". Nach Beendigung der Versammlungen kam es zu schweren, blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Die Polizei hatte die Hauptverkehrsstraße abgesperrt, und als die Teilnehmer zweier Versammlungen sich auf dem Heimwege befanden, wurden sie zum Teil in eine sonst stille, verkehrslose Straße hinter dem Hoftheater abgelenkt. Ganz ruhig schlugen die Leute den Weg dorthin ein, als auf einmal von mehreren Seiten Polizei in Uniform und Zivil anrückte und gegen die Menge, die nun sozusagen von allen Seiten eingekeilt war, ohne jede Veranlassung vorging. Schutzleute schlugen auf die Leute, unter denen auch zahlreiche sonstige Passanten und Fremde, die vom nahen Bahnhof kamen, waren, mit Säbel und Knüppel ein, voran einige Kommissare als Anführer. Das Publikum flüchtete entsetzt nach allen Seiten, aber auf die Fliehenden und selbst auf die am Boden Liegenden wurde erbarmungslos eingehauen. — — Zahlreiche Personen wurden durch Hieb- und Stichwunden oder durch Fußtritte schwer verletzt. Niemand hat Widerstand geleistet. Ueber das Verhalten der Polizei herrscht in allen Kreisen die größte Mißbilligung.

Es sind viele Verhaftungen vorgenommen worden. Eine Anzahl Verwundeter wurde ins Krankenhaus geschafft; es sollen erhebliche Verstümmelungen und Verletzungen vorgekommen sein.

Des näheren wird uns über die Ereignisse noch geschrieben:

Im Saalbau waren etwa 5000 Menschen versammelt, die in dem Hildesheimer Stadtviertel nicht alle wohnen konnten. In einem endlosen Zuge zogen die Versammlungsteilnehmer auf beiden Seiten der Hildesheimer Straße der Stadt zu, unbehelligt gingen sie über den Aegidientorplatz, den Georgsplatz entlang. An der Ecke der Waringstraße sperrte die Polizei die Georgstraße ab. Die Hände in den Taschen standen die Schutzleute da, es kam nicht das geringste vor. Die Menge brachte Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht aus, sang die Marseillaise und ging ohne jede Störung am Georgsplatz rechts herum und bog in die Landschaftsstraße ein. An der Sophienstraße war die linke Seite abgesperrt und ohne daß sich auch nur der geringste Zwischenfall ereignete, zog der Zug die Sophienstraße rechts herunter und bog in die Prinzenstraße ein. Vor dem Hause des Stadtdirektors, der Herrenhausmitglied ist, ertönten wieder begeisterte Hochrufe auf das Wahlrecht. Am Thielenplatz war nicht abgesperrt, die Menge, die inzwischen noch angewachsen war, zog deshalb in die Theaterstraße unbehelligt ein und war im Begriff, in den Theaterplatz einzubiegen, als im Sturmschritt eine Kolonne Schutzleute angelaufen kam, vor dem Hotel Kaiserhof die Straße absperrte, so daß der Zug zum Stehen gebracht werden mußte. Die ganze Theaterstraße war von Menschen angefüllt und sie befanden sich nun in einer Sackgasse. Daß die Rückkehr der Massen nicht in fünf Minuten erfolgen konnte, das war selbstverständlich. Anscheinend dauerte es aber dem nervös umhergehenden Kommissar zu lange; ohne sich zu überzeugen, ob ein Zurück bei den vorderen Reihen überhaupt möglich war, stellte er sich hinter die Schutzleute und rief mit lauter heiserer Stimme irgend eine Aufforderung — anscheinend zum Auseinandergehen — aus. Ich stand dicht neben den Schutzleuten und habe nicht verstanden, was gesagt war. Im nächsten Augenblick aber zogen die Schutzleute schon blank und hieben auf die Leute, die zum Tode erschrocken waren, drauf, was nur möglich war. Die Kriminalbeamten schlugen mit ihren Stöcken drein und nichts wurde geschont! Frauen und Kinder, alles bekam Säbel oder Stock zu fühlen! Die Attacke wurde bis in die Mitte der Theaterstraße fortgesetzt, bis ein Pfiff ertönte und damit die Schlacht abgepfiffen war. Ich kam hinter die Front der Schutzleute zu stehen, weil ich in einen Hausflur gedrängt wurde und konnte die Attacke beobachten. Während die Schutzleute einhieben, war hinter ihnen der Platz ihrer Tätigkeit mit Hüten, zerbrochenen und heilen Stöcken und Schirmen und Pelzwaren von Frauen bedeckt. Ein wüster Anblick! Blutlachen und Blutspuren bezeugten, daß die Attacke furchtbare Folgen haben mußte.

Soweit ich noch erfahren konnte, sind einige schwere Verletzungen vorgekommen. Sieben Mann sollen verhaftet worden sein. Näheres darüber habe ich nicht erfahren.

War die Schlacht notwendig? Nicht im geringsten! Nicht nur nicht notwendig, sondern im höchsten Grade überflüssig! Es lag nicht der mindeste Anlaß zu solchem Vorgehen vor, weil niemand versuchte die Absperrungskette der Schutzleute zu durchbrechen und auch sonst kein Ereignis Anlaß zu irgendwelchem Einschreiten gegeben hatte. Hätte man seitens der Polizei die Schutzleute nicht massenhaft einquartiert, sondern, wie an der Baring- und Sophienstraße, wenn überhaupt, auch die Theaterstraße abgesperrt, um den Zug in Nebenstraßen zu lenken, so wäre alles ohne den geringsten Zwischenfall abgegangen, denn die Menge fügte sich ganz willig allen polizeilichen Anordnungen. Aber zum Absperren lag überhaupt kein Anlaß vor. Hätte sich die Polizei gar nicht um die heimkehrenden Versammlungsbesucher gekümmert, dann wäre gar nichts geschehen. So aber war die Polizei selbst mit ihren Vorbereitungen die Ursache für die Menschenansammlung geworden. Etwas mehr ruhige Ueberlegung war ganz besonders an der Theaterstraße erforderlich.

In Harburg fanden zwei von 1800 und 800 Personen besuchte Versammlungen statt. Nach Schluß der Verhandlungen wollten die Demonstranten nach dem Rathause ziehen, doch hatte die Polizei Absperrungsmaßregeln getroffen, so daß es nicht gelang zum Rathause zu kommen. Es wurden 15 Verhaftungen vorgenommen. Die Wilhelmsburger Parteigenossen, welche sich mit den Harburgern zum Demonstrationszuge vereinigten, wurden bis zur Gemeindegrenze von Polizisten begleitet.

Dortmund-Hörde.

Am Sonntag sind im Wahlkreise Dortmund-Hörde 14 Demonstrationsversammlungen abgehalten worden, die meist überfüllt waren. Es herrschte in allen eine begeisterte Stimmung. Straßendemonstrationen fanden nicht statt.

Rheinland.

In Köln zogen in der Mittagsstunde an zehntausend Demonstranten unter Absingen der Marseillaise durch die Ringstraße. Ein starkes Polizeiaufgebot stellte sich den Demonstranten entgegen und nahm zahlreiche Verhaftungen und Protokollierungen vor.

Die Wahlrechtsversammlung in Solingen war von 2000 Personen besucht. Nach Schluß der Versammlung fand die von der Polizei genehmigte Straßendemonstration statt. Es nahmen daran 5000 Personen teil. Da die Polizei sehr zurückhaltend war, verlief alles in bester Ordnung.

In Remscheid war die Versammlung von 2000 Personen besucht. Vorher hatten sich die Genossen auf dem Karlsplatz angesammelt. Dort demonstrierten etwa 3000 Personen. Die Polizei versuchte einzugreifen, nahm aber schließlich Abstand davon.

Frankfurt a. M.

Der Promenadengürtel, der sich um die innere Stadt zieht, und der diese von Ost nach West durchschneidende Hauptstraßenzug Neue Zeil—Zeil—Kaiserstraße waren der Schauplatz einer imposanten Wahlrechtsdemonstration. Die sozialdemokratische Parteileitung hatte auf 11 Uhr vormittags 10 Wahlrechtsversammlungen einberufen, davon eine in den neuen Saal des Kaufmännischen Vereins am Eschenheimer Tor, dem nördlichsten Punkte am Promenadenring. Um 11 Uhr, als sich die Lokale gefüllt hatten, setzten sich die Massen aus den übrigen neun Versammlungen in der Richtung nach dem Promenadenring in Bewegung und zogen auf diesem entlang, bis sie ans Eschenheimer Tor gelangten. Die hier veranstaltete Versammlung, in der Redakteur Wendel das Referat hielt, war bald total überfüllt. Tausende füllten den großen Saal, die breiten Gallerien, die Nebensäle, die Treppen und den Hausflur des Gebäudes, weitere Tausende sammelten sich auf dem freien Platz vor dem Lokal sowie auf der Promenade. Im Saal sprach der Redner unter tosendem Beifall und draußen erscholl fortgesetzt der Gesang der Arbeitermarseillaise, unterbrochen von Hochrufen auf das Wahlrecht und Verwünschungen gegen Bülow, die von Versammlungsteilnehmern, die aus dem Saal auf den äußeren Balkon getreten waren, stürmisch erwidert wurden und die Stimmung in der Versammlung erhöhten. Als die Versammlung um 12 Uhr geschlossen war, teilten sich die Massen in zwei Züge, von denen einer in der Richtung nach Osten, der andere in der Richtung nach Westen um die Promenade herummarschierte, bis er den durch die innere Stadt führenden Hauptstraßenzug Neue Zeil—Zeil—Kaiserstraße kreuzte. An den Kreuzungspunkten schwenkten die Züge plötzlich in den genannten Straßenzug nach der inneren Stadt hin ein, und begegneten sich im Zentrum der Stadt auf der Zeil, unter gegenseitigem Hüteschwenken aneinander vorbeimarschierend. Unter ununterbrochenem Gesang von Arbeiterliedern und Kundgebungen für das Wahlrecht und gegen die Bülow-Regierung auf der entgegengesetzten Seite der Promenade angekommen, lösten sich die beiden Züge, von denen jeder eine vollständige Schleifenbewegung ausgeführt hatte, in kleinere Gruppen auf, die in die Bezirke, aus denen sie gekommen, heimwärts zogen.

Die imposante Kundgebung, an der 12—15 000 Personen teilnahmen, verlief zum Teil bei dichtem Schneegestöber, sonst aber ohne die geringste Störung. Die Polizei war an verschiedenen Punkten der Stadt konzentriert, Polizeibeamte in Zivil begleiteten die Züge und beobachteten die Veranstaltungen am Eschenheimer Tor. Beide Demonstrationszüge, der eine von rechts, der andere von links, waren am Polizeipräsidium und am Hauptpostgebäude, auf dessen Hof Schutzmannschaft zu Fuß und zu Pferde bereitgehalten wurde, vorbeigezogen. Verständigerweise enthielt sich die Polizei aber jeder Beeinträchtigung der Kundgebung.

Das übrige Hessen-Nassau.

In Wiesbaden war die Wahlrechtsversammlung von über 1000 Personen besucht. Genosse Vogtherr sprach unter stürmischem Beifall. Nach der Versammlung zogen Tausende dem Rathaus und dem Kurviertel zu, entgegen überstarkem Polizeiaufgebot.

In Hanau waren im Gewerkschaftshause 2000 Personen versammelt. Die Ausführungen der Genossen Hoch und Dittmann fanden demonstrativen Beifall. Dann zogen die Versammelten zum Marktplatz und durch die Straßen unter dem Gesang der Marseillaise und demonstrativen Rufen. Die Polizei hielt sich diesmal verständigerweise zurück und beschränkte ihre Tätigkeit lediglich auf die Begleitung des imposanten Zuges. Hervorzuheben ist, daß sich die Arbeiter mit ihren Frauen aus den kleinen Landgemeinden äußerst zahlreich an der Demonstration beteiligten.

Breslau.

In Breslau mußte die Polizei Wind von der Absicht der Arbeiterschaft bekommen haben. Sie hatte schon am frühen Morgen einen dichten Zernierungsgürtel um die innere Stadt gezogen; besonders das Rathaus und die in der Nähe liegenden Bedürfnisanstalten waren stark von der Polizei besetzt. Gestützt auf die bisherigen Erfahrungen erwartete die Polizei lange Züge von Demonstranten. Die Genossen hatten aber einen anderen Feldzugsplan ausgearbeitet. Während die Polizei die „Außenwälle" besetzt hielt, sammelten sich mehrere Tausend Demonstranten in der inneren Stadt an und zogen — unsere Kampfeslieder singend und „Nieder mit Bülow" rufend — durch die belebtesten Straßen. Vor dem Gebäude der konservativen „Schlesischen Zeitung" kam es zu besonders lebhaften Demonstrationen. Nach etwa halbstündiger Dauer versuchte die Polizei, die Massen abzudrängen und zu zerstreuen. Einzelne Züge bewegten sich nach dem Gewerkschaftshause, wo eine Anzahl Branchenversammlungen einberufen waren. Genosse Loebe hielt eine Ansprache, in der er darauf hinwies, daß die in Breslau angeregten Straßendemonstrationen sich erfreulicherweise nunmehr einen Platz in den Kampfmitteln der Arbeiterschaft gesichert haben. Es wurden einige Distriktsführer verhaftet, die man jedoch bald wieder entließ.

In Striegau tagte eine imposante Versammlung. Trotz des Schneegestöbers, das den ganzen Tag anhielt, war der große Saal bis auf den letzten Platz besetzt. Ungefähr 500 Personen waren anwesend. Nach der Versammlung zog der größte Teil der Teilnehmer auf den Ring und brachte zunächst dem „freisinnigen" Wahlrechtsräuber Kerber eine Ovation dar. Nachdem die Marseillaise angestimmt und ein Hoch auf das Wahlrecht ausgebracht war, forderte der Polizeiinspektor zum Auseinandergehen auf. Bald darauf zerstreute sich die Menge, doch ging es nicht ohne Protokollierungen ab.

Stettin.

Auch in Stettin gab es blutige Wahlrechtsdemonstrationen.

In sechs überfüllten Versammlungen nahm das Proletariat von Groß-Stettin Stellung zur Wahlrechtsfrage. Ueberall herrschte die freudigste Begeisterung, so daß es nicht zu verwundern war, daß es am Schluß der imposanten Versammlungen hieß: „Auf die Straße!" Und trotz des fürchterlichsten Schneegestöbers strömten die Demonstranten bald von allen Seiten nach der inneren Stadt. Doch die Rechnung war ohne die Polizei gemacht, die in der Nähe der Versammlungslokale zahlreiche Schutzmannsposten untergebracht hatte. Diese ließen die Demonstranten ungehindert passieren, begaben sich aber ins Innere der Stadt, das systematisch abgesperrt wurde, so daß die Demonstranten nicht zusammentreffen konnten. Trotz aller polizeilichen Vorsorge gelang es jedoch den einzelnen Trupps, sich auf dem Kaiser-Wilhelms-Platze zu vereinigen, von wo nun ein unübersehbarer Zug von vielen Tausenden Personen in die Friedrich-Karlstraße flutete. Vor der im Hause Nr. 19 belegenen Wohnung des konservativen Abgeordneten Malkewitz kam es zu einer stürmischen Demonstration. „Nieder mit der Dreiklassenschmach!", „Hoch das allgemeine Wahlrecht!", „Nieder mit Malkewitz!", „Fort mit Bülow!" ertönte es ein über das andere Mal aus der wogenden Menge. Und ein vieltausendstimmiges „Pfui!" erklang, als man den konservativen Wahlrechtsfeind am Fenster erscheinen sah.

Inzwischen hatte sich die Polizei in größeren Trupps wieder eingefunden, die die Menge vor sich hertrieb. Von der Barninstraße aus suchten die Demonstranten nach der inneren Stadt zu gelangen, was ihnen nicht gelang, da die Polizei alle Zugänge abgesperrt hatte und die Menge zurücktrieb. An der Hohenzollernstraße hatte man schließlich den Zug von allen Seiten eingeschlossen, gab aber endlich den Weg nach der Peripherie der Stadt frei. In diesem Augenblick sprengte eine Schutzmannskohorte unter Anführung eines Leutnants heran, der den sich Entfernenden zurief, auseinanderzugehen. Kaum hatte er das gesagt, als die Schutzleute auch schon blank zogen und auf die wild Auseinanderstiebenden einhieben. Bald entstand eine entsetzliche Szene. Hüte, Mützen und Stöcke flogen umher und selbst auf die auf dem Boden Liegenden schlugen die Polizisten blindlings ein. Harmlose Passanten, ja selbst Kinder aus den anliegenden Häusern wurden nicht geschont. Weinend rief ein achtjähriges Mädchen, das einen Hieb über den Arm erhalten hatte, nach seiner Mutter. Ein alter Mann, der nicht laufen konnte, bekam drei Säbelhiebe, daß er hinstürzte. Nach kurzer Zeit war natürlich der ganze Platz geräumt. Nun ließen sich erst die Verwüstungen übersehen. Eine ganze Anzahl von Personen war mehr oder minder erheblich verletzt worden.

Fast zu der gleichen Zeit, als die Schutzleute blank zogen, war auch schon der Krankenwagen der Feuerwehr zur Stelle, der aber nicht in Aktion zu treten brauchte.

Während der ganzen Zeit hatte die Tätigkeit der Polizei darin bestanden, jeden, der ein Hoch riskierte, festzunehmen. Besonders hatte man es auf die „Führer" abgesehen. Im ganzen mögen etwa 30—40 Verhaftungen vorgenommen sein. Die Verhafteten wurden jedoch bald wieder freigelassen.

Die Erregung über diesen ganz unnötigen Angriff ist in der hiesigen Arbeiterschaft ungeheuer.

Das übrige Pommern.

In der Provinz fanden 15 Protestversammlungen statt, die durchweg gut besucht waren.

Königsberg.

Eine glänzend verlaufene Wahlrechtsdemonstration hat am Sonntag in Königsberg stattgefunden. Die Demonstranten, an 6000 an Zahl, zogen kurz nach 1 Uhr mittags in sechs Zügen aus den einzelnen Bezirken durch die Straßen der Stadt; das gemeinsame Ziel war das Parteietablissement „Ludwigshof" vor dem Königstor. Dazu kamen die Genossen der Vororte. Im Zentrum von Königsberg, zehn Minuten vom Königlichen Schloß, auf dem Roßgarter Markt, trafen die Demonstranten, in deren Reihen auch viele Frauen und Mädchen marschierten, zusammen, und nun ging es die Königstraße hinunter durchs Tor. Während des Aufmarsches ertönten brausende Hochrufe auf das freie, geheime und gleiche Wahlrecht, dann erklang die Arbeitermarseillaise. Alle Fenster öffneten sich und entsetzt schaute das honette Bürgertum auf die vorüberziehenden Proletarier. Die Polizei, die die Demonstrationszüge erst nach Schluß der Versammlungen erwartete, war total überrascht und wußte nicht, was beginnen. Vollständig nervös geworden, liefen die Schutzleute hin und her, und uniformierte Eilboten auf Stahlrossen sausten durch die Straßenzüge, um in aller Eile Meldungen zu machen, gleichsam, als ob die Stadt brenne. In Ludwigshof füllten sich inzwischen die Räume und um 2 Uhr nachmittags war das Etablissement von Menschenmassen vollständig besetzt. Es fanden drei Versammlungen statt, darunter eine unter freiem Himmel, die von mindestens 5000 Personen besucht war. Redner waren die Genossen Haase, Braun und Stolt.

Nachdem die Versammlungen um drei Uhr nachmittags gemeinsam geschlossen, ging es im Zuge wieder nach der Stadt zurück, und nun gab es für die mehrere hundert Mann starke Schutzmannschaft ungemein viel zu tun. Am Tor wurden die Demonstranten nach den Wallgassen abgedrängt, nachdem man einen Teil des Zuges durch die Königstraße abgeleitet hatte. Die berittenen Schutzleute rasten immer wie toll in den Menschenstrom hinein, wenn irgendwo eine Stockung entstand. Die Demonstranten, in einzelne Züge aufgeteilt, mußten nun große Umwege machen, um sich wieder zu vereinen, das Gros blieb aber zusammen und marschierte durch die Stadt in entgegengesetzter Richtung vom Königstor zum Steindammer Tor, nach den Hufen hinaus; hier erst lösten sich die Demonstranten in einzelne Trupps auf. Auch auf dem Rückwege erklangen natürlich Hochrufe auf das Wahlrecht und fanden vielfach auch bei den Straßenpassanten begeisterten Widerhall. In mehreren Stadtteilen kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Protestierern und der Schutzmannschaft. Am Königstor zogen die „Schneidigsten" sogar blank und drohten dreinzuschlagen, doch kam es nicht so weit, dagegen kam es zu zirka zwanzig Verhaftungen. Ein Teil der festgenommenen Genossen wurde aber bald wieder in Freiheit gesetzt, nachdem man ihre Persönlichkeit ermittelt hatte.

In der Provinz Ostpreußen fanden außerdem sieben Versammlungen statt, und zwar in Memel, Tilsit, Gumbinnen, Rastenburg, Osterode, Lyck und Braunsberg. Alle waren gut besucht.

Die Regierung der Lockspitzel.

Als die ersten Veröffentlichungen über das verbrecherische Treiben des Lockspitzels Azew, der so viele terroristische Attentate erfolgreich organisiert hatte, bekannt wurden, und kein Zweifel mehr bestehen konnte, daß die russische Geheimpolizei über diese Attentate im voraus unterrichtet war, da kamen auch schon die entschiedenen Dementis der russischen Regierung, die natürlich alles ableugnete. Dieser ersten Maßregel folgte sofort die andere auf dem Fuße: Die russischen Zeitungen, welche die Tatsachen zu registrieren gewagt hatten, wurden mit

hohen Geldstrafen belegt und jede weitere Publikation strengstens untersagt. Jetzt folgt die dritte Maßregel, die allerdings zugleich die offizielle Bestätigung der russischen Regierung ist, daß Azew, der Mitglied des Zentralkomitees der russischen sozialrevolutionären Partei, Agent provokateur der russischen Regierung war. In Petersburg ist der frühere Chef der Geheimpolizei, Lopuchin, verhaftet worden. Er war unter Plehwe der allmächtige Leiter des Polizeidepartements im Ministerium des Innern. Eines der Beweisstücke, die zur Entlarvung des Verräters führten, war der von Burzew dem Untersuchungsausschuß vorgelegte, von uns bereits veröffentlichte Brief Lopuchins, den dieser an Stolypin schrieb, um sich gegen einen Erpressungsversuch Azews und dessen Protektors Gerasimow, des Chefs der Petersburger Sicherheitspolizei zu schützen.

Lopuchins Verhaftung erfolgte unter aufsehenerregenden Umständen. Ein starkes Polizeiaufgebot umzingelte alle Eingänge des Hauses, in dem hohe Polizeibeamte eine vielstündige Hausdurchsuchung vornahmen. Lopuchin soll dabei selbst den Beamten einen Brief übergeben haben, den er erst vor kurzem von Burzew erhalten hat. Inzwischen kamen der ehemalige Gehilfe des Ministers des Innern, Fürst Urussow, und das Mitglied der ersten Duma Fürst Dolgorucki zu Besuch. Sie wurden mehrere Stunden in der Wohnung interniert und unterdessen bei ihnen und zahlreichen hervorragenden Rechtsanwälten gleichfalls Haussuchung abgehalten. Schließlich wurde Lopuchin ins Gefängnis abgeführt, wo er in strengster Einzelhaft gehalten wird. Der Zweck der Verhaftung ist klar und Lopuchin muß auch, wie sein Brief an Stolypin beweist, schon früher ähnliche Befürchtungen vor einem Handstreich der Geheimpolizei gehabt haben. Verhaftet wurden nicht diejenigen, die die Untaten Azews unterstützten und die Mitwisser der Attentate waren, sondern derjenige, der die Mithilfe der Geheimpolizei bei den Attentaten — den erfolgreichen wie den erfolglosen — kannte und der schließlich, vielleicht aus Furcht, daß ein solches Attentat auch gegen ihn — und mit Erfolg — gemacht werden könnte, das Geheimnis des Azew enthüllen half. Seine Verhaftung bedeutet, daß sich die Geheimpolizei ihres Mitwissers unter allen Umständen entledigen will. Daher auch die gründliche und umfassende Haussuchung. Man will in erster Linie verhindern, daß der Nachweis, daß z. B. der Großfürst Sergius unter Mitwissen der Geheimpolizei seines Neffen Nikolaus getötet wurde, je dokumentarisch geführt werden kann. Auch die zahlreichen anderen Haussuchungen dienen demselben Zweck, die Spuren des Verräters und seiner polizeilichen Helfershelfer zu verwischen.

Fürwahr, ein erbauliches Schauspiel! Azew, der Lockspitzel, ist jetzt bei der Regierung des Zaren in hohen Ehren. Zu seinem Schutze rückt die Geheimpolizei aus und verhaftet ihren ehemaligen Chef wegen — Hochverrats. Die Entlarvung eines Lockspitzels Hochverrat — läßt sich eine schneidendere Kritik dieses infamen Blutregimes denken? Zar und Lockspitzel — sie werden einander gleich und genießen den gleichen Schutz des Hochverratsparagraphen von Gnaden der schurkischen russischen Polizeibestien.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Februar 1909.

Ein neuer Konflikt zwischen technischen Beamten und Unternehmern.

Der Zusammenstoß zwischen den Angestellten-Verbänden und dem Verband bayerischer Metallindustrieller hat kaum sein Ende gefunden, und schon nimmt der Großmachtskoller unserer Scharfmacher wieder Gelegenheit, die industriellen Kopfarbeiter in einen neuen Konflikt hineinzutreiben.

Der Schauplatz der Handlung ist Oberschlesien. Es handelt sich um einen Zusammenstoß zwischen Grubenkapital und Steigern (Grubenbeamte). Gerade im Hinblick auf Radbod, auf den gegenwärtigen Bergarbeiterkongreß ist der jetzige Vorfall besonders aktuell.

Am Sonntag fand in Berlin in den Sophiensälen eine Versammlung statt, die besonders von den Mitgliedern des technisch-industriellen Beamtenbundes sehr stark besucht war.

Aus dem einleitenden Referat des Herrn Ingenieurs Lüdemann ging hervor, daß auf der Gieschegrube in Oberschlesien der Steiger Appelt am 9. Dezember ohne Angabe irgendwelcher Gründe gekündigt wurde. Der Steiger sieht auf eine 4½jährige Berufstätigkeit bei der Grube zurück. Er begnügte sich infolgedessen mit dieser unbegründeten Kündigung nicht, sondern ersucht» seine Vorgesetzten um Angabe, weshalb sie ihn so plötzlich auf die Straße setzten. Der Grund wurde in der Unterredung mit dem Direktor ziemlich unverblümt dahin angegeben, er habe sich als Mitglied des Bundes der technisch-industriellen Beamten als „Agitator und Hetzer" betätigt. Die Angestellten nahmen darauf Veranlassung, in ihrer Organisation zu der Maßregelung Stellung zu nehmen, und wurden zunächst bei der Direktion der Grube, dann beim Generaldirektor und schließlich beim Repräsentantenkollegium in Breslau, jedoch immer ohne Erfolg, vorstellig. Die Angestellten nahmen dann in einer imposanten Protestversammlung zu dieser Maßregelung Stellung. Darauf zitierte der Generalgewaltige der Grube, Uthemann, die Steiger des Bezirkes zu sich und stellte ihnen in der schroffsten Weise die Alternative, entweder Bund oder Gewerkschaft, d. h. entweder den Austritt aus dem Bund zu erklären, oder die Stellung auf der Grube, der Gewerkschaft, sofort aufzugeben! Von den 13 Steigern erklärten 11, ihrer Organisation treu zu bleiben. Sie betonten mit ruhiger Entschiedenheit, ihre Koalitionsfreiheit sich nicht rauben lassen zu wollen. Darauf erfolgte von dem Generaldirektor die bezeichnende Antwort: „Koalitionsfreiheit und Freiheit der Persönlichkeit — eine Phrase." Fünf Steiger wurden sofort entlassen, sechs erhielten ihre Kündigung. Wir haben es also hier mit einer Maßregelung zu tun, die gegenüber dem Gewaltstreich der bayerischen Metallindustriellen in der denkbar schroffsten Weise vor sich gegangen ist.

In der Diskussion ergriff zuerst Naumann das Wort. Er hielt der Form wie dem Inhalt nach wieder eine Art Industriebürgerrede. Er legte den Angestellten dar, daß die moderne Arbeitsorganisation im Großbetrieb eine nivellierende Tendenz habe, daß in den Händen von einigen wenigen Kapitalisten sich eine ungeheure Macht verkörpert, daß nur durch unbehinderte Koalitionsfreiheit, durch die Selbsthilfe gewerkschaftlich organisierter Verbände die Persönlichkeitsrechte des Arbeiters und des Angestellten gewahrt werden können. Naumann fand manch kräftiges Wort zur Charakteristik unserer Kapitalmagnaten, schade nur, daß er in Versammlungen wohl derartige Reden hübsch zu halten versteht, daß aber seine praktische Tätigkeit als Politiker und Parlamentarier sich nicht in dem gleichen Sinne manifestiert. Als Beauftragter der Regierung gab Geh. Regierungsrat Landmann folgende Erklärung ab: Im Namen des Herrn Staatssekretärs des Reichsamts des Innern bin ich beauftragt, Ihnen zu danken, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, Ihren Verhandlungen beizuwohnen. Der Herr Staatssekretär verfolgt Ihre Beratungen mit großem Interesse. Er hat deshalb auf die Interpellation über die oberschlesischen Vorgänge nicht geantwortet, da er sich erst orientieren wollte. Ich kann Ihnen im Namen meines Chefs die Versicherung geben, daß wir Ihre Wünsche prüfen und soweit als möglich für Abhilfe sorgen werden. Von der Freisinnigen Volkspartei sprach ausgerechnet Landtagsabgeordneter Schepp, von der Demokratischen Vereinigung Dr. Breitscheid, von der Zentrumspartei der Abgeordnete Wiedemann.

Im Auftrage des Parteivorstandes war der Landtagsabgeordnete Ströbel anwesend. In der Diskussion gab er in großen Umrissen ein Bild davon, daß der jetzige Konflikt nicht als ein Ausfluß eines besonderen persönlichen Unternehmerübermuts zu betrachten sei, sondern daß diese Kämpfe, die sich jetzt auch zwischen Angestellten und Kapital entwickeln, im ursächlichen Zusammenhang stehen mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. An der Hand von einigen drastischen Zahlen zeigte der Redner die Wirkung unserer industriellen Entwickelung auf die Lebenslage der besitzlosen Klasse und wies auf den Zusammenhang dieser Kämpfe mit dem politischen und sozialen Leben unseres Volkes hin. Auch Ströbels Rede fand gespannteste Aufmerksamkeit der Zuhörer, die sich am Schlusse in lebhaftem Beifall kundgab.

Ebenso erklärten die Vertreter von den anderen Angestellten-Verbänden sich im Namen ihrer Organisationen mit dem Bund der technisch-industriellen Beamten solidarisch. Von einem der Redner, dem Ingenieur Woldt, wurde folgende Resolution eingebracht, die einstimmig begeisterte Annahme fand:

> Die am 31. Januar 1909 in den Sophiensälen in Berlin auf Einladung des Bundes der technisch-industriellen Beamten versammelten Privatangestellten von Groß-Berlin erheben entschiedenen Protest gegen die jüngsten Angriffe der oberschlesischen Kohlenmagnaten auf das Koalitionsrecht der Angestellten. Sie sprechen den Bedrohten ihre wärmste Sympathie aus und richten gleichzeitig an die deutsche Oeffentlichkeit die dringende Bitte, die Privatangestellten bei der Verteidigung und dem Ausbau der Koalitionsfreiheit im Interesse des Ansehens unseres Volkes als Kulturnation tatkräftig zu unterstützen. Von den gesetzgebenden Faktoren erwarten sie bestimmt, daß sie nunmehr mit größter Beschleunigung daran gehen werden, Garantien für die ungehinderte Ausübung des Grundrechtes der Koalitionsfreiheit zu schaffen.

Den Angestellten ist es zu wünschen, daß sie auch diesen Anschlag auf das Koalitionsrecht mit der gleichen Entschiedenheit zurückweisen, wie sie es den bayerischen Metallindustriellen gegenüber getan haben.

Die württembergische Volksschulnovelle.

Am letzten Sonnabend beendete die württembergische Zweite Kammer die Beratung der Volksschulnovelle. Die beiden letzten Tage wurde nochmals heftig für und gegen den Einfluß der Kirche auf die Volksschule gekämpft. Der Regierungsentwurf sieht zwei Oberschulbehörden, eine evangelische und eine katholische vor, er will also den alten Zustand im wesentlichen belassen. Die Kommission schlägt eine Oberschulbehörde mit zwei Abteilungen vor, für jede Konfession eine Abteilung. Gemeinschaftliche Fragen sollen von beiden Sektionen gemeinsam beraten werden. Der Kommissionsantrag wurde angenommen.

Lebhafter noch wurde es am Sonnabend, als die Leitung und Beaufsichtigung des Religionsunterrichts in den Volksschulen und Lehrerbildungsanstalten zur Debatte stand. Der katholischen Kirche steht dieses Recht heute bereits zu, der evangelischen Kirche wird es aber bestritten. Regierungsentwurf und Kommissionsantrag wollen nicht nur der katholischen, sondern auch der evangelischen Kirche das Recht der Leitung und Beaufsichtigung zusprechen. Unser Redner Genosse Heymann charakterisierte die beiden Anträge dahin, daß nun auch die Klerikalisierung der evangelischen Volksschule in die Wege geleitet werden solle. Das Zentrum wollte sich mit dem Gebotenen nicht begnügen; es verlangt für die Kirche nicht nur die Leitung und Beaufsichtigung des Religionsunterrichts, sondern darüber hinaus auch der „religiös-sittlichen Bildung" überhaupt. Die sozialdemokratische Fraktion will diese Befugnisse dem Oberschulrat übertragen. Die Volkspartei will zwar die Schule der katholischen Kirche überlassen, bestreitet aber das Recht der evangelischen Kirche und will die Lehrerbildungsanstalten ausgenommen wissen. Nach heftiger Debatte wurde der Antrag der Sozialdemokratie abgelehnt; das gleiche Schicksal widerfuhr dem volksparteilichen Antrage, der die Lehrerbildungsanstalten dem Machtbereich der Kirche entziehen wollte. Ein Antrag der Volkspartei, daß zu der Visitation des Religionsunterrichts durch den Geistlichen auch der Bezirksschulaufseher zu laden sei, wird jedoch angenommen. Die Zentrumsanträge wurden abgelehnt. Angenommen wurde auch ein Antrag, daß in bestimmt abgegrenzten größeren Bezirken nur je einem Pfarrer die Visitation des Religionsunterrichts übertragen werden darf. Diese beiden letzteren Anträge machten den Kommissionsantrag dem Zentrum unschmackhaft. Der Antrag fiel mit 46 gegen 37 Stimmen. Von der Volkspartei stimmten 12 Mitglieder mit ja, 8 mit nein. Es kam also gar kein Beschluß zustande; der mecklenburgische Regierungsgrundsatz: „Es blifft ollet bim Ollen" kam wieder mal zu Ehren bei dieser „Reform". Eine Resolution zu dem gar nicht angenommenen Artikel wurde trotzdem angenommen. Der wesentliche Teil der Resolution will die Regierung bestimmen, in der Vollzugsverfügung auszusprechen, daß den kirchlichen Behörden weder Disziplinarbefugnisse gegen die Lehrer, die den Religionsunterricht erteilen, noch eine selbständige Verfügungsgewalt gegenüber der Schule zustehen, ferner, daß die eingehende Prüfung des evangelischen Religionsunterrichts des Lehrers allein dem Bezirksschulaufseher zukommt." Welch ein Unterschied zwischen der „Visitation" durch den Geistlichen und der „eingehenden Prüfung" durch den Bezirksschulaufseher besteht, wußte freilich keiner genau zu sagen. Beschlossen wurde noch, den Prozentsatz der Lehrerinnen im Verhältnis zu den Lehrern auf 15 Proz. festzusetzen. Bisher durften bis zu 8 Proz. Lehrerinnen im Schuldienst verwendet werden.

Die Novelle geht nunmehr an die Erste Kammer. Daß diese erhebliche Schwierigkeiten machen wird, erscheint ausgeschlossen. Eine eingehende Würdigung des Reformwerkes behalten wir uns vor.

Konservative und Kanzler.

Die „Deutsche Tageszeitung" hat sich den eigenartigen Witz geleistet, zu erklären, daß die Konservativen keineswegs den Fürsten Bülow zu stürzen gedächten, sondern wünschten, daß er seine Amtsgeschäfte fortführe. Die Opposition der Agrarier richte sich lediglich gegen die geplante Nachlaßsteuer, nicht gegen den Kanzler. Eine heitere Illustration zu diesen Ausführungen bietet das hyperkonservative „Deutsche Adelsblatt", indem es schreibt:

> „Der Herr Reichskanzler liebt es, Ereignisse und Situationen durch Zitate zu beleuchten. Die Versuchung ist groß, auch die jüngste Rede des Fürsten Bülow durch ein Zitat zu kritisieren: „Ach, daß du warm oder kalt wärest!" Eine lauere und oberflächlichere Rede ist wohl selten von einem hohen Staatsbeamten gehalten worden. Von den geradezu unerträglichen Phrasen, wie „Kulturfortschritte hemmen", „verkehrsfeindlicher Charakter", „Pflicht, praktische Politik zu treiben", „unsere Zeit ist sozial" und vielen anderen, wollen wir ganz absehen. Wem das Gefühl für gewisse Dinge abgeht, dem ist nicht zu helfen. Auch über die unglaublich kindliche Begründung der Notwendigkeit einer Nachlaßsteuer ist nur wenig zu sagen. . . .
>
> Vor wenigen Jahren warnte derselbe Ministerpräsident vor den Gefahren des Weihrauchstreuens vor dem König Demos. Inzwischen hat er dies Geschäft offenbar gründlich erlernt; seine Logik ist jedenfalls beneidenswert.
>
> Die Tiraden vom Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie erinnerten an das landläufige Sprichwort vom „breitgetretenen Quark" . . .
>
> Wenn man den „sachverständigen" Rat liberaler alter Weiber zu jeder Meinungsäußerung der Regierung einholt und befolgt, dürfte Preußen leicht dahin kommen, daß der König wieder mit einer roten Fahne über die Linden reitet."

Nach der Auffassung der „Deutschen Tagesztg." beweisen solche Aeußerungen nicht, daß die Konservativen den Kanzler zu allen Teufeln wünschen, sondern daß sie mit ihm sehr zufrieden sind. „Oberflächliche Rede", „unerträgliche Phrasen", „unglaublich kindliche Begründung" sind lediglich Zärtlichkeitsausdrücke konservativen Gefühlsüberschwanges.

Der Reichsverband im Lichte eines Gerichtsurteils.

Die Straßburger Reichsverbändler Rechtsanwalt Dr. Zschweigert und Militärbauinspektor Stegmann fühlten sich durch eine scharfe Kritik beleidigt, die unser Straßburger Parteiblatt an die Veröffentlichung eines zum Inseratenboykott gegen unsere Parteipresse auffordernden Briefes der dortigen Ortsgruppe des Reichsverbandes geknüpft hatte. Etwa 16 Parteiblätter, welche die Notiz nachdruckten, sind durch die beiden Herren, die den Brief unterschrieben hatten, mit einer Anklage beglückt worden. Die erste empfindliche Niederlage haben die Herren sich in München geholt. Das dortige Gericht lehnte die Privatklage der Reichsverbändler ab und bürdete ihnen die Kosten auf, da die Bekämpfung des Reichsverbandes vom Standpunkte des Beschuldigten aus als begreiflich, als notwendig anzuerkennen sei. In Braunschweig passierte ihnen das Malheur, daß ihre reichsverbändlerischen Gesinnungsgenossen als Richter abgelehnt wurden, und erst jetzt sind sie durch die Straßburger Richter „glänzend gerechtfertigt", denn Genosse Schneider wurde als verantwortlicher Redakteur der „Freien Presse" zu 80 M. Geldstrafe verurteilt.

Auch hier führte das Gericht in der Urteilsbegründung aus, daß der Angeklagte zweifellos in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe. Nicht nur als Redakteur der „Freien Presse" hatte er ein berechtigtes Interesse, seinem Blatte die Annoncen zu erhalten, sondern auch als Mitglied des Deutschen Buchdruckerverbandes wie als Straßburger Bürger hatte er ein Interesse daran, „daß gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Straßburger Einwohner Arbeit erhalten", daß nicht (wie in dem Briefe gleichfalls angeraten wurde!) „Gelbe" von auswärts herangezogen würden. Nur in den Ausdrücken „Reichslügenverband" und „Reichslügengesellschaft" sei der Angeklagte über das Maß hinausgegangen. Alle übrigen Vorwürfe seien nicht beleidigend und der Angeklagte müsse straffrei bleiben. Genosse Schneider hatte dem Verbande vorgeworfen, daß er mit unerhörter Skrupellosigkeit gegen die Sozialdemokratie und die Arbeiterschaft wirke, den ausgesprochendsten Boykott gegen politisch andersgesinnte Bevölkerungsschichten proklamiere, die Hungerpeitsche über die sozialdemokratisch gesinnte Arbeiterschaft schwinge und den unverschämtesten, im geheimen betriebenen Terrorismus, den man sich nur denken könne, übe.

Als strafmildernd wurde in Betracht gezogen, daß die Ausdrücke „Reichslügenverband" und „Reichslügengesellschaft" stereotyp angewandt werden und fast zu einem terminus technicus (Fachausdruck) geworden sind.

Seien wir den beiden Reichsverbändlern für ihr fein entwickeltes Ehrgefühl dankbar und freuen wir uns auf die noch kommenden 16 (!) Prozesse. —

Freisinnige Parteiorganisation in Groß-Berlin.

Ein freisinniger Parteitag für Groß-Berlin beschloß ein Organisationsstatut, wonach künftig der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei für Groß-Berlin aus je 6 Vertretern der 6 Berliner Reichstagswahlkreise, je 2 Vertretern der 12 Berliner Landtagswahlkreise und der 4 Landtagswahlkreise Charlottenburg, Schöneberg-Rixdorf, Teltow-Land und Ober- und Nieder-Barnim, sowie aus je einem Vertreter der auf dem Boden der Freisinnigen Volkspartei stehenden Vereine von Groß-Berlin besteht. Durch Beschluß kann der Parteitag noch anderen in Berlin bestehenden Vereinen der Freisinnigen Volkspartei eine Vertretung durch je einen Delegierten einräumen. Der Vorstand des Berliner Parteitages besteht aus 21 Mitgliedern, von denen 5 den Organisationen der Vororte angehören müssen; demnächst soll ein Parteisekretär angestellt werden.

Aus den Marinebetrieben.

Das Reichsmarineamt hat seine Uebersicht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Reichsmarinebetrieben für das Jahr 1907 erscheinen lassen. Das Ergebnis wird vom Marineminister sicherlich benutzt werden, um daran zu zeigen, wie in den Betrieben die Löhne gestiegen sind. Nach der Aufstellung stehen nämlich die Tagesverdienste auf der kaiserlichen Werft in Kiel und der Torpedoanstalt in Friedrichsort im Jahre 1907 höher wie 1906 für Maler und Segelmacher um 2 Pf., Maschinenbauer 10 Pf., Handlanger 30 Pf., Hilfshandwerker 36 Pf., Klempner, Maurer, Sattler, Schiffbauer, Schmiede, Blechwinkelschmiede, Schlosser, Modelltischler, Tischler,

Schiffszimmerleute, Werkzeugmacher 40 Pf., Dreher, Former, Kupferschmiede, Mechanikergehilfen, Kesselschmiede 45 Pf., Blockmacher, Böttcher, Korbmacher, Zimmerleute 64 Pf., Büchsenmacher 75 Pf., Taller 78 Pf., Gas- und Wasserfilter, Preß- und Hammerschmiede, Schaltbrettwärter, Torpedobauer 89 Pf. Lehrlinge, Betriebsarbeiter und Torpedoschlosser sind im Lohne gleichgeblieben.

Wie aus dieser Uebersicht zu ersehen, hat die übergroße Mehrzahl der in den Kieler Betrieben beschäftigten Arbeiter nur einen Tagesmehrverdienst von 40 bis 45 Pf. zu verzeichnen, was mit Rücksicht auf die ständig steigende Lebenshaltung gering genug ist.

Gegenüber den in der Uebersicht enthaltenen Lohnsätzen der einzelnen Arbeiterkategorien muß auch in diesem Jahre wieder darauf hingewiesen werden, daß die angeführten Löhne Durchschnittslöhne sind, daß darin einbezogen sind die Löhne der Vorarbeiter sowie der Verdienst durch Ueberstundenarbeit und Akkordarbeit. Wenn in der Uebersicht Tagesverdienste von 5 bis 6 M., ja für einige Arbeitergruppen, die allerdings nur verhältnismäßig wenige Arbeiter umfassen, bis 7 Mark angegeben sind, so muß dabei berücksichtigt werden, daß diese Löhne nur durch größte Anstrengung erreicht werden, und daß, weil es Durchschnittslöhne sind, sehr viele Arbeiter sie nicht verdienen.

Dagegen gibt leider die Uebersicht des Reichsmarineamts keine Auskunft über die Art, wie gegenwärtig in den Marinebetrieben in Kiel und Friedrichsort die Arbeitskraft der Arbeiter aufs Schlimmste ausgenützt und angespannt wird. Während sonst die Aufsicht auf den Betrieben anscheinend viel zu wünschen übrig läßt, ist die Aufsicht über die Arbeiter außerordentlich scharf. Eine Beamtenzahl, wie sie in dem Verhältnis in keinem Privatbetrieb auch nur annähernd möglich wäre, übt die Ueberwachung aus; Diagramme, Kontrollbücher und Prämiensystem sorgen für die hochmöglichste Anspannung der Arbeitskraft.

Zudem werden jetzt Herabsetzungen der Akkordpreise durchzusetzen versucht, und um diese Herabsetzung durchzudrücken, bedient sich die Verwaltung der sonderbarsten Mittel. Lehnen die Arbeiter die Uebernahme der Arbeit zu den niedrigeren Akkordpreisen ab, dann wird sie einem anderen Arbeiter übergeben, der sich gerade dazu gebrauchen läßt und einen Teil der Zeit, die er zur Herstellung der zu niedrig übernommenen Arbeit braucht, wird auf andere Arbeit geschrieben. Damit ist der Beweis erbracht, daß sich die Arbeit für den Preis herstellen läßt. Ueberhaupt herrscht in der Berechnung der Arbeit in den verschiedenen Ressorts die reine Anarchie. Es wäre interessant, festzustellen, ob durch dieses Sparsystem auf der Werft die gestohlenen Millionen gedeckt werden sollen, oder ob das System eine Folge der Sparrede Bülows ist.

Diner-Politik.

Fürst Bülow treibt wieder Politik am gedeckten Tische. Zu dem Diner, daß er am Donnerstag gegeben hat, waren nur konservative und nationalliberale Abgeordnete eingeladen. Das Tischgespräch bildete die Reichsfinanzreform. — Wenn es Bülow gelingt, zwischen den Konservativen und Nationalliberalen eine Einigung zu erzielen, dann soll auch den Freisinnigen die Ehre widerfahren, zu Bülow eingeladen und dort abgefüttert zu werden.

Um bürgerliche Ehrenrechte.

Eine weitgehende Wiedereinsetzung in die bürgerlichen Ehrenrechte ordnete der König von Württemberg durch Erlaß vom 29. Januar an den Justizminister an. Der Erlaß lautet:

„Nachdem zu meiner Kenntnis gekommen ist, daß eine größere Anzahl von Personen noch jetzt an der Ausübung öffentlicher Rechte deshalb verhindert ist, weil ihnen zur Zeit der Geltung des früheren württembergischen Strafgesetzbuches durch gerichtliches Urteil die bürgerlichen Ehren- und Dienstrechte auf Lebenszeit aberkannt worden sind wegen Gesetzesübertretungen, die nach den milderen Vorschriften des geltenden Reichsstrafgesetzbuches nicht mit dauerndem Ehrverlust bestraft werden, so ist es mein Wille, daß die solchermaßen Verurteilten, anstatt im einzelnen auf den Weg der Geltendmachung des ihnen im Gesetz vom 26. Dezember 1871 vorbehaltenen Wiedereinsetzungsanspruches verwiesen zu werden, durch einen allgemeinen Gnadenakt der ihnen entzogenen Ehrenrechte wieder teilhaftig zu werden."

Die Anregung zu diesem Erlaß ist vor einigen Wochen von der sozialdemokratischen Presse ausgegangen, die dabei einen bestimmten Fall veröffentlichte.

Die Balkankrise.

Die Türkei und Bulgarien.

Konstantinopel, 1. Februar. „Ikdam" zufolge hat der gestrige Ministerrat sehr lange über die Differenzen mit Bulgarien und die gegenwärtige Lage beraten. Wie „Jeni Gazetta" meldet, hat der Großwesir das Kommissariat in Sofia beauftragt, der bulgarischen Regierung mitzuteilen, sie möge nicht mit Demonstrationen und mit der Erregung der öffentlichen Meinung unnötig Zeit verlieren, sondern erklären, ob sie in Verhandlungen eintreten wolle oder nicht.

Das Kriegsministerium ließ erneut Befehl an das zweite und dritte Korps ergehen, die Ueberwachung der bulgarischen Grenze zu verschärfen, jedoch Friktionen und Provokationen zu vermeiden.

Der Boykott.

Konstantinopel, 31. Januar. Beim hiesigen Boykottgeneralsyndikat ist eine Einlenkung bemerkbar. Das Syndikat schickte an die Provinzialsyndikate eine Depesche des Inhalts, daß der befriedigende Abschluß der österreichisch-ungarisch-türkischen Entente demnächst zu erwarten sei. Man möge daher Boykottverschärfungen unterlassen.

Serbische Rüstungen.

Belgrad, 1. Februar. „Politika" zufolge forderte der Kriegsminister von der Skupschtina einen neuen Rüstungskredit von dreiunddreißig Millionen Dinars. Wie „Stampa" meldet, stieß diese Forderung in den Kreisen der altradikalen Partei auf Widerstand. Schließlich einigte sich jedoch der Hauptausschuß der altradikalen Partei dahin, den Kredit zu bewilligen, weil es dem Volksempfinden nicht entsprechen würde, ihn zu verweigern, während man für eine bewaffnete Aktion des Landes eintrete.

Arnauteneinfälle.

Saloniki, 1. Februar. Die Meldungen aus dem Sandschak Novibazar lauten sehr ernst. Zwischen Serben und Arnauten kam es zu blutigen Kämpfen. Die Ortschaften Plevlje und Bertun wurden unter militärischen Schutz gestellt. Zahlreiche von Serben bewohnte Ortschaften sind von den Arnauten niedergebrannt und die Einwohner grausam niedergemetzelt worden. Auch befürchtet man den Einfall von montenegrinischen Banden.

Frankreich.

Ein Schülerstreik.

Paris, 1. Februar. Sämtliche dreihundert Schüler der Elektrotechnischen Schule beschlossen, wegen der an der Anstalt herrschenden Zustände den Schulbesuch bis auf weiteres einzustellen.

Marokko.

Das standesgemäße Attentat.

Paris, 31. Januar. Wie aus Fes vom 28. d. M. gemeldet wird, stürzte sich in Babelboujat in dem Augenblick, wo der Sultan sich mit einem Offizier der französischen Militärmission unterhielt, ein Lastträger mit dem Messer in der Hand auf sie; der Lastträger wurde entwaffnet; er erklärte, nur aus religiösen Motiven gehandelt zu haben; er zürne dem Christen, womit er den Offizier meinte. Der Uebeltäter erhielt dann Stockschläge, bis er unter ihnen zusammenbrach.

Amerika.

Die Japanerfeindschaft.

Sacramento, 1. Februar. Die Vorlage betreffend das Verbot von Landerwerb in Kalifornien durch Ausländer soll am Dienstag im Repräsentantenhause wieder zur Beratung kommen. Der Gouverneur von Kalifornien erklärt, daß der Gesetzentwurf gegen keinen mit Japan geschlossenen Vertrag verstoße. Gleichzeitig hat er das letzte Schreiben Roosevelts veröffentlicht, in dem der Präsident sagt, er habe gegen ein Gesetz betreffend Verbot des Landerwerbs durch Fremde nichts einzuwenden, wenn es alle Ausländer in gleicher Weise behandelt. Um aber einen Konflikt mit der Staatsverfassung zu vermeiden, soll der Entwurf eine ausdrückliche Bestimmung enthalten, die alle Rechte von der Wirkung des Gesetzes ausnimmt, die ausländischen Nationen seitens der Vereinigten Staaten zugesichert sind.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Gewerbegerichtsbeisitzer!

Durch ein Versehen ist der Tag für die Wahl zum Ausschuß für das Berliner Gewerbegericht falsch angegeben.

Die Wahl für Arbeitnehmerbeisitzer findet am **Mittwoch, den 3. Februar, pünktlich 8 Uhr abends**, im Bürgersaal des Rathauses, Eingang Königstraße, statt.

Die Wahl zum Ausschuß der Arbeitgeberbeisitzer am Freitag, den 5. Februar, abends von 6 bis 8 Uhr, im Saale des Gewerbegerichts, Zimmerstraße 90.

Eine gelbe Gründung.

Die Firma Joseph Schimek, Mühlenstr. 11, betreibt einen ausgedehnten Handel mit Lumpen, Papierabfällen usw. Sie beschäftigt beim Sortieren und Transportieren dieses Materials über 400 Arbeiter und Arbeiterinnen, von denen ein großer Teil dem Deutschen Transportarbeiterverbande als Mitglieder angehören. Mit diesem Verbande stand die Firma früher in einem Tarifvertragsverhältnis, welches aber seit fast zwei Jahren nicht mehr besteht. Die Löhne, welche die Firma zahlt, sind sehr gering. In dem genannten Tarifvertrage war der Anfangslohn der Arbeiterinnen auf 9 M. wöchentlich festgesetzt. Nach dreijähriger Beschäftigung erreichte der Lohn die Höchstgrenze von 12 M. Die Löhne der männlichen Arbeiter beginnen mit 18 M. und betragen im Höchstfalle 25 M.

Daß diese Lohnsätze in der vertragslosen Zeit besser geworden sind, ist nicht anzunehmen. Wohl aber mag die Firma angenommen haben, daß die Arbeiter, wenigstens die organisierten, bei passender Gelegenheit eine Aufbesserung der in der Tat ungewöhnlich niedrigen Löhne fordern und mit Hilfe ihrer Organisation auch durchführen würden. Um dem vorzubeugen, verfiel Herr Schimek auf das nicht mehr ungewöhnliche Mittel, für die Arbeiter und Arbeiterinnen seines Betriebes einen „gelben" Verein zu gründen. In einer Korrespondenz mit dem Transportarbeiterverband bestreitet Herr Schimek zwar, daß es sich um einen gelben Verein handele. Er sagt, es sei nur eine Unterstützungskasse gegründet worden; das sei eine interne Angelegenheit des Betriebes, die den Transportarbeiterverband nichts angehe.

Ob das Ding Unterstützungskasse oder sonstwie heißt, ist gleichgültig. Tatsächlich haben wir es hier mit einer Gründung zu tun, die genau nach derselben Schablone und mit denselben Mitteln ins Werk gesetzt worden ist, wie die berüchtigten gelben Vereine in anderen Betrieben. Was aber das Verwerflichste an der Sache ist, so ist auch im Betriebe des Herrn Schimek nach berüchtigten Mustern ein Druck zum Beitritt in die gelbe Unterstützungskasse und zum Austritt aus dem Transportarbeiterverbande auf Arbeiterinnen ausgeübt worden. — Eine Arbeiterin, die sich nach einer überstandenen Krankheit wieder zum Antritt der Arbeit meldete, wurde von der Meisterin mit der Mitteilung empfangen, daß im Betriebe ein „neuer Verband" gegründet worden sei. Daß Arbeiterinnen ferner noch für den Transportarbeiterverband als Vertrauenspersonen tätig seien, das gebe es nicht mehr. Sollte jemand auch nur heimlich an den Transportarbeiterverband Beiträge zahlen, dann werde er sofort entlassen. Solche Leute würden bei der Firma Schimek nicht mehr beschäftigt. So sagte die Meisterin. Ob sie im Auftrage des Herrn Schimek oder im Einverständnis mit ihm handelte, konnte nicht festgestellt werden.

Nach dieser Unterredung schickte die Meisterin die Arbeiterin in eine gerade stattfindende Betriebsversammlung, wo Herr Schimek selber zugegen war und sich bereit erklärte, in die gelbe Kasse 1000 M. aus eigenen Mitteln und 400 M. aus der Strafgelderkasse zu zahlen.

Die Arbeiterin, von der hier die Rede ist, bekleidet das Amt einer Vertrauensperson des Transportarbeiterverbandes, was sowohl der Meisterin wie Herrn Schimek bekannt ist. Als die Arbeiterin ihren Platz wieder einnehmen wollte, erhielt sie von der Meisterin ihre Entlassung.

Aus alledem sieht man, daß es sich hier um die Gründung eines gelben Betriebsvereins handelt, und daß Arbeiterinnen in den Verein gepreßt werden mit Mitteln, die gegen den § 153 der Gewerbeordnung verstoßen.

Erklärung
zur Notiz „Bildhauer und Holzarbeiter".

Die Nr. 26 des „Vorwärts" vom Sonntag, den 31. Januar, enthält unter „Gewerkschaftliches" eine Notiz mit dem Titel „Bildhauer und Holzarbeiter" und beschäftigt sich mit der letzten Versammlung hiesiger Verwaltung am Donnerstag, den 28. Januar. Die darin geschilderten Verhandlungen bezüglich des Uebertritts zum Holzarbeiterverband sind in sehr einseitiger Weise wiedergegeben und erklären wir dazu, daß dieser Bericht nicht vom Vorstand der Organisation stammt, sondern nur die Mitteilung irgend eines Mitgliedes ist. Die Frage selbst wird zu anderer Zeit in der Oeffentlichkeit von uns behandelt werden und stellen wir jetzt nur fest, daß der Antrag zur Magdeburger Generalversammlung, den Uebertritt betreffend, mit 135 gegen 104 Stimmen gefaßt wurde. Dies verschweigt der Bericht gänzlich und gewinnt es dadurch den Anschein, als wenn in dieser Frage allseitiges Einverständnis vorhanden wäre.

Der Vorstand der Verwaltung Berlin des Zentralvereins der Bildhauer.

Deutsches Reich.

Die Schlosser, Dreher, Schmiede und Hilfsarbeiter der Maschinenwerke Gulischin in Liegnitz stehen seit 14 Tagen im Streik. Leider findet die Fabrik gerade in den Großstädten Rauszreißer. Es sei deswegen vor Zuzug nach Liegnitz nachdrücklichst gewarnt. Die Bewegung hat eine eigentümliche Vorgeschichte. 1908 ging ein Streik in der Fabrik verloren, weil die Hirsch-Dunckerschen Arbeiter sich nicht zur Arbeitsniederlegung zu entschließen vermochten. Sie nahmen den damaligen Lohnabzug ruhig hin. Jetzt sollte ein weiterer Abzug von 10 Proz. stattfinden. Das war auch den Hirsch-Dunckerschen zu viel. Mit 17 Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes legten 36 Gewerkvereinler die Arbeit nieder. Gelingt die Fernhaltung des Zuzuges, so ist es möglich, die Lohnreduktion abzuwehren.

Antisemitischer Schwindel.

Der Gauleiter des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes hat dieser Tage in Königsberg über seine Tätigkeit im Gau berichtet und dabei behauptet, daß durch sein Vorgehen die Freitagslohnzahlung für 2000 Arbeiter in Königsberg eingeführt worden sei. Daran ist kein wahres Wort. Der deutsch-nationale Verband hat im Gegenteil sich um die Agitation für die Freitagslohnzahlung gar nicht bekümmert. Bei den Sitzungen, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigten, glänzte er durch Abwesenheit. Und in Wirklichkeit ist die Frage der Lohnzahlung am Freitag von den freien Gewerkschaften angeregt worden, und diese haben auch für sie die lebhafteste Propaganda gemacht, so daß jetzt nicht nur für 2000, sondern für 4500 Arbeiter die Freitagslohnzahlung eingeführt worden ist.

Die Töpfergesellen Königsbergs sind nun ausgesperrt. Sowohl die Lokalorganisierten, als auch die Zentralorganisierten sind von diesem Geschick betroffen worden. Die Arbeitgeber haben ihr altes Personal einfach auf die Straße gesetzt und mit einer Handvoll Leute, die im Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein organisiert sein wollen, einen Lohntarif abgeschlossen, der für einzelne Positionen gegenüber den alten Vereinbarungen eine Verschlechterung von 10 bis 25 Prozent aufweist. Nur Spezialarbeiten, die höchst selten vorkommen, haben eine unwesentliche Erhöhung der Lohnsätze erfahren. Die Situation ist für die Ausgesperrten nicht gerade ungünstig. Nur die Arbeitsgelegenheit ist schwach und hierauf bauen die Herren Unternehmer im Töpfergewerbe.

Eine Aussperrung unter der Laterne!

Die Firma Windhoff in Rheine i. W. (Automobilfabrik) verlangte am Montag, den 25. Januar, von ihren Arbeitern in Zukunft unbeschränkte Leistung von Ueberstunden, ohne den Akkordarbeitern hierfür einen geringen Aufschlag gewähren zu wollen.

Die Arbeiter verweigerten daraufhin berechtigterweise dieselben, da es im Verlaufe des Vorjahres nichts Seltenes war, daß Doppelschichten ohne jede Vergütung geleistet werden mußten. Der Betriebsleiter erklärte darauf: „Es ist ja nicht notwendig, daß wir Ueberstunden machen."

Am anderen Morgen wurde den Arbeitern eine eigenartige Ueberraschung zuteil. Das Fabriktor war verschlossen. Vor demselben stand der Nachtwächter mit erhobener Laterne und beleuchtete folgenden Anschlag: Wegen Verweigerung der Ueberstungen bleibt heute die Fabrik geschlossen.

Die auf so originelle Art inszenierte Aussperrung suchten nun die Vertreter der beteiligten Verbände (Deutscher und christlicher Metallarbeiterverband) durch Verhandlungen beizulegen. Die Firma setzt sich aber aufs hohe Pferd und verlangt bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit. Das vorgelegte Schriftstück der Firma lautet folgendermaßen:

Die Delegierten Dreher ..... und Monteur ..... erklären hiermit, daß die in den Ausstand getretenen Arbeiter die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen, indem sie der Firma das Vertrauen schenken, daß diese die strittigen Punkte binnen acht Tagen erledigen wird.

„Wir werden dieses Vertrauen zu würdigen wissen und den Arbeitern Gelegenheit geben, ihre Wünsche vorzutragen", sicherte die Fabrikleitung zu.

Die Arbeiter verlangten, daß vor allem das Wort „bedingungslos" neben den anderen logischen Widersprüchen aus dieser Erklärung gestrichen würde. Die Firma kehrt aber den schroffsten Herrenstandpunkt heraus und will nicht nachgeben. Die Arbeiter, die vorläufig am Freitagmorgen die Arbeit wieder aufgenommen hatten, verließen wegen dieser Weigerung nach dreistündiger Arbeit den Betrieb.

Im Ausstand stehen zirka 35 Mann. Der Zuzug von Schlossern, Drehern, Klempnern und Maschinenarbeitern ist unter allen Umständen von Rheine fernzuhalten.

Zimmereraussperrung.

Die Ludwigshafener Zimmermeistervereinigung teilte am Sonnabend allen dortigen Zimmereien mit, daß am Montag, den 1. Februar, der Stundenlohn von 60 Pf. auf 55 Pf. reduziert werde. Wer nicht dafür arbeiten wolle, könne aufhören. Eine Versammlung des Zimmererverbandes beschloß hierauf einstimmig, die Lohnreduktion nicht anzunehmen, sondern es auf einen Kampf ankommen zu lassen. Die Aussperrung ist nunmehr gestern in sämtlichen Ludwigshafener Zimmereien erfolgt. — Zuzug ist streng fernzuhalten.

Wirkungen der Krise.

In der elektrotechnischen Abteilung der Maschinenfabrik Eßlingen-Cannstatt sind sämtliche Akkordpreise vom 1. Februar ab um 10 Proz. reduziert worden. Damit sind die Akkordpreise im Laufe dieses Winters dort teilweise schon um mehr als 30 Proz. herabgesetzt worden!

Die Krise in der Metallindustrie

lassen auch die jetzt erscheinenden Jahresberichte der Geschäftsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes erkennen. Die Karlsruher Geschäftsstelle stellt fest, daß in ihrem Bezirke am 1. Juli 1907 beschäftigt waren 11 052 Arbeiter, am 1. Juli 1908 9951. Also innerhalb Jahresfrist eine Abnahme der Beschäftigten von 1100. In Verbindung damit steht natürlich die starke Zunahme des Kontos Arbeitslosenunterstützung beim Metallarbeiterverbande.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

In den Flammen umgekommen.

Frankfurt a. M., 1. Februar. (W. H.) Im Hause Brückenstraße 55 brach heute mittag zwischen 12 und 1 Uhr Feuer aus, das durch zwei Kinder, die mit Streichhölzern gespielt hatten, verursacht worden war. Der ganze Dachstuhl wurde eingeäschert. Beide Kinder, zwei Mädchen im Alter von 5 und 3 Jahren, verbrannten, während die Mutter, die die Kinder aus den Flammen retten wollte, so schwere Brandwunden erlitt, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen dürfte.

Lemoine, der Diamantenschwindler, zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt.

Paris, 1. Februar. Der Zuchtpolizeigerichtshof hat den angeblichen Diamantenfabrikanten Lemoine in contumaciam zu zehn Jahren Gefängnis und 3000 Frank Geldstrafe verurteilt.

Sechs Arbeiter getötet.

London, 1. Februar. (W. T. B.) Bei der Sprengung einer in der Nähe von Yarmouth gesunkenen Barke wurden heute nachmittag sechs Arbeiter getötet und einer verletzt.

Verantw. Redakt.: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Inseratenverantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Der Kongreß der Arbeiterpartei.

Portsmouth, 29. Januar. (Eig. Ber.)

Der 9. Kongreß der britischen Arbeiterpartei wurde heute abends geschlossen. Ich werde in den nächsten Tagen das Gesamtergebnis in einem besonderen Artikel besprechen. Die letzte Sitzung war aber wichtig genug, um auf sie sofort einzugehen.

Zuerst kam die Annahme der sozialistischen Resolution, die von der Parteiorganisation in Battersea eingebracht wurde. Die Begründung des Antrages wurde unmittelbar nach Eröffnung der Sitzung um 10 Uhr vorgenommen. Es fehlten viele Delegierte, woraus sich die verhältnismäßig geringe Abstimmungszahl erklärt. Der Delegierte Pocock brachte die Resolution vor und empfahl ihre Annahme in kurzen Worten: er wolle die Satzungen der Partei nicht ändern, sondern die Partei auf das Ziel verweisen, nach welchem sie streben solle. William Thorne unterstützte die Resolution, worauf die Abstimmung vorgenommen wurde. Sie ergab die Annahme mit 362 000 gegen 313 000 Stimmen.

Sodann wurde die Resolution über das Schulwesen vorgenommen. Die Diskussion darüber war ziemlich erschöpfend. Sie drehte sich um drei Punkte: Weltlichkeit der Schule; Abschaffung der Halbzeitler; staatliche Verpflegung der Schulkinder. Gegen die Weltlichkeit der Schule trat James Sexton, der Führer der Liverpooler Docker, ein, der der Ansicht war, daß diese Forderung es vielen katholischen Arbeitern unmöglich machen würde, sich der Partei anzuschließen. Andere Redner erklärten ihm aber, daß sie trotz ihres katholischen Glaubens mit dieser Forderung übereinstimmten. Die Partei wolle nicht die Religion abschaffen, sondern die religiösen Zänkereien von der Schule fernhalten. Die Verweltlichung der Schule wurde schließlich mit 739 000 gegen 234 000 Stimmen angenommen.

Die Frage der Halbzeitler berührt nur die Textildistrikte. In diesen Gegenden besteht noch vielfach die Einrichtung, daß die Kinder einen halben Tag in der Schule sind und den anderen halben Tag in den Textilfabriken Aushilfe leisten. Sämtliche Führer der Textilarbeiter haben sich gegen dieses System erklärt, aber die Textilarbeiter sind noch nicht so weit, diese Forderung zu verstehen. Ich unterhielt mich darüber mit einem Textilarbeiter aus Lancashire, der mir erklärte: Die Forderung, die Halbzeitler abzuschaffen, ist eine Frage, die nur zu lösen ist durch Herabsetzung der Zahl der Webstühle, die ein Mann bedient; es gibt Arbeiter, die 6 Webstühle bedienen und deshalb die Aushilfe von jugendlichen Arbeitern brauchen. Solange es gestattet ist, daß ein Mann 6 Stühle übernimmt, wird sich die Einrichtung der Halbzeitler nur schwer abschaffen lassen. Könnte man ein Gesetz schaffen, das verbieten würde, mehr als 4 Stühle zu übernehmen, dann würde die ganze Einrichtung der Halbzeitler von selbst fallen.

Neben dieser Forderung verlangte die Resolution die Erhöhung des schulpflichtigen Alters auf 16 Jahre. Beide Forderungen wurden schließlich mit 724 000 gegen 309 000 Stimmen angenommen.

Dagegen wurde die Forderung, die Kinder auf Staatskosten zu erhalten, d. h. zu ernähren, kleiden und beherbergen, mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Ablehnung berührt selbstredend nicht die Forderung auf Speisung der armen Schulkinder.

Nachmittagssitzung.

Die letzten Beratungen des Kongresses, von denen man hätte glauben können, daß sie rein formal sein würden, gestalteten sich ungemein lebhaft. Ich wollte schon am Nachmittag nach London zurückkehren, aber es wurde mir vom Vorstand gesagt, man erwarte den lange vorbereiteten Angriff auf die Parteileitung von den Anhängern Graysons, die zur Frage der Parteitaktik sprechen wollten. Als Redner sollten auftreten: Grayson, Ben Tillett und Quelch.

Der Angriff kam, aber Grayson fehlte und erschien in der Sitzung überhaupt nicht, was selbstredend eine niederdrückende Wirkung auf seine Genossen hatte. Tillett, der vor einigen Wochen den Parteivorstand in einer Broschüre heftig angegriffen hatte, trat jetzt recht versöhnlich auf. Er schlug folgende Resolution vor:

„Der Kongreß instruiert den Parteivorstand, öffentliche Versammlungen einzuberufen, so oft es nötig ist, die Interessen der Arbeiter zu fördern. Parteimitgliedern oder Parteikandidaten ist es verboten, mit den Vertretern der kapitalistischen Parteien auf derselben Tribüne als Redner zu erscheinen, um irgend eine Maßnahme zu unterstützen."

Der Parteivorstand wurde nämlich beschuldigt, daß einige seiner Mitglieder zusammen mit Vertretern der kapitalistischen Parteien in Temperenz- und Freihandelsversammlungen von einer und derselben Tribüne sprachen. Demgegenüber sagten die Angegriffenen, diese Versammlungen waren keine Parteiversammlungen, sondern es waren neutrale Tribünen, wo Maßregeln befürwortet wurden, die auch von den Kongressen der Arbeiterpartei gefordert oder gebilligt wurden.

Es soll hier gleich gesagt werden, daß in dem Vorwurf, der der Resolution zugrunde liegt, manches wahre vorhanden ist. Es gibt einen oder zwei Arbeiterabgeordnete, die mit ihren liberalen Traditionen noch nicht ganz gebrochen haben. Leider kam der Vorwurf von einer Seite, die als eine feindliche betrachtet wird. Die überwältigende Mehrheit des Kongresses war der Ueberzeugung, daß Tillett, Quelch und Grayson die Partei spalten wollten. Es ist diese Ansicht, die die sozialdemokratische Kritik unwirksam macht. Tillett sprach gemäßigt und glänzend; Quelch sprach ungemein logisch und witzig — aber es half nicht. Shackleton, der auf Tilletts Rede antwortete, las aus dessen Broschüre eine ganze Reihe heftiger Invektiven vor, die gegen den Parteivorstand geschleudert wurden. Und der Kongreß unterstrich jede Erwiderung Shackletons mit demonstrativem Beifall, der selbstredend gegen Tillett gemeint war. Das Resultat der Abstimmung konnte nicht zweifelhaft sein: Die Resolution wurde gegen wenige Stimmen verworfen. Ebenso wurde die Resolution, die die Aufstellung eines Programms forderte und die auch von Shaw verteidigt wurde, verworfen. Shaw wollte allerdings keine sozialistische Prinzipienerklärung, sondern ein sozialpolitisches Programm, aber auch mit dieser bescheidenen Forderung drang er nicht durch.

Nach diesen Debatten schloß der Kongreß.

* * *

Ueber den Grund des Fehlens Graysons zirkulierte auf dem Kongreß ein eigenartiges Gerücht. Es wurde behauptet, ein bekannter Flottenschriftsteller und ein Flottenleutnant — Fred Jane und Leutnant Wilson — hätten mit Grayson eine Automobiltour unternommen, die Grayson verhinderte, im Kongreßsaale zu erscheinen und den Angriff der Sozialdemokraten auf den Parteivorstand auszuführen. Die Schlußfolgerungen, die aus dieser Meldung gezogen wurden, waren selbstverständlich für Grayson nichts weniger als schmeichelhaft.

Der Bergarbeiter-Kongreß.

Zu dem am Montag früh eröffneten Kongreß der Bergarbeiter, der nicht nur von dem auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden „alten Verband", sondern auch von dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein und der polnischen Berufsorganisation beschickt war — nur der christliche Gewerkverein hatte unter faulen Ausreden eine Delegation abgelehnt! — waren in Anbetracht seiner enormen Bedeutung für das Leben und die Gesundheit von vielen hunderttausend Grubenproletariern nicht nur zahlreiche parlamentarische Vertreter der Sozialdemokratie, sondern auch eine Anzahl bürgerlicher Abgeordneter erschienen. Die Rechtsparteien hatten allerdings keine Vertretung entsandt, und ihrem Beispiel war auch die Regierung gefolgt. Trotz Rehden und Radbod hatte sie es nicht für notwendig erachtet, sich über die Beschwerden und Forderungen aus erster Hand zu informieren. Ja, wenn es sich um einen Kongreß des Grubenkapitals gehandelt hätte. Mit grimmigem Spott, der unter den Delegierten stürmisches Echo fand, geißelte Genosse Sachse in seiner Begrüßungsrede das empörende Verhalten der Regierung. Ja, wenn es sich nur um Kongresse von Proletariern handelt, die schweißtriefend und ständig von Todesgefahr umlauert, für das Grubenkapital die Schätze der Erde ans Tageslicht fördern, so bedarf die Regierung keinerlei Information! Sie darf sich nicht besser informieren, als es das Geldsackinteresse der Grubenbarone zuläßt. Mögen diese Grubenbarone das Leben Hunderttausender frivol aufs Spiel setzen, mögen sie durch ihre Ringe das Publikum ausplündern, mögen sie selbst dem Staate gegenüber die skandalösesten Wucherpreise fordern — die obersten Staatsdiener haben nichtsdestoweniger das berüchtigte Ministerwort an den Kapitalistenklüngel wahr zu machen: Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie! Den Arbeitern gegenüber glaubt sich die Regierung eben alles erlauben zu dürfen. Zu der Berliner Protestversammlung der technischen Angestellten, die am Sonntag stattfand, hatte die Regierung, wie sich das gehörte und von selbst verstand, einen Vertreter entsandt. Aber den Arbeitern zeigt man unverhohlen die gröblichste Mißachtung. Man hält eben ihre Lammsgeduld für unverwüstlich, man traut ihnen nicht zu, daß sie ebenso geschlossen und ebenso rücksichtslos für ihre Interessen eintreten könnten, wie Agrarier oder Kapitalisten!

Und wie viel hätten die Regierungsvertreter aus den Verhandlungen lernen können. Pokorny hatte durchaus recht, wenn er meinte, die Darlegungen der Vertreter würden dem Handelsminister oder seinem Stellvertreter nicht minder in die Ohren gellen, wie die Begrüßung, die Herrn Delbrück von den Hinterbliebenen von Radbod bereitet worden. Denn nicht nur das Referat zum ersten Punkt der Tagesordnung, die Einführung von Grubenkontrolleuren aus der Mitte der Bergarbeiter, entwarf ein entsetzliches Bild von den Zuständen in den Gruben, sondern erst recht die Diskussion. Von dramatischer Wirksamkeit waren die Ausführungen eines Geretteten von Radbod, der den skrupellosen Raubbau auf Kohlen und das frevelhafte Aufsspielsetzen der Menschenleben, deren ja nun auch 350 in der Tiefe ihr furchtbares Ende gefunden, mit der packenden Anschaulichkeit und der aufpeitschenden Entrüstung des Augenzeugen schilderte. Aber das Motiv, das das Referat und die Anklagerede des Radboder Geretteten angeschlagen, kehrte in jeder folgenden Rede wieder: kein Redner, gleichviel welchem Verbande oder welcher politischen Richtung er auch angehören mochte, der nicht die wuchtigsten Anklagen gegen die Grubenverwaltungen und die unbegreifliche Nachsicht der amtlichen Aufsichtsorgane erhoben hätte!

Wie gesagt, waren auch Vertreter bürgerlicher Parteien, selbst der Nationalliberalen, anwesend. Ob diese Vertreter ihre Parteien nun endlich dazu vermögen werden, was die Bergarbeiter seit 25 Jahren vergeblich forderten, zur Schaffung ausreichender gesetzlicher Schutzmaßregeln für das Grubenproletariat? Oder ob es die Vertretung des Kapitals auf die Anwendung des „allerletzten Mittels", von dem Pokorny warnend sprach, ankommen lassen werden?!

*

Der große Saal der „Neuen Philharmonie", wo der Kongreß tagt, ist mit allerlei bunten Fahnen reichlich geschmückt; in der Mitte hängt ein großes Reichsbanner zwischen zwei nicht minder großen Bannern mit dem preußischen Adler. Die rote Fahne der kämpfenden Arbeiterschaft fehlt gänzlich. Gleichwohl hat es weder die Reichsregierung noch die Regierungen der ebenfalls eingeladenen mit Bergbau gesegneten Bundesstaaten für nötig erachtet, Vertreter zu entsenden.

Kleines Feuilleton.

Ueber den Stand der Cholera in Rußland veröffentlicht der Londoner „Lancet" eine bis zum Ende des Jahres reichende Uebersicht, deren Hauptergebnis sich in dem Satz zusammenfassen läßt, daß in Südrußland seit dem Herbst ein fast völliges Verschwinden der Seuche, in Petersburg dagegen eine auffallende Verschlimmerung eingetreten ist. Für das ganze russische Reich ist gleichfalls eine Zunahme der Erkrankungen im Dezember gegen den November zu verzeichnen gewesen, obgleich die Zahl von 223 Erkrankungen wöchentlich neben der von 1048 noch Anfang Oktober gering erscheint. Für Petersburg allein sind die Zahlen bedeutend ungünstiger, denn dort hat die Steigerung von November auf Dezember einen Betrag von 70 auf 154 erreicht, während Anfang Oktober allerdings noch 418 Erkrankungen in der Woche eintraten. Sollte es nicht gelingen, die Seuche während des Winters wirklich auszurotten, so wird sich Rußland für den Eintritt der wärmeren Jahreszeit auf eine neue schwere Epidemie gefaßt machen müssen. Bedenklich ist nach dieser Richtung nicht nur die Hartnäckigkeit der Petersburger Epidemie, sondern auch die große Verbreitung, die den sonst sehr vereinzelt gewordenen Erkrankungen zukommt. Die letzten Berichte meldeten solche aus folgenden Gouvernements: Saratow, Twer, Tambow, Kiew, Poltawa, Jekaterinoslaw, Cherson, Elisabetopol und Tomsk sowie aus den Territorien der donischen Kosaken und der Flüsse Kuban und Terek. Eine weitere Gefahr besteht darin, daß die mohammedanische Bevölkerung am Schwarzen Meer zur großen Pilgerfahrt nach Mekka zu rüsten beginnt, wodurch wieder eine neue Gelegenheit geboten wird, die russische Cholera auf andere Gegenden zu übertragen.

Raskolnikow vor Gericht. Der Verein studierender Juristen in Dorpat veranstaltete, wie er das schon öfter getan hat, unlängst eine fingierte Schwurgerichtssitzung in der Aula der Universität. Die Verhandlung hatte, wie der „Frankfurter Zeitung" berichtet wird, ein außerordentlich großes Publikum angelockt, das den großen Saal dicht gefüllt hielt. Viele fanden auf den Bänken und Stühlen keinen Platz und mußten stehend zuhören, was wirklich keine Kleinigkeit war. Aber alle harrten sechs Stunden ohne Unterbrechung aus, und es herrschte eine Spannung, wie sie bei einer aufregenden wirklichen Sitzung nicht größer sein kann. Vor den Assisen erschien Dostojewskis Raskolnikow. Die Verhandlung war aufs peinlichste einer wirklichen Sitzung nachgebildet, und die funktionierenden Personen vom Angeklagten bis zum Staatsanwalt, Verteidiger und Richter waren Studenten, die sich mit dem Gesetz und den richterlichen Bräuchen außerordentlich vertraut zeigten. Die Verhandlung begann um acht Uhr; nach neun nahmen bereits die Plaidoyers ihren Anfang. Der Staatsanwalt hielt eine etwa einstündige, der Verteidiger eine anderthalbstündige Rede. Erst um zwei Uhr wurde das Urteil gefällt, das auf Freisprechung lautete. Die Geschworenen fanden, daß Raskolnikow den Doppelselbstmord in geistiger Unzurechnungsfähigkeit begangen habe. Dostojewski war nicht geladen und demnach auch nicht erschienen.

Die Chinesen als Erfinder des Taxameters. Dr. Giles, Professor der chinesischen Sprache und Literatur an der Universität zu Cambridge, hat entdeckt, daß die Chinesen schon im dritten Jahrhundert der christlichen Zeitrechnung den Taxameter kannten, und daß sie sich seiner bedienten, um den von den Wagen zurückgelegten Weg zu messen. Die ersten Anspielungen auf dieses Instrument findet man in den chinesischen Chroniken des dritten Jahrhunderts und in Dokumenten aus den Jahren 1027 und 1107. Es werden dort Einzelheiten über die Konstruktion und die Zahl der Verzahnungen angegeben. Dr. Giles übersetzte diese Angaben und gab sie dem Professor Hopkinson, der das mechanische Laboratorium der Universität leitet. Hopkinson hat dann nach den 900 Jahre alten chinesischen Angaben das Modell eines Wagens konstruiert, der die zurückgelegten Entfernungen genau verzeichnet. Nach jeder chinesischen Meile (Li) hört man Trommelklang; nach je 10 Li läutet ein Glöckchen.

Theater.

Neue freie Volksbühne (Berliner Theater): „Bartel Turaser", Drama von Philipp Langmann. Die Meinungen über den sozialkünstlerischen Gehalt dieses tiefgefaßten Proletarierdramas können als abgeschlossen gelten. Die von ihm ausströmende Wirkung ist groß und rein, zumal dann, wenn eine von künstlerischem Feingefühl erfüllte Regie und Darstellung obwalten. Es herrschte Einheitlichkeit und geschlossene Stimmung auch gerade in der Ensembleszene der Streikenden im zweiten Akt. Artur Berger verlieh dem Titelhelden eine Schlichtheit des Wesens, die überzeugend wirkte und uns den Menschen sympathisch machte. Das spezifisch Oesterreichische kam bei ihm nicht zuletzt auch vermöge des echten Dialekts zur Geltung. In dieser Hinsicht stand ihm Josephine Dora als Turasers Frau sehr nahe. Die Streitszene zwischen ihr und Klara Gernod (Marie Zelber) spitzte sich höchst dramatisch zu. Gute Vertreter fanden auch die Nebenrollen. a. k.

Humor und Satire.

Der Ueberzieher.

Vor dem Brandenburger Tor,
Steht, wie ein Theaterchor,
Schwarzbefrackt, im Sonntagsstaat
Der Berliner Magistrat,
Voller Sehnen und Verlangen,
Englands König zu empfangen.
Da die Winterstürme blasen,
Gibt es viele blaue Nasen
Und, was schlimmer, in der Kühle,
Költen auch sich die Gefühle:
Selbst die Königstreu' verliert
Mancher Bürger, wenn ihn friert,
Und ein nasser Fuß fürwahr
Bringt der Monarchie Gefahr.

Aber wenn die Not am höchsten,
Ist bekanntlich Gott am nächsten
Oder einer seiner Geister.
Kommt dort nicht der Bürgermeister?
Ja, er ist's. Doch welch ein Graus!
Gott! Wie sieht der Mensch nur aus!
Gleich als ging es zum Tarock,
Trägt er einen Ueberrock!

„Kinder!" ruft er. „Macht mir Raum!
Ja, ich bin's." Es ist kein Traum.
Kirschner heißt der Mann und hier
Ist des Mannes Ueberzieh'r.
Und er darf ihn — laßt's Euch sagen! —
Beim Empfang des Königs tragen
Stolzen, hocherhob'nen Haupts,
Seine Majestät erlaubt's.
O dies Glück! O diese Gnade!
Sink' in Schnee, du Männerwade!
Diese Gnade! Dieses Glück!
Deutschland ward zur Republik!
Englands König kommt, und wir
Huldigen ihm im Ueberzieh'r!"

Edgar Steiger im „Simplicissimus".

Notizen.

— Theaterchronik. Das Gastspiel Girardis im Thalia-Theater ist noch um drei Tage verlängert worden. Der Künstler spielt noch am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag den Schuster Weigelt in „Mein Leopold". — Kainz hat sein Gastspiel im Neuen Schauspielhaus abermals verlängert. Er tritt am 9., 11. und 14. Februar nochmals als Hamlet, am 10. im „Galeotto", und am 13. als Mephisto auf. Der Vorverkauf beginnt am Donnerstag, den 4. Februar.

— Musikchronik. Das 117. Jugendkonzert findet am Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, im großen Saal des Lehrervereinshauses am Alexanderplatz statt. Für Gemeindeschüler kostet der Eintritt mit den Liedertexten 20 Pf., für Erwachsene 50 Pf. — Die 382. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, abends 7 Uhr, in der Singakademie statt.

— Verein für Kunst. Am Donnerstag, abends 8 Uhr, liest im Salon Cassirer Ernst Schur aus seinen eigenen Dichtungen vor.

— Sven Hedin wird über seine Reise in Tibet vor den Mitgliedern der Berliner Gesellschaft für Erdkunde am 12. März berichten. Am 14. März hält er einen öffentlichen Vortrag in der Singakademie.

— Das Observatorium am Pic von Teneriffa, das den gemeinsamen Zwecken der internationalen Forschung auf verschiedenen wissenschaftlichen Gebieten dienen soll, wird zunächst eine Abteilung für Luft- und eine zweite für medizinische Beobachtungen erhalten. Der für die Station in Aussicht genommene Platz liegt in einer Höhe von etwa 2200 Meter.

Der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Bergarbeiter,
Reichstagsabgeordneter Sachse,

teilt in seiner Begrüßungsrede mit, daß der preußische Bergwerks- und Handelsminister Delbrück und das Reichsamt des Innern

schriftliche Absagen

auf die Einladung zum Kongreß gesandt haben. Die Gründe, die sie für ihr Verhalten angeben, sind auf beiden Stellen ungefähr dieselben und besagen, daß die Herren von der Regierung schon Kenntnis genug von den Dingen hätten, mit denen der Kongreß sich befassen werde. Der Minister Delbrück gibt an, daß er mit Beamten und Arbeitern des Bergbaues schon eine Konferenz gehabt habe, wo über dieselbe Frage verhandelt wurde, und die Regierung werde demnächst die nötigen Schritte unternehmen. Auf dieser Konferenz waren 45 Herren, Beamte und Vertreter der Bergwerksunternehmer anwesend, aber nur 4 Knappschaftsälteste, die die Bergarbeiterschaft vertreten sollten. Da glaubt der Minister nun genügend unterrichtet zu sein. Ja, wenn wir andere wären, Arbeitgeber oder der Handelstag, dann würden wir wohl die Ehre haben, zwei oder drei Minister zu sehen; aber wir sind ja nur Arbeiter, sollen nur Vertrauen zur Regierung haben, deren Verhalten jedoch keineswegs geeignet ist, Vertrauen zu erwecken. Wir haben die Vertreter des Reichstags wie der Parlamente aller der Bundesstaaten, wo Bergbau betrieben wird, eingeladen; einige sind bereits anwesend, mehrere haben ihr Erscheinen zugesagt. Wir hoffen, daß sie auf unserem Kongreß die Ueberzeugung gewinnen, daß unsere Forderungen nach durchgreifendem Bergarbeiterschutz, vor allem nach von der Bergarbeiterschaft gewählten Grubenkontrolleuren unbedingt notwendig sind. Wir haben die Freude, den Vertreter der Oesterreichischen Bergarbeiterunion, Jarolin, unter uns zu sehen, was um so mehr zu begrüßen ist, als es gilt, alle Bergbau treibenden Länder zu veranlassen, wirksame Schutzmaßregeln für die Bergarbeiterschaft zu schaffen. Hoffen wir, daß wir auch auf diesem Wege durch diesen Kongreß weiter kommen. In diesem Sinne eröffne ich den Kongreß mit dem alten Bergwerksgruß: Glück auf!

Sosinski, Vertreter der Polnischen Berufsvereinigung der Bergarbeiter:

Wenn die Regierung es nicht für nötig hielt, zu diesem Kongreß Vertreter zu senden, so ist es ihrem ganzen bisherigen Verhalten nach nicht anders zu erwarten gewesen. Wir müssen es bedauern, daß der Christliche Verband nicht an unserem Kongreß teilnimmt. Die große Erbitterung ist unter der Bergarbeiterschaft allgemein. Der Redner teilt noch mit, daß die polnische Parlamentsfraktion ebenfalls Vertreter entsenden wird, die jedoch noch nicht eingetroffen sind.

F. Schmidt, Vertreter des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins:

Als die Frage der Beschickung des allgemeinen Kongresses an unsere Organisation herantrat, konnte uns die Entscheidung schwierig erscheinen, denn wir mußten uns sagen: Nimmst du teil, so kriegst du deine Vorwürfe von den Christlichen, nimmst du nicht teil, geschieht dir dasselbe vom alten Verband. Wir haben jedoch der Sache mit Freude unsere Zustimmung gegeben. Der Christliche Verband sagt in seinem ablehnenden Schreiben, die Regierung wisse schon, was wir wollen. Ja, die Regierung weiß auch, was die Bergherren wollen. Wenn aber ein Moment günstig war, den notwendigen Forderungen der Bergarbeiter Nachdruck zu verleihen, so ist es jetzt nach dem Massenunglück von Radbod. Darum haben auch wir einmütig beschlossen, den Kongreß zu beschicken.

Jarolin (Oesterreich):

Als uns die Mitteilung von Ihrem Kongreß kam, zögerte unser Vorstand nicht, einen Delegierten zu entsenden, denn die Fragen, die hier auf der Tagesordnung stehen, beziehen sich nicht nur auf die deutsche, sondern auf die gesamte Bergarbeiterschaft. Wie sich hier die Regierung den Forderungen kühl gegenüberstellt, genau so ist es in Oesterreich. Die österreichische Regierung hat nun zwar eine Vorlage zur Verbesserung des Bergarbeiterschutzes gemacht, aber nach dem Grundsatze: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß. Die Vorlage besteht aus 47 Paragraphen. Es sollen Sicherheitsmänner angestellt werden, wozu die Unternehmer drei Kandidaten vorschlagen, die von den Arbeitern dann pflichtgemäß gewählt werden sollen. Die Sicherheitsmänner oder Grubenkontrolleure sollen im Dienstverhältnis und der Dienstordnung unterstellt bleiben, also jederzeit von den Unternehmern entlassen werden können. Die Erfolge, die Sie hier zu erzielen trachten, werden auch Erfolge für die gesamte Bergarbeiterschaft sein.

Hierauf wurde das Bureau des Kongresses gewählt und zusammengesetzt aus Vertretern der Organisationen, die den Kongreß beschickt haben. Den Vorsitz führen Sachse und Sosinski. Ferner wurde eine Geschäftskommission zur Prüfung der Mandate gewählt. Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde unverändert angenommen.

•

Das Referat zum ersten Punkt der Tagesordnung:

Einführung von Grubenkontrolleuren, welche von den Bergarbeitern aus ihrer Mitte gewählt und vom Staate bezahlt werden,

erstattet

Franz Pokorny (Alter Verband):

Ich begreife, daß sich das preußische Ministerium hier nicht hat vertreten lassen. Der Minister Delbrück würde hier nichts anderes hören, als was ihm bei seinem Erscheinen in Radbod von den Hinterbliebenen der Verunglückten zugerufen wurde: Gebt uns Bergarbeiterschutz! Ich glaube, der Minister Delbrück hat von dem Empfang in Radbod genug, so daß er es nicht für nötig hält, hier zu erscheinen, wo er ja doch nur dasselbe zu hören bekäme. Dem geht der Minister gern aus dem Wege. Der Redner geht zu einer Besprechung der Unfallstatistik über. Die fortgesetzte Steigerung der Unfallziffer bildet eines der traurigsten Kapitel in der Geschichte der deutschen Industrie. Mehr als 600 000 Unfälle im Jahre hat die deutsche Industrie zu verzeichnen. Das bedeutet einen Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft. Es ist eine furchtbare Anklage für die Gesellschaft, daß die Unfallziffer trotz aller technischen Fortschritte der Betriebe eine so erschreckend hohe ist. Die Unternehmer klagen über die Lasten, die ihnen durch die Unfallversicherung aufgelegt werden. Wenn nicht alles getan wird, um die Unfälle, welche die Arbeiter bedrohen, zu verhüten, dann haben die Herren kein Recht, sich über die Lasten der Unfallversicherung zu beklagen. Wir verlangen, daß Maßnahmen getroffen werden, um Unfälle zu verhüten. Erschreckend groß ist die Zahl der Unfälle im Bergbaubetriebe. Die Bergarbeiter verlangen, es muß verhindert werden, daß ein Drittel aller deutschen Bergarbeiter invalide werden in einem Lebensalter, wo andere Leute im blühendsten Mannesalter stehen. Wenn sich die Unternehmer über die Lasten der sozialen Gesetzgebung beklagen, so sagen wir, abgesehen davon, daß sie ja nur auf Umwegen die Lasten tragen, ist es ganz selbstverständlich, daß diejenigen, welche den Profit aus dem Betriebe haben, auch die Lasten tragen. Daß die Unternehmer von diesen Lasten nicht erdrückt werden, das beweist die Steuerstatistik, welche eine fortgesetzte Steigerung der großen Vermögen zeigt. — Unter den Unfällen in der deutschen Industrie nimmt der Bergbau die ungünstigste Stelle ein. Seit 1886 haben wir

durch Betriebsunfälle 25 651 Bergarbeiterleichen

gehabt. In einem einzigen Jahre haben wir 1869 Tote gezählt. In Deutschland gibt es ungefähr 750 000 Bergarbeiter, davon sind in einem Jahre 108 582 verletzt worden. Unter den versicherungspflichtigen Arbeitern der deutschen Industrie nehmen die Bergarbeiter den 27. Teil ein, zur gesamten Unfallziffer aber stellen sie ein Siebentel, und ein Fünftel aller tödlichen Unfälle. Es ist kein Zufall, daß der Bergbau so erschreckende Unfallzahlen zeigt. Hier herrschen Mißstände, welche die Ursache der zahlreichen Unfälle sind. Diese Mißstände müssen beseitigt werden. Aufgabe des Staates ist es, die körperliche und geistige Kraft der Arbeiter zu schützen und zu erhalten.

Die Bergarbeiter schieben die Ursache der Unfälle zum Teil auf die mangelhafte Kontrolle der Gruben zurück. An Schutzbestimmungen zur Verhütung von Unfällen haben wir so viele, daß die Arbeiter sie gar nicht alle lesen, geschweige denn behalten können. Aber alle diese Bestimmungen stehen nur auf dem Papier. Sie werden nicht durchgeführt und die Kontrolle durch die Berginspektionsbeamten genügt nicht, um eine Durchführung der Schutzvorschriften zu gewährleisten. In Deutschland haben wir 3228 Bergbaubetriebe. Davon sind im Jahre 1907 nur 3110, also 95 Proz., revidiert worden, und zwar 797 = 25 Proz. nur einmal im Jahre. (Hört! hört!) 642 = 21 Proz. wurden zweimal und nur 1671 = 54 Proz. dreimal und öfter im Jahre kontrolliert. In so gefährlichen Betrieben, wie es der Bergbau ist, muß die Kontrolle öfter ausgeübt werden. Wenn das auch in einzelnen Bezirken bereits geschehen ist, so genügt das nicht. Die Bergarbeiter verlangen, daß die Betriebe unter eine ständige Kontrolle gestellt werden. Aber nicht nur auf die Zahl der Kontrollen kommt es an, sondern vor allem darauf, daß sie gründlich und sachkundig ausgeführt werden. Das können die Berginspektoren selbst beim besten Willen nicht, denn sie werden bei der Revision durch die Betriebsleitung betrogen. Wenn Arbeiter bei der Kontrolle mitwirken, die lassen sich nicht betrügen. Deshalb verlangen wir, daß Kontrolleure aus den Reihen der Arbeiter bei der Revision mitwirken. Die furchtbare Katastrophe von Radbod liegt hinter uns. Hätten dort Arbeiter in der Grube etwas zu sagen gehabt, dann hätten nicht Mißstände einreißen können, welche einen so großen Umfang des Unglücks herbeiführten. (Sehr richtig.) Es ist Tatsache, daß die meisten Bergarbeiter den Revisionsbeamten ihres Reviers gar nicht zu Gesicht bekommen.

Es wird behauptet, Arbeiter seien nicht geeignet zur Kontrolle. In Bayern gibt es schon seit längerer Zeit eine Mitwirkung von Arbeitern bei der Grubenkontrolle. In den Berichten der bayerischen Berginspektion finden wir

keine Klage über die Arbeiterkontrolleure.

Man behauptet auch, die Arbeiterkontrolleure würden die Arbeiter in der Grube aufhetzen. Die bayerischen Berginspektoren berichten nichts davon. Und die Arbeiter, welche in Bayern mit den Inspektionsbeamten die Grube befahren haben, das sind Mitglieder des Bergarbeiterverbandes. Auch in England, wo Arbeiterkontrolleure vorhanden sind, wird nicht über dieselben geklagt.

In anderen Ländern sind seit früheren Jahren die Unfälle im Bergbetriebe auf die Hälfte herabgegangen. In Deutschland ist das Umgekehrte der Fall. Wenn man sagt, die Arbeiter seien nicht fähig, die Kontrolle auszuüben, so ist das geradezu eine Beschimpfung der Arbeiter. Nach dem Unglück in Radbod haben uns

Arbeiter in wenigen Stunden einen Aufriß der Grube

angefertigt. Ein Beweis, daß wir befähigte Arbeiter genug unter uns haben. Die preußische Regierung hat ja jetzt eine Mitwirkung von Arbeitern bei der Kontrolle in Aussicht gestellt. Aber das, was die preußische Regierung bietet, genügt durchaus nicht. Die Regierung will, daß auf jeden Steigerbezirk ein Arbeiterausschußmitglied kommt. Das ist zu viel des Segens. Wir verlangen weniger Arbeiterkontrolleure, aber diese sollen so gestellt sein, daß sie eine wirksame Tätigkeit ausüben können. Der von der Regierung in Aussicht genommene Sicherheitsmann soll einmal im Monat die Grube befahren und noch dazu in Begleitung der Grubenbeamten, falls die Werksleitung nicht darauf verzichtet. Das wird sie natürlich nicht tun. Wir verlangen Arbeiterkontrolleure, welche nicht nur Mißstände untersuchen, sondern auch die Befugnis haben, die Mißstände beseitigen zu lassen. Wenn die Arbeiterkontrolleure mit derartigen Befugnissen ausgestattet sind, dann genügt für jede Grube ein einziger Kontrolleur. Natürlich darf der Arbeiterkontrolleur nicht abhängig sein von der Grubenverwaltung. Mit den Arbeiterkontrolleuren der königlichen Gruben im Saarrevier haben wir sehr schlechte Erfahrungen gemacht, weil sie nicht die Befugnisse haben, die ihnen zustehen müssen, um eine wirksame Kontrolle auszuüben. Im Jahre 1907 angesichts des Grubenunglücks in Reden meinte der Minister Delbrück, vielleicht würden die Grubenbesitzer freiwillig Arbeiterkontrolleure einführen, die Arbeiter müßten sich erst das Vertrauen der Grubenbesitzer erwerben. Das heißt, wir sollen unsere Organisation, unsere Selbständigkeit aufgeben, denn anders können wir das Vertrauen der Herren Stinnes usw. nicht gewinnen. Wenn wir aber unsere Organisation aufgeben, dann schurigelt man uns noch mehr als bisher. Wir hoffen, in einem Jahrzehnt so stark zu sein, daß wir uns dies Vertrauen erkämpfen können. (Zustimmung.) Wir ringen nach Gleichberechtigung. Wenn wir sie erst haben, dann werden wir den größten Teil der Mißstände beseitigen können. Ueber das Verlangen der Einführung von Arbeiterkontrolleuren gibt es unter den Arbeitern, welcher Richtung sie auch angehören mögen, keine Meinungsverschiedenheit. Auch die christlichen Bergarbeiter sind in dieser Hinsicht mit uns einig, wenn sie auch auf diesem Kongreß nicht vertreten sind. Die wenigen, die nicht mit uns einig sind, verfolgen andere Zwecke, sie dienen nicht den Arbeiterinteressen.

Damit die Arbeiterkontrolleure unabhängig sind von den Grubenbesitzern, müssen sie vom Staate besoldet werden. Sollte aber hieran unsere Forderung scheitern, dann sind wir bereit, selber die Arbeiterkontrolleure zu bezahlen.

Nach der Radbodkatastrophe sagte der Führer der christlichen Bergarbeiter, Efferts, es würde ein elementarer Kampf ausbrechen, wenn die Regierung die Forderungen der Arbeiter jetzt nicht bewilligen würde. Wenn es noch nicht zum Kampfe gekommen ist, so ist das nur der Besonnenheit der Arbeiterorganisation zu danken. Solange wir noch auf Erfüllung unserer Forderungen hoffen können, sehen wir vom Kampfe ab. Aber wenn unsere Hoffnungen auch jetzt wieder getäuscht werden, dann bleibt uns als letztes Mittel nur der Streik. Der Kampf wird beginnen an dem Tage, wo es sicher ist, daß die Regierung und die Parteien es ablehnen, Arbeiterkontrolleure auf der Basis unserer Forderungen einzuführen. (Zustimmung.) Wir fürchten diesen Kampf nicht. Wir nehmen ihn auf. Dazu mahnen uns die Toten von Radbod und die unzähligen Opfer, die jedes Jahr im Bergbau fallen. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion

brachte Schilderungen einer großen Reihe von einzelnen Fällen, welche zur Begründung der vom Referenten vertretenen Forderungen überreiches Material aufhäuften. Redner aus verschiedenen Bergbaurevieren, Mitglieder aller am Kongreß beteiligten Gewerkschaftsrichtungen kamen zum Wort. Alle wußten in schlichten, aber überzeugenden Ausführungen die Mißstände zu schildern, die in den Gruben herrschen und das Leben des Bergmanns täglich und stündlich bedrohen. Delegierte von verschiedenen Gruben des Ruhrreviers trugen ihre Erfahrungen vor. Alle diese Darlegungen bestätigen aufs neue, was schon so oft von praktisch erfahrenen Bergarbeitern gesagt worden ist: Möglichst viel Kohle fördern. Das ist für die Bergwerksbesitzer die Hauptsache. Um dies Ziel zu erreichen, werden alle Sicherheitsmaßregeln mißachtet, wird mit dem Leben der Arbeiter in unverantwortlicher Weise gespielt. Strecken, in denen lebensgefährliche Mißstände herrschen, werden zugenagelt, wenn der Inspektionsbeamte erwartet wird, und sogleich wieder in Betrieb genommen, wenn der Aufsichtsbeamte die Grube verlassen hat.

Mit besonderem Interesse wurden die Ausführungen des Delegierten

Thomas-Hamm

aufgenommen, der zu den wenigen Arbeitern gehört, welche sich aus der Katastrophe auf Radbod retten konnten. An der Hand zahlreicher Einzelheiten und technischer Erörterungen zeigte der Redner, wie leichtfertig der Betrieb auf Grube Radbod gehandhabt wurde. Arbeiter, die noch nie im Bergwerk gearbeitet hatten, wurden eingestellt, zunächst als Schlepper und Verbauer, aber schon nach zwei bis drei Monaten wurden sie zu Lehrhauern, ja sogar zu Hauern gemacht. Der Raubbau wurde so intensiv betrieben, daß die Vorrichtungsarbeiten weit hinter dem Abbau der Kohle zurückblieben. In den zwei Jahren, wo der Redner in der Grube Radbod arbeitete, hat er

keinen Revisionsbeamten gesehen.

Erst nach dem Unglück lernte er ihn kennen. Kurz vor dem Unglück arbeitete der Redner an einer Stelle, wo sich viel Staub entwickelte, aber Wasser zur Berieselung war nicht vorhanden. „Berieseln Sie doch," wurde ihm gesagt. Er griff nach dem Ventil, aber

es kam kein Wasser.

Nach der Katastrophe wurde der Redner und andere vom Berginspektor Holländer vernommen. Gleich darauf wußten es die Steiger Krämer und Rose und fragten: „Warum haben Sie das ausgesagt?" Die Antwort der Arbeiter war natürlich, daß sie doch wahrheitsgemäß ausgesagt hätten und aussagen mußten. „Dem Inspektor sage ich nichts mehr, sagte ich mir," erklärte der Redner, „aber beschwören werde ich es in Münster." Vom Juli bis November des verflossenen Jahres hat der Verband im Lippeschen Bezirk, das so sehr den Wettern ausgesetzt ist, Eingaben gemacht, aber die Behörde hat noch keinerlei Antwort gegeben.

Am Anfang der

Nachmittagssitzung

wurde die Präsenz des Kongresses bekanntgegeben. Es sind anwesend 108 Delegierte und Vorstandsmitglieder des Bergarbeiterverbandes (Alter Verband), 17 Vertreter der polnischen Berufsvereinigung, 7 Vertreter des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins, 4 Vertreter der Vereinigung zur gegenseitigen Hilfe. — Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind zugegen die Genossen Robert Schmidt, Hengsbach, Bömelburg, Geck, Hue, Sachse. Genosse Bock, Gothaischer Landtagsabgeordneter, hat mitgeteilt, daß er im Landtage beantragt hat, der gothaische Vertreter im Bundesrat solle für ein Reichsberggesetz eintreten. Dieser Antrag sei angenommen worden.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten des preußischen Landtages haben ihr Erscheinen zugesagt.

Von freisinnigen Reichs- und Landtagsabgeordneten sind zugegen Naumann, Holler, Rosenow. Stadtv. Goldschmidt ist als Vertreter der Hisch-Dunckerschen Gewerkvereine anwesend.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist durch Umbreit, die Berliner Gewerkschaftskommission durch Ritter vertreten.

Nach diesen Mitteilungen wurde die Diskussion fortgesetzt.

Leimpeters (Verband)

macht Angaben über die Zustände in den Saargruben. Das System der Vorfahrer, welches im Saarrevier besteht, soll nach Absicht der Regierung allgemein eingeführt werden. Wie unzulänglich dies System ist, das zeigte der Redner an einigen Beispielen. Nach dem Streik in Merlebach ist festgestellt worden, daß die Vorfahrer ihren Befund mit Bleistift notierten, den der Steiger dann korrigierte und etwas ganz anderes in das Buch eintrug, als was der Vorfahrer festgestellt hatte. Nur einmal im Monat darf das Ausschußmitglied als Vorfahrer die Grube befahren, aber nur in Begleitung des Steigers, aber nicht mit dem Aufsichtsbeamten zusammen. Der Vorfahrer darf nicht mit den Arbeitern in der Grube sprechen, kann also von ihnen nichts über bestehende Mißstände erfahren. Die betreffenden Ausschußmitglieder wissen, daß unter solchen Umständen ihre Tätigkeit ohne Bedeutung ist und haben deshalb eine Beteiligung an dieser Scheinkontrolle abgelehnt. Aus denselben Gründen lehnen die Bergarbeiter die Verallgemeinerung der Saarabischen „Arbeiterkontrolleure" ab.

Die folgenden

Diskussionsredner

schilderten wieder auf Grund persönlicher Erfahrungen die Mißstände im Bergwerksbetriebe. Ein Redner aus dem oberschlesischen Kohlenrevier teilte mit, auf der „Fuchsgrube" werde mit dem Sprengmaterial so leichtsinnig umgegangen, daß Schulkinder Dynamitpatronen mit in die Schule brachten. Die Patronen explodierten, ein Kind wurde zum Krüppel, der Schuldige an diesem Unglücksfall kam mit vier Monaten Gefängnis davon.

Ein Beispiel für die Irreführung der Aufsichtsbeamten teilte ein Redner aus dem Ruhrrevier mit. Oberbergrat Bolz revidierte eine Grube. Er wurde nur bis Ort 6 geführt. Ort 7, der nicht den Anforderungen der Sicherheit entsprach, war vernagelt und mit der Inschrift versehen: „Alter Bau". Nachdem sich der Bergrat entfernt hatte, wurde die Arbeit in dem vernagelten Bau wieder aufgenommen.

Aehnliche Mitteilungen machten noch verschiedene Redner, so daß man annehmen kann, die

Täuschung der Aufsichtsbeamten ist in den Kohlengruben etwas ganz Alltägliches.

Zahlreich waren die angeführten Fälle von Mißachtung der vorgeschriebenen Sicherheitsmaßnahmen. Unter anderem wurde berichtet, daß auf der Ruhrzeche „Vereinigte Hamburg" die Berieselung mit einer Gießkanne vorgenommen wird. Die vorgeschriebene Berieselungsleitung ist bis heute noch nicht vorhanden.

Nicht besser wie in den Gruben des Ruhrreviers ist es im oberschlesischen Bergwerksbezirke, worüber auch eine Reihe von Einzelfällen angeführt wurden. Ein Redner wußte aus seiner Erinnerung zu berichten, wie vor Jahren der Handelsminister Möller bei einem Besuch der „Königin-Luise-Grube" über den Zustand dieser Grube getäuscht wurde. Als der Minister mit einem Arbeiter der Grube sprach, stand ein Bergbeamter hinter dem Rücken des Ministers und beobachtete den Arbeiter, daß er dem Minister nichts sage, was der Grubenverwaltung unbequem sein könnte. Der Redner war an selben Tage im Maschinenhaus tätig, wo eine unerträgliche Temperatur herrschte. Da erhielt er Befehl, die Dämme zu öffnen, wodurch den Leuten in der Grube die Luft entzogen wurde. Der Handelsminister kam und fand natürlich, daß recht frische Luft im Maschinenraum sei, so daß man's aushalten könne. Auf welche Weise man vorübergehend zu der guten Luft gekommen war, wurde dem Minister nicht gesagt.

Ein Delegierter aus Bochum berichtete, wie mit einem kaputten Fördertau noch sechs Wochen gefördert wurde. Rettungsapparate und Tragbahren kennt der Bergmann nicht. Verunglückte und tote Kameraden werden im Fördertwagen wie ein Stück Vieh transportiert.

In Bayern ist, wie ein Delegierter von dort berichtet, die Grubeninspektion ebenfalls höchst mangelhaft. Die Zweite Kammer des bayerischen Landtages hat ja beschlossen, Grubenkontrolleure aus der Arbeiterschaft einzuführen. Arbeiterausschußmitglieder wurden bisher schon zur Grubenkontrolle herangezogen, und es heißt in den Berichten, daß sie sich bewährt haben. Aber die betreffenden Arbeiter haben auch ihre Erfahrungen dabei machen müssen. Einer, der auf Mängel in der Grube aufmerksam machte, wurde an schlechtere Arbeit versetzt, wo er 30 M. im Monat weniger verdient. Der Redner selbst ist aus dem gleichen Grunde gemaßregelt worden. Ein hannöverscher Delegierter führt aus, daß in den Braunkohlen- und Kalirevieren die Gefahr für Leben und Gesundheit der Bergleute nicht minder groß ist als in den Steinkohlenrevieren, und erwähnt verschiedene Unglücksfälle und Schlagwetter, bei denen eine Anzahl von Arbeitern ihr Leben verloren. Auch sind gerade die Arbeiter der Kaliwerke den schwersten Krankheiten ausgesetzt.

Aus Lothringen, wo es im vorigen Jahre zum Streik kam, berichtet ein Redner, wie 1500 Menschen bekundeten, daß in der Grube nicht alles in Ordnung sei. Der Bergmeister behauptete das Gegenteil. Als er zur Kontrolle einfuhr, wurde er bald darauf betäubt hinausgetragen. Die Arbeiter wandten sich schließlich an den Reichsdirektor, um eine Kontrolle unter Hinzuziehung von Leuten aus ihrer Mitte durchzuführen, aber es war vergeblich, da es nur die Arbeiter und nicht die Bergherren waren, die das verlangten. Dabei hätten die Bergleute festgestellt, daß es

an fünf Stellen in der Grube brannte.

Bald darauf wurden wieder zehn Mann, von Gasen betäubt, aus der Grube befördert.

Immer von neuem erhoben die Redner die Forderung nach unabhängigen Grubenkontrolleuren aus den eigenen Reihen der Bergarbeiter.

Die Diskussion konnte in der gestrigen Sitzung nicht beendet werden; es sind noch gegen 40 Redner eingezeichnet. Heute soll die Sitzung des katholischen Feiertags wegen statt um 9 erst um 10 Uhr beginnen, damit den betreffenden Delegierten Gelegenheit gegeben ist, dem Gottesdienst beizuwohnen.

Außer den bereits genannten Parlamentsmitgliedern sind noch der freisinnige Reichstagsabgeordnete Gothein und der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Eichhorn sowie die Landtagsabgeordneten Ströbel und Hirsch von der sozialdemokratischen Fraktion erschienen.

Aus Süditalien.

Messina, 31. Januar. Gestern abend um 10 Uhr brachte eine neue starke Erderschütterung einige Mauern zum Einsturz und rief dadurch eine Panik hervor. Da in der Nacht weitere Erdbeben gemeldet wurden, hat man jetzt mit dem Abbruch der baufälligen Mauern begonnen.

* * *

Die Ruinen Messinas.

Rom, 30. Januar. (Eig. Ber.)

Nach einer Meldung der „Tribuna" bedecken die Ruinen Messinas eine Fläche von drei Quadratkilometern und haben eine mittlere Höhe von 10 Metern! Das von dem Schutt bedeckte Straßennetz hat eine Längsausdehnung von 80—90 Kilometern, und unter den Trümmern sind noch gegen 50000 Tot begraben und mehrere 100 Millionen an Wertpapieren, Geld, Schmuckgegenständen und sonstigen Wertsachen. Diese Zahlen geben eine annähernde Vorstellung von den technischen, hygienischen und juristischen Schwierigkeiten, die sich der Räumung des ungeheuren Trümmerfeldes entgegenstellen. Auch jetzt, wo wohl alle Menschenqual unter den Trümmern zur Ruhe gekommen ist, bildet die Frage ihrer Beseitigung ein geradezu riesenhaftes Problem, das erst langsam in seiner ganzen Größe zum Bewußtsein kommt. Der zu Anfang aufgetauchte Gedanke, die Stadt zu bombardieren, ist fallen gelassen worden, aber es fehlt noch an jedem ausführbaren Vorschlag über das nächste Schicksal der toten Stadt.

Die Arbeiten des Kriegsgerichts.

Rom, 30. Januar 1909. (Eig. Ber.)

In den ersten Tagen hat sich das Kriegsgericht in Messina und in Reggio nur mit kleinen Prozessen beschäftigt und geringe Strafen verhängt. In allen Fällen hat man das Strafmaß des gemeinen Strafrechts zugrunde gelegt, in der richtigen Erwägung, daß die Einrichtung des Kriegsgerichts lediglich durch die Vernichtung der ordentlichen Gerichte, nicht durch einen Zustand des Aufruhrs in der Bevölkerung bedingt worden war. Hart waren einige Strafen insofern, als manche Fälle als Diebstahl bestraft wurden, die in normaler Zeit nur den Tatbestand der Fundunterschlagung gezeigt hätten, hart auch insofern, als das Kriegsgericht nicht von der bedingten Verurteilung Gebrauch machen kann, welchen Mangel hoffentlich eine ausgiebige Anwendung des königlichen Begnadigungsrechtes ausgleichen wird.

Schwere Strafen wurden nur gegen zwei Soldaten verhängt: Ein Artilleriesoldat, namens Scafitti, hatte nach seiner Rückkehr aus Messina versucht, Schmuckgegenstände zu verkaufen. Da er sich über ihren Erwerb nicht ausweisen konnte, ist es wahrscheinlich, daß er sie unter den Trümmern gefunden hat. Er wurde zur Degradierung und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Ein weit schwererer Fall ist in Reggio zur Verhandlung gekommen: Der Soldat Valenti vom 81. Infanterieregiment, das zur Hilfsaktion nach Reggio kommandiert worden war, war von einem Karabiniere getadelt worden, weil er Katzen und Hunde totschoß, in einer Weise, die die Sicherheit der Personen gefährdete. Der Getadelte hatte eine unverschämte Antwort gegeben, worauf der Karabiniere ihm drohte, ihn seinem Vorgesetzten anzuzeigen. Kaum hatte der Karabiniere den Rücken gewendet, so schoß der Soldat ihn nieder! Zwei Soldaten waren Zeugen dieses Auftrittes. Der Strafantrag des Staatsanwalts lautete auf Tod durch Erschießen, aber das Kriegsgericht bewilligte dem Soldaten mildernde Umstände zu und erkannte auf lebenslängliches Zuchthaus. Die Tat des Soldaten unterstand übrigens auf alle Fälle dem Kriegsgericht, da es sich um einen Soldaten im aktiven Dienst handelte.

Parlamentarisches.

Drucksachen.

Aus dem Reichstag. (Nr. 1155) Vortrag über den Bau der Eisenbahn von Seebeim nach Kalkfontein und Abkommen über die Aufstellung des ausführlichen Entwurfs und Kostenanschlags für den Bau der Eisenbahn von Lome nach Atakpame, sowie über den Bau der Teilstrecke Lome—Game.

Aus der Partei.

Natalie Liebknecht, die treue Gefährtin unseres „Alten", die wackere Genossin und begabte Schriftstellerin, hat, wie wir kurz vor Redaktionsschluß erfahren, gestern — im 69. Lebensjahre — ihre Augen zum ewigen Schlummer geschlossen.

Im Juli des Jahres 1868 ward der Ehebund geknüpft, den am 7. August 1900 Wilhelm Liebknechts Tod zerriß. Der Name der Entschlafenen ist mit unserer Parteigeschichte eng verknüpft. Natalie war unserem großen Vorkämpfer eine feste Stütze in den Nöten des Lebens, seinen Töchtern erster Ehe und den fünf Söhnen, die sie ihm gebar, eine treffliche Mutter, eine geduldige und erfolgbeglückte Erzieherin.

Um achteinhalb Jahre hat sie den Gatten überlebt, den wir am 12. August 1900 zur letzten Ruhe betteten. Jetzt wird auch ihr Leib eine Stätte finden an dem Platze, den das deutsche, das internationale Proletariat in treu-dankbarem Gedenken dem „Alten" und seiner Lebensgefährtin bereitet hat.

Parteikonferenz der Sozialdemokratie Rußlands.

Vor kurzem hat die noch auf den Sommer 1908 festgesetzte, aber infolge verschiedener Hindernisse erst jetzt möglich gewordene Parteikonferenz der Sozialdemokratie Rußlands stattgefunden. Aus dem Bericht des Zentralkomitees über den Verlauf der Konferenz geben wir folgende Schilderung der Situation in den Organisationen wieder:

„Ueberall ist ein numerischer Rückgang der Organisationen zu verzeichnen. Das Wüten der Reaktion hat sie überall gezwungen, zur geheimen Arbeit zurückzukehren und alle Kräfte auf die Wiederherstellung des konspirativen Apparates zu konzentrieren. Mit jedem Tage wird legale Arbeit. Benutzung legaler und halblegaler Gelegenheiten zu einer breit angelegten Arbeit in den Massen unmöglicher: Gewerkschaften, Arbeiterklubs, Genossenschaften, Bildungsvereine werden von der Regierung unterdrückt und die sozialdemokratische Betätigung in ihnen bis zum Nullpunkt herabgedrückt. Die wirtschaftliche Depression, die Organisation des Kapitals in Syndikate und Trusts machen einen Angriffskampf der Arbeiter fast unmöglich und beschränken ihn beinahe ausschließlich auf Verteidigung. Die Flucht der Intelligenz, die sich während des revolutionären Aufschwunges der Partei angeschlossen hatte, trägt zur Verschärfung der Krisis in den Organisationen bei: überall ist ein Mangel an intelligenten leitenden Kräften fühlbar."

Doch sieht der Bericht diesen „toten Punkt" bereits für überwunden an: „Die Flucht der Intelligenz führt dazu, daß die Arbeiter selbst die Leitung übernehmen. . . . Viele Organisationen entbehren völlig der Intelligenz; alle leitenden Funktionen werden von den vorgeschrittensten Arbeitern ausgeübt. . . . Ueberall, in Petersburg und Moskau, auf dem Ural, bei der Polnischen Sozialdemokratie und dem Jüdischen Arbeiterbund wird die illegale, geheime Organisation wieder aufgebaut. . . . An vielen Orten erscheinen Preßorgane, die sich völlig in den Händen von Arbeitern befinden. Die Masse der zur Verbreitung gelangenden Literatur ist zwar an sich nicht groß, aber doch im Wachsen begriffen."

Von den beschlossenen Resolutionen verdient besonders diejenige über die Organisationsfrage hervorgehoben zu werden, die die Ansichten der Fraktion der Bolschewiki widerspiegelt: „. . . Der Schwerpunkt muß jetzt in der Schaffung und Stärkung der geheimen Parteiorganisationen liegen, und nur unter ihrer fortwährenden Einwirkung kann die Arbeit in den Massen sowie die Beeinflussung der Dumafraktion und die mit ihr verbundene Tätigkeit der ganzen Partei und auch die Ausnutzung legaler und halblegaler Organisationen auf eine richtige Grundlage, ohne jede Schmälerung der Klassenaufgaben der Sozialdemokratie, gestellt werden."

Die Resolution über die Tätigkeit der Dumafraktion zählt eine Reihe von der Fraktion gemachter Fehler auf und stellt eine Regel auf, wonach die Sozialdemokratie in der Duma gegen die Budgetposten für sogenannte Kulturaufgaben stimmen muß, da überhaupt alle mit bureaukratischer und polizeilicher Bevormundung der arbeitenden Klasse verbundenen Reformen zu verwerfen sind. Nur in besonders wichtigen Fällen soll Stimmenthaltung zulässig sein. Ferner wird eine schärfere Betonung des Klassenstandpunktes, kritische Beleuchtung der Rolle der bürgerlichen Opposition, größere Ausnutzung der Duma als Agitationstribüne in allen die Arbeiterklasse und Partei bewegenden Fragen verlangt.

In der Resolution über die gegenwärtige Situation und die Aufgaben der Partei verdient Aufmerksamkeit der Punkt, in dem „das allseitige Studium und breite Popularisation der Erfahrungen des Massenkampfes von 1905—1907, die die Richtigkeit der revolutionären sozialdemokratischen Taktik betätigt haben", für notwendig erklärt wird.

Das zehnjährige Jubiläum feierte am 1. Februar unser Ober-Lausitzer Parteiblatt: die jetzt in der Druckerei der „Volkszeitung" in Zittau hergestellte „Görlitzer Volkszeitung". Sie erschien aus dem Anlaß als Festnummer in starker Auflage und wurde zum Sonntag als Agitationsnummer ausgetragen. Bekanntlich bemühen sich die Genossen des Görlitzer Kreises mit großem Eifer um die Errichtung einer eigenen Druckerei, in der sie ihr Blatt künftig selbst herstellen wollen. Der angesammelte Fonds ist jetzt auf rund 50 000 M. angewachsen. Wir wünschen unserem Bruderblatt viel Glück zu weiteren Erfolgen.

Eine Beilage für die Schuljugend gibt, nach dem Vorbild unseres Essener Parteiorgans, jetzt auch unser Duisburger Parteiblatt, die „Niederrheinische Arbeiter-Zeitung", seit dem 1. Februar wöchentlich einmal (Montags) heraus. Die Beilage führt den Titel „Kinderfreund". Sie will der Unterhaltung und nützlichen geistigen Anregung der heranwachsenden Jugend dienen, die Liebe zur Natur pflegen und wecken, kurzum, ein Samenkorn sein, das gute Früchte trägt im Interesse eines wahren, freien Geschlechts.

Reichstagskandidatur. Als Reichstagskandidat für den 8. sächsischen Reichstagswahlkreise Bautzen wurde an Stelle des Genossen Höppner, welcher langjähriger Kandidat des Kreises war, der Genosse Arbeitersekretär Buck-Dresden aufgestellt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wahlrechtsprozeß. Vom Dresdener Schöffengericht wurde am Montag ein Wahlrechtsdemonstrant, Genosse Hippe, zu drei Wochen Gefängnis verurteilt, weil er in der Erregung über das Vorgehen der Gendarmen, die am 17. Januar auf Fliehende noch eingeschlagen haben, „Bluthund" gerufen hat.

Der kommandierende Polizeileutnant sagte aus, daß er das Kommando zum Einhauen nicht gegeben habe, daß die Gendarmen also von selbst auf die Demonstranten losgeschlagen haben! Das sah das Gericht als mildernden Umstand an.

Wie schnell doch die Justiz „arbeiten" kann, wenn sie mal will!

Aus der Frauenbewegung.

Der Zentralverband der Industriellen gegen Arbeiterinnenschutz.

Der unter Führung des bekannten Herrn Bueck stehende „Zentralverband der Industriellen" hielt in vergangener Woche eine Generalversammlung ab, in der u. a. auch die Frage des Arbeiterinnenschutzes, natürlich nach scharfmacherischer Manier, behandelt wurde. Nach einem Referat des Regierungsrats Dr. Bartels-Berlin gelangte eine Resolution zur Annahme, in der es heißt:

Die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller legt entschiedene Verwahrung gegen die überstürzte Beschlußfassung über die Sondergewerbenovelle, Reichsgesetz vom 28. Dezember 1908, R.-G.-Bl. S. 667, durch Reichstag und Bundesrat ein. Bei den der Regierung und dem Reichstage rechtzeitig bekanntgegebenen Bedenken gegen dieses Gesetz, durch welches namentlich die Textilindustrie in verschiedenen Landesteilen schwer geschädigt wird, wäre zu erwarten gewesen, daß man vor der endgültigen Verabschiedung sich nochmals mit den Interessenten verständigt hätte.

Da durch das bezeichnete Gesetz die bisher zulässige Arbeitszeit für weibliche Arbeiter erheblich gekürzt wird, gewinnt besondere Bedeutung die Gefahr weiterer Einschränkung der Arbeitsdauer durch die Ausdehnung des Fortbildungsschulzwanges auf weibliche Arbeiter bis zu 18 Jahren.

Es ist genügend bekannt, daß die Entschließungen des Zentral-Scharfmacherbundes in sozialen Fragen nicht von sachlichen, sondern von politischen Erwägungen, aus der Perspektive des Herrn-im-Hause-Standpunkts, diktiert sind.

Grubenarbeiterinnen.

Ueber das traurige Los der Grubenarbeiterinnen im Zeitz-Weißenfelser Braunkohlenrevier schreibt eine Genossin in der „Gleichheit" u. a.:

„So werden zum Beispiel die Frauen bei dem Abladen des Grubenholzes von den Loren beschäftigt, einer Arbeit, die so anstrengend ist und solche Bewegungen mit sich bringt, daß sie höchst nachteilig auf den weiblichen Organismus wirken muß. Sie schleppen die die sogenannten Kappen und Türstöcke, die oft bis 7½ Fuß messen, Baumstämme, die 12—14 Meter lang sind, und anderes Grubenholz. Auch das Aufstapeln der „Pfähle" wird fast ausschließlich Frauen und Mädchen zugewiesen. Diese müssen dabei auf den Stapeln herumklettern, während unten die Arbeiter hin und hergehen. Den Unternehmern fällt es nicht ein, daß dies oft genug zu Roheiten und Bemerkungen Anlaß gibt, welche das Schamgefühl, das Sittlichkeitsempfinden der Arbeiterinnen tief verletzen. In der Hölle, in welche die Ausbeutung das Leben vieler Proletarier verwandelt, haben nicht alle die Kraft, zu Engeln zu werden! Die Herren Kapitalisten aber, die doch sonst so besorgt um die Sittlichkeit der Arbeiterklasse sind, nehmen an den skandalösen Zuständen keinen Anstoß, die auch beim Verladen der Briketts zutage treten. Die Arbeit ist — davon abgesehen, daß sie zu große Anforderungen an die Kräfte stellt — auch nicht ungefährlich. Es gibt keine Leitern, oft fehlen auch die Trittbretter an den Loren, so daß die Arbeiterinnen, wenn sie hinauf oder herunter wollen, wahre Seiltänzerkunststückchen vollbringen müssen. Beim Versetzen der Naßpreßsteine, die in zwei Etagen in den Schuppen aufgebaut werden, klettern die Frauen wie Katzen an den Latten hin und her. Auch die sonstigen Arbeitsverhältnisse sind ungemein traurige. Oft kommt es vor, daß die Mädchen, die mit dem Abnehmen der Briketts beschäftigt sind, von 6 Uhr morgens bis 6½ Uhr abends ununterbrochen schuften, weil die Ablösung fehlt. Das karge Essen müssen sie dann während der Arbeit hinunterwürgen.

Von einer Pflege der Kinder kann bei den Grubenarbeiterinnen natürlich keine Rede sein. Mütter lassen sich während der Frühstücks- und Vesperpausen ihren Säugling auf die Grube bringen, um ihm die Brust zu reichen. Des Mittags hasten sie nach Hause, wo sie außer den Kindern noch den Haushalt zu besorgen haben. Es liegt auf der Hand, daß bei solchen Verhältnissen weder die Mütter noch die Kinder gedeihen können. Ein frühes Siechtum der Frauen, eine entsetzliche Säuglingssterblichkeit sind die traurigen Folgen. Selten erreicht die Sterblichkeit in einem ländlichen Bezirke eine solche Höhe wie bei uns.

So starben 1908 in Luckenau bei einer Einwohnerzahl von 5000 Personen 550 Kinder im Alter bis zu vier Jahren. Es ist schon vorgekommen, daß die Volksschule ein halbes Jahr lang geschlossen werden mußte, weil so viele Schüler krank waren."

Als Folge der gefährlichen, Gesundheit zerrüttenden Arbeit sieht man dort verkrüppelte halbinvalide Frauen der geschilderten „Berufsarbeit" nachgehen. Daß solche Frauen geistig und körperlich gesunde Kinder zur Welt bringen, ist natürlich ausgeschlossen. So wird dem Kapital Volkskraft und Volkswohl skrupellos geopfert. Und was für Reichtümer tragen die Frauen als Grubenarbeiterinnen nach Hause? Im Braunkohlenrevier stellt sich der Schichtenverdienst der Arbeiterinnen im 3. Quartal 1908 auf durchschnittlich 2,07 M. Die höchsten Löhne erzielten Arbeiterinnen im Salzbergbau in Clausthal, wo sie es auf 2,62 M. Durchschnittsverdienst brachten. Viel schlechter werden die weiblichen Arbeitskräfte im Erzbergbau und auf den Steinkohlengruben bezahlt. Hier schwanken die Schichtverdienste zwischen 1,64 M. bis hinab zu 1,11 M. Solche Löhne werden erzielt bei Arbeitszeiten von meist 10 Stunden und mehr; teilweise gibt es gar noch 12-Stunden-Schichten. In Oberschlesien, wo fast 6 Prozent der Gesamtbelegschaft Arbeiterinnen sind, betrug für die angegebene Zeit der Durchschnittsschichtenverdienst 1,26 M. Auch der Fiskus frönt in der Praxis erbärmlicher Bezahlung der weiblichen Arbeitskraft. Die amtlichen Nachweise ergeben für die Jahre 1901 bis 1907 und für die drei ersten Quartale 1908 folgende Durchschnittslöhne pro Schicht: 1,14, 1,11, 1,10, 1,13, 1,17 1,24, 1,25 M. Eine nette Illustration zu der Phrase von der gottgewollten Ordnung!

Der Berliner Verband der Hausangestellten zählt nach seinem letzten Jahresbericht 561 Mitglieder, gegen 456 am 1. Januar 1908. 294 Neuaufnahmen stehen 178 Streichungen gegenüber. Es ist sehr wichtig, der Verbandsleitung regelmäßig jeden Adressenwechsel mitzuteilen; das wird leider immer wieder vergessen. Die Einnahmen betrugen 2518,13 M., die Ausgaben 2798,42 M. Der Kassenbestand beträgt 1811,74 M. An kranke Mitglieder wurden 42 M. Unterstützung gezahlt. In zahlreichen Fällen wurde Rat und Hilfe gewährt. Die Monatsschrift erscheint in einer Auflage von 2000 Exemplaren und wird von elf Vereinen bezogen. Der Verband veranstaltete regelmäßig monatliche Mitgliederversammlungen mit belehrenden Vorträgen, ferner fünf öffentliche Versammlungen, zwölf Unterhaltungssonntage, die zugleich der Agitation dienten. In dem Jahresbericht wird der Opferwilligkeit und Mithilfe der Arbeiterfrauen anerkennend gedacht. Die Berliner Organisation blickt auf eine zehnjährige Tätigkeit zurück, aber erst seit dem Jahre 1906 gingen die Hausangestellten ihre eigenen Wege, bis dahin wurden sie von bürgerlichen Damen, die den Verein gegründet hatten, geleitet.

Leseabend am Mittwoch, den 3. Februar:
Lankwitz, bei Ebel, Marienfelder Straße 9.

Eingegangene Druckschriften.

Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Heft 1. Herausgegeben von Dr. J. Wolf. Monatlich ein Heft. Vierteljährlich 5 M. A. Deichert Nachf., Leipzig.

Die Aussichten des technischen Berufs. Von Dipl.-Ing. W. Stil. K. Sohlich, Berlin NW. 52. —

Frauenfrage und die kommende Mädchenschulreform. Von H. Roseborck. 1 M. — J. Simion Nchf., Berlin SW. 48. —

Die Schönheit. Heft 9. Herausgegeben von K. Vanselow. Jährlich 12 Hefte. 5,— M. Selbstverlag Berlin SW. 11.

Meisterbilder. Blatt 181—186. à 25 Pf. Herausgegeben vom Kunstwart. G. D. W. Callwey, München.

Beim Einkauf von MAGGI's Bouillon-Würfeln

5 Pf.

achte man darauf, daß jeder Würfel auf der Umhüllung den Namen MAGGI und die Schutzmarke ✦ (Kreuzstern) trägt.

Andere Würfel sind nicht von MAGGI.

5 Pf.

Steppdecken Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 158

Inventur-Extrapreise!

Similiseide / Wollatlas in den Farben rot, blau, oliv 4.85 6.75 / 6.35 7.50

Bunte Normal-Schlafdecken 1.65 2.50 3.50

Wolldecken ganz dick extrahillig 3.00 4.00

Inventur-Extraliste

billiger Sonderangebote

gratis u. franko.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Hygienische Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92

Carl Wolf

Eisenwaren-Handlung

Turmstr. 59

offeriert verzinktes sechseckiges Drahtgeflecht, in ganzen Rollen, 50 Meter lang, zu Fabrikpreisen; in einzelnen Metern zu billigsten Preisen.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.

Heute, Dienstag, den 2. Februar 1909, abends 8 Uhr,
im Lokal von Fritz Hoppe, Hermannstraße 49:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstands. 2. Kassenbericht. 3. Bericht der Bibliothekskommission und Neuwahl derselben. 4. Neuwahl des gesamten Vorstandes und der Funktionäre. 5. Die Kreisgeneralversammlung und Wahl der Delegierten. 6. Wahl der Delegierten für die Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin. 7. Ausschlußanträge. 8. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.
Max Zirkel, Idealpassage 6.

234/5

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wilke. Amt IIIa, 4835.

Achtung! 50/1*

Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten **Vorständen, Komitees und Saalinhabern** unseren

kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.

Geschäftszeit täglich von 10½—1 Uhr mittags.

Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. **Der Vorstand.**

NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 1. Quartal weiß und muß mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

Nicht mehr entbehren.

Mit Ihrem Cacaol bin ich sehr zufrieden. Ich habe dasselbe sehr empfohlen und werde es auch weiter tun, ich habe mich so daran gewöhnt, daß ich es gar nicht mehr entbehren kann.

Zerkau bei Glauchau, den 18. Mai 1906.
Frau Minna Schmiedel.

Cacaol ist in ¼ Pfd.-Paketen zu ℳ 1.— in ½ Pfd.-Paketen zu 50 Pfennig durch alle einschlägigen Handlungen zu beziehen.

Partei-Speditionen:

Zentrum I: Fritz Hinke, Mauerstr. 89.
Zentrum II: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hochparterre.
Süden und Südwesten: Hermann Werner, Gneisenaustr. 72, Laden.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Wengels, Rüdersdorferstr. 3, am Küstrinerplatz. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15 (Laden).
5. Wahlkreis: Leo Zucht, Immanuelkirchstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Anders, Salzwedelerstr. 8, im Laden.
Wedding: Karl Weiße, Nazarethkirchstraße 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Raschke, Ackerstr. 36, Eingang Anklamerstraße.
Gesundbrunnen: F. Trapp, Stettinerstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Lychenerstr. 123.
Adlershof: Erich Steuer, Hackenbergstr. 5, II.
Alt-Glienicke: Wilhelm Dürre, Rudowerstr. 88 II.
Baumschulenweg: H. Hornig, Marienthalerstr. 13, I.
Bernau-Röntgental: Heinrich Brose, Hohesteinstr. 74, part.
Bohnsdorf und Falkenberg: G. Pfeifer, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Sesenheimerstraße 1, Ecke Goethestraße, Laden.
Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hankels Ablage: Fritz Oldenburg, Eichwalde, Kronprinzenstr. 81.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
Friedenau-Steglitz-Südende: H. Bernsee, Schloßstr. 119, Hof I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Mohr, Düppelstr. 32, und Fr. Schellhase, Ahornstr. 15a.
Friedrichshagen: Otto Schröder, Friedrichstr. 60, Stfl. II.
Grünau: Franz Klein, Bahnhofstr. 6 III.
Hohen-Neuendorf: Wilhelm Tentscher, Berlinerstr. 8.
Johannisthal: Pielicke, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst: Richard Küter, Rödelstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Amtsgarten 3.
Köpenick: Emil Bißler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seifel, Kronprinzenstraße 4, I.
Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheibe, Mahlsdorf, Waldersee str. 14.
Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 296, Hof.
Neu-Weißensee: Kurt Fuhrmann, Sedanstr. 105, parterre.
Nieder-Schöneweide: Bonakowsky, Hasselwerderstr. 8.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Priesterstr. 46.
Ober-Schöneweide: August Henjes, Lausenerstr. 2, I.
Pankow-Niederschönhausen: Mühlenstr. 73.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: P. Gursch, Kamekestr. 12, I.
Rixdorf: M. Heinrich, Neckarstraße 2, im Laden.
Rummelsburg, Boxhagen: A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Schmargendorf: Gustav Kaminsky, Cunostraße 2.
Schöneberg: Wilhelm Bäumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
Spandau: Köppen, Jagowstr. 9.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Borsigwalde, Räuschstraße 10.
Teltow: Wilhelm Keßler, Hohersteinweg 7.
Tempelhof: Albert Thiel, Friedrich Wilhelmstr. 20.
Treptow: Rob. Grameus, Kiefholzstraße 412, Laden.
Wilmersdorf-Halensee: Tölle, Sigmaringenstr. 5.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Annahme von Inseraten für den „Vorwärts".

Bitte ausschneiden. 245/1*

Bei Bleichsucht und Blutarmut,

Appetitmangel und Schlaflosigkeit empfiehlt es sich **HYGIOPON**, das neue auf elektrischem Wege hergestellte Eisenpräparat zu gebrauchen. **Hygiopon** wird von ärztlichen Autoritäten als hervorragendstes blutbildendes Kräftigungsmittel warm empfohlen. —

Originalflaschen M. 1,75 und M. 3,— in den Apotheken erhältlich.

General-Depot für Deutschland:
Dr. Wasserzug, Frankfurt a. M., Theaterplatz 1.

Reichel's echter

Wacholder-Extrakt Marke „Medico"

wird mit vielseitigem Erfolge gegen Rheumatismus, Gicht, Ischias, Hämorrhoiden, Magenschwäche, Frauenleiden, Blasen- und Nierenleiden, Hustenleiden, Asthma rc. gebraucht, ist schleimlösend auf Brust und Lunge, treibt Erkältungen aus dem Körper, regt Appetit u. Verdauung an und ist ein Blutreinigungsmittel sondergleichen. Unerreicht in seiner, für alle Teile des Organismus wohltätigen Wirkung. Tausende verdanken ihm ihre Gesundheit! Garantiert rein und unverfälscht nur in Flaschen mit Marke „Medico" à 75 Pf., 1,50 und 2,50, große Blechkanne M. 6,—, einzig echt von

Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4. IV. 4751, 4752, 4753. F.-Anschlüsse

Wo in den Drogerien und Apotheken nicht erhältlich, hier frei Haus.

Warnung. Man verlange ausdrücklich Marke **Medico** und nehme keinesfalls andere Füllungen.

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Größte Auswahl gelagerter **Zigarren** in allen Preislagen.

Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu **Originalpreisen.**

Amt IV. 3014.

Würzburger Hühneraugenmittel

von **Dr. H. Unger.** — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die **bequemste u. wirksamste Hilfe.** Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.) **Dr. H. Unger in Würzburg.**

In **Berlin** (20 Pf.): **Salomon-Apotheke,** Charlottenstraße 54. **Greif-Apotheke,** Barnimstraße 33. — **München: Schützen-Apotheke.** — **Stuttgart: Hirsch-Apotheke.** — **Breslau: Victoria-Apotheke.** 110/1*

MANOLI
Cigarettes
Abbas 3 Pfg. Chic 4 Pfg. Gibson Girl 5 Pfg.

Unreiner Teint

Nickel i. Gesicht u. am Körper, Blüten, Mitesser, Nöten, Flecken und sonstige Schönheitsfehler ärgern Sie nicht länger mehr d. regelmäß. Gebrauch von **Zucker's Patent-Medizinal-Seife,** ärztlich empfohlen und 1000fach bewährt, à Stück 50 Pf. (15 % ig) und M 1.50 (35 % ig. stärkste Form). **Zuckooh-Crême** (nicht fettend), macht den Erfolg **nachhaltig,** glättet Falten und Runzeln, macht die Haut sammetweich und zart, gibt den Wangen ein rosiges Kolorit und verleiht natürliche Anmut und jugendlichen Liebreiz bis ins höchste Alter. Preis 75 Pf. und M. 2.—. **Ueberall erhältlich.**

In **Berlin** echt bei **Max Schwarzlose,** Königstr. 45 u. Potsdamer Str. 7a, **Franz Schwarzlose,** Leipziger Str. 56, **Schwarzlose, vorm. Adolph Heister,** Friedrichstr. 183, **J. F. Schwarzlose,** Markgrafenstr. 29, **Adler-Apotheke,** Reinickendorfer Str. 1, am Wedding, **Sonnen-Apotheke,** Gr. Frankfurter Str. 53, **Elefanten-Apotheke,** Leipzigerstr. 74, **Reichsadler-Apotheke,** Gr. Frankfurter Str. 134, **Paul Rades,** Turmstr. 48, **Fritz Kratz,** Reinickendorfer Str. 119, **Herm. Gornick,** Rathenower Str. 48, **Gust. Neumann Wwe.,** Neue Roßstraße 14, **Otto Schultz,** Chausseestraße 87, **Stern-Drogerie,** Kantstraße 133, **Otto Reichel,** Eisenbahnstraße 4, **W. Lehmann,** Maxhenstraße 10, **Fritz Mallien Nchf.,** Rankestr. 6, **Otto Kretzschmar,** Rosenthaler Str. 6/7, **M. Zaremba,** Weinbergsweg 1, **J. Conti,** Jossener Str. 12, **Gustav Behm,** Frankfurter Allee 120, **P. Oelgart,** Geisbergstraße 22, **Paul Neumann Nachf.,** Alexanderstraße 53, **Roland-Drogerie, M. Grieß,** Motzstr. 70, **Oswald Schäfer,** Bellermannstr. 84 und **Pankow,** Wollankstr. 92, **Steglitz: P. Oelgart,** Schloßstr. 30, **Rixdorf: Hermann Vincent,** Bergstr. 131, sowie in sämtlichen **Apotheken, Drogerien, Parfümerien** usw., wo nicht, direkt durch **L. Zucker u. Co., Berlin,** Potsdamer Str. 73.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines geliebten Mannes sage allen Beteiligten, insbesondere den Kollegen der Firma E. Mittag meinen herzlichsten Dank.

Die trauernde Witwe **Hulda Lorenz.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes

Gottfried Kuhn

sage ich den Verwandten und Bekannten, dem 6. Wahlkreis (Bezirk 704), dem Metallarbeiter-Verbande, den Meistern, Kollegen und Kolleginnen der A. E.-G., Ackerstraße, meinen besten Dank. 286/16

Die trauernde Witwe
Lina Kuhn geb. **Kuhn**
Dalldorfer Straße 11/12.

Möbelfabrik „Adler"

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Dienstag, den 16. Februar 1909, abends 7½ Uhr, im Geschäftslokal, Frankfurter Allee 143:

General-Versammlung.

1. Vorlegung der Bilanz. 2. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrats. 3. Geschäftliches. 103/10

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10—2. 5—7. Sonnt. 10—12 Uhr. 5623a*

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.

10—2. 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Blendendweiß **wäscht** b. prompteste Lieferung u. schonendster Behandlung der Wäsche

Dampf-Wäscherei „Schneewittchen"

Weißensee, Friedrichstr. 39/40.

Telephon: Weißensee 203.

Husten

Heiserkeit, Katarrh, Keuchhusten beseit. Kaiser's Brust-Caramellen. 5500 not. begl. Zeugn. bew. den sich. Erfolg. Paket 30 Pfg. Kaiser's Brust-Extrakt Flasche 90 Pfg. Zu haben in Apotheken und Drogerien.

Schutzmarke

Unsere echten Biere sind überall zu haben.
In Flaschen à 10 Pf.
In Kannen u. Syphons Ltr. 35 Pf.
Wo nicht, dann direkt durch uns
NO. 18. Tel. VII, 1670, 2088, 3128.

BÖHMISCHES BRAUHAUS

Soeben erschienen:

Der Weg zur Macht.

Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution von **Karl Kautsky.**

Preis 50 Pfennig.

Expedition des „Vorwärts",
Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Auf Teilzahlung

wöchentlich nur 1 Mark

Uhren jeder Art und Goldwaren sowie Zithern, Sprechmaschinen und Musikinstrumente. 59192*

Juhre & König,

Warschauer Str. 68, Reinickendorfer Str. 101, Göbenstr. 19.

H. Pfau, Bandagist

Berlin C., **Dircksenstraße 20**

zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt VII, 13790.

Für Damen weibliche Bedienung. *

Lieferant für alle Krankenkassen.

Leihhaus

Gelegenheitskäufe verfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc.

Seit 25 Jahren **Prinzenstr. 28** I Ecke Ritterstr.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
Landsberger Viertel.
Bezirk Nr. 415 Teil II.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin

Anna Peters

Hufelandstraße 40

gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung fand am Sonnabend, 30. Januar, in Friedrichsfelde statt. 215/11

Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Frankfurter Viertel.
Bezirk Nr. 308.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt

Gustav Strauß

Pallisadenstr. 71

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 3. Februar, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes in Weißensee aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

215/10 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Gustav Kuntze

am 29. Januar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 2. Februar, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

78/13 **Die Ortsverwaltung.**

Nachruf.

Am 28. Januar starb unser Mitglied, der Modelltischler

Oskar Rietz.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Berlin 2.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kohlenarbeiter

Paul Stiller

am 30. v. Mts. im Alter von 25 Jahren an Lungenentzündung gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 2. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luther-Kirchhofes in Lankwitz aus statt.

65/3 **Die Verwaltung 2.**

Todes-Anzeige.

Am 30. Januar entschlief nach langen, schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Steinsetzer

Leopold Herzog.

Um stille Teilnahme bitten

Witwe **Anna Herzog**
geb. **Manig,** nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 3. Februar, 3 Uhr, von der Halle des städtischen Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Die Beerdigung meines lieben Bruders, des Steinsetzers

Leopold Herzog

findet am Mittwoch, den 3. Februar, 3 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Dies zeigt tiefbetrübt an
Otto Herzog, Steindrucker.

Kranken-Unterstützungsverein der Schmiede
und verw. Gewerbe Deutschlands,
Zahlstelle **Friedrichsberg.**

Nachruf.

Am 29. Januar verstarb das Mitglied 281/4

Otto Krenz.

Ehre seinem Andenken!

Allen Teilnehmern bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders 841b

Eduard Reinert,

besonders der Firma Wiedermann und dem Lotterieverein „Letzte Hoffnung", innigsten Dank.

Eltern und Geschwister.

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Das Kapitalvermögen der selbständigen Landwirte in Preußen.

In Nummer 26 des „Vorwärts“ vom 31. Januar wurde das Verhältnis zwischen dem Kapitalvermögen der ländlichen Grundbesitzer und ihrem Gesamtvermögen dargestellt. Die reale Größe des Besitzes der preußischen Landwirte ergibt sich erst vollständig bei einem Vergleich zwischen Kapitalvermögen, Gesamtvermögen und Verschuldung. Allerdings mit einer Einschränkung. Die Feststellung der Verschuldung ist ohne weiteres eine viel genauere als die des reinen Kapitalvermögens, da ja die genaue Angabe der ersteren eine Verminderung, die des letzteren eine Erhöhung der zu tragenden Steuerlasten bedeutet. Es kann aus dem Verhältnis der Schulden zu den eigentlichen Kapitalien auch nicht ein absoluter Rückschluß auf die Verschuldung und die wirtschaftliche Lage der ländlichen Grundbesitzer gezogen werden. Einmal weil eine zahlenmäßig hohe Verschuldung des Grundbesitzers noch lange nicht eine traurige Lage zu bedeuten braucht. Die Schuld ist in ihrer Form oft eine dauernde, die tatsächliche Schuldverpflichtung drückt sich dann in der Rentenform aus. In Berechnung kommt die Gesamtschuld, wirklich fühlbare Schuld ist die dauernde Verzinsungspflicht. Oder man denke sich den Fall, daß ein Landwirt für die von ihm ausgeliehenen Kapitalien einen höheren Zinsfuß erhält, als er für die ihm geliehenen zu zahlen hat.

Die nachfolgende Zusammenstellung ergibt einen Ueberblick des Kapitalbesitzes, der Verschuldungsverhältnisse und des Gesamtvermögens für selbständige Landwirte im Haupt- und im Nebenbetrieb nach Besitz- und nach Einkommensgruppen geteilt. Die Zahlen sind durchschnittlich berechnet.

Grundeigentümer mit — aus der Land- oder Forstwirtschaft.

		Haupterwerb					Nebenerwerb				
		Kleinbauern[1]	Mittelbauern	Großbauern	Großgrundbesitz	zusammen	A[2]	B	C	D	zusammen
1	Umfang d. Grundbesitzes in ha . . .	8,0	14,7	37,1	298,8	32,6	11,6	20,8	20,0	4,0	14,5
2	unverschuldet (in Proz.)	41,4	31,8	21,0	11,7	29,5	36,4	53,9	27,1	46,6	36,7
3	verschuldet (in Proz.)	58,6	68,2	79,0	88,3	70,5	63,6	46,1	72,9	53,4	63,3
4	Kapitalvermög. ist Teil v. Gesamtvermögen. (in Proz.)	9,3	9,2	10,5	20,0	14,0	55,1	56,7	26,0	8,9	34,4
5	Kapitalvermögen . . (in 1000 Mark)	1,0	1,8	5,7	82,3	6,4	113,5	61,3	45,0	1,4	43,0
6	Schuldenbetrag . . (in 1000 Mark)	2,1	4,1	13,1	131,1	12,0	27,0	15,3	33,6	3,3	22,2
7	Verschuldung des Gesamtvermögens in den Einkommensgruppen je v. H. — bis 900 .	23,8	32,6	55,1	70,1	33,8	35,3	40,3	53,8	23,8	38,9
8	900 bis 3000 . . .	10,6	17,3	27,2	62,2	26,5	29,0	23,5	38,3	21,3	32,7
9	über 3000	1,6	3,3	9,9	28,2	24,6	9,9	12,9	16,3	22,6	14,7
10	7—9 zusammen . .	18,5	21,0	24,3	31,8	26,4	13,1	14,2	19,4	22,0	17,7

Im Gesamtstaate steigt hiernach das Kapitalvermögen (Zahlenreihe 5) der selbständigen Landwirte im Hauptberufe zugleich mit der Größe des Grundbesitzes, aber weniger von der kleinbäuerlichen zur mittelbäuerlichen Besitzgruppe, als von letzterer zur großbäuerlichen und noch viel mehr von dieser zur Großbesitzgruppe hin. Bei den selbständigen Landwirten im Nebenberufe sehen wir den weitaus bedeutendsten Kapitalbetrag in der Gruppe A (Hausbesitz), ihr folgen erst in weitem Abstand die Gruppen B und C und nach nochmaligem weiten Abstand erst Gruppe D. Bei den haupterwerblichen Landwirten ist der Schuldenbetrag (6) in allen Besitzgruppen bedeutend höher als das Kapitalvermögen. In allen Besitzgruppen zusammen sind sie rund um neun Zehntel höher als das Kapitalvermögen. Beim kleinbäuerlichen Besitze stellen sich die Schulden mehr als doppelt, bei dem mittel- und großbäuerlichen Besitze dagegen rund zweieindrittel Mal so hoch als das Aktivkapital. Am günstigsten steht der Großgrundbesitz da, dessen Schulden nur etwa um $^2/_3$ bedeutender sind als sein Kapitalvermögen. Bei den Landwirten im Nebenberufe finden wir in den Gruppen A, B und C mehr Kapitalvermögen als Schulden. Nur die Gruppe D (Handwerk oder Lohnarbeit) macht davon eine Ausnahme, die Schulden überwiegen ganz erheblich, die Gesamtzahl zeigt eine ungefähr 50prozentige Verschuldung.

Die Prozentzahl der überhaupt unverschuldeten Landwirte (2) im Hauptberufe fällt stark und stetig mit jeder größeren Besitzklasse. Bei den nebengewerblichen Landwirten steht die Gruppe B (Beamten-, Offiziers- usw. Stellungen oder freie Berufe) am wenigsten verschuldet da, dann kommt Gruppe D und A, am meisten verschuldet ist C (Gewerbebetrieb). Das Gesamtverhältnis ist bei dem Nebenerwerb etwas günstiger als beim Haupterwerb.

Schon weiter oben sagten wir, daß eine Gegenüberstellung von Kapitalvermögen und Verschuldung nicht die richtige Wertung der wirtschaftlichen Situation der Landwirte ergeben kann. So ist ja bei den Landwirten im Haupterwerb und der Gruppe D im Nebenerwerb die Verschuldung immer bedeutend größer als das Kapitalvermögen. Ein Ueberblick über die wirkliche Verschuldung ist schon zu erhalten durch Vergleich mit der Zahlenreihe 4, sie zeigt, wieviel Prozent des Gesamtvermögens das Kapitalvermögen ausmacht. Einen vollständigen Ueberblick über die eigentliche Verschuldung des Gesamtvermögens zeigt die Zahlenreihe 10. Wie beim Großgrundbesitz der Landwirte im Haupterwerb erreicht sie bald ein Drittel, in den drei anderen Besitzgruppen ist sie noch niedriger. Und gerade bei den erstgenannten trifft das am allerwenigsten zu, was einleitend gesagt wurde, daß sich die Schulden am ehesten und häufigsten in Rentenverpflichtung umbilden. Die Verschuldung des Gesamtvermögens nach Einkommengruppen (7—9) zeigt für die Einkommen von über 3000 M. noch bedeutend günstigere Verhältnisse, die Großgrundbesitzer mit diesem Einkommen sind mit noch nicht drei Zehntel ihres gesamten Vermögens verschuldet. Je tiefer in allen Besitzgruppen das Einkommen, um so höher ist die Verschuldung. Dieselbe Steigerung ergibt sich zwischen den einzelnen Besitzgruppen.

Bei den Grundeigentümern mit Nebenerwerb aus der Land- oder Forstwirtschaft ist das Kapitalvermögen im Vergleich zum Gesamtvermögen nur ein einhalbmal größer als beim Haupterwerb. Die Gesamtverschuldung ist insgesamt um ein Drittel geringer. Am günstigsten steht die Gruppe A (Hausbesitz) mit etwas über ein Achtel des Gesamtbesitzes, am ungünstigsten Gruppe D (Handwerk oder Lohnarbeit). Sie steht aber immer noch besser als der Großbauernbesitz im landwirtschaftlichen Haupterwerb. Wenn man die Gruppierung von A bis zu D als soziale Schichtung ansehen will, so ergibt sich insgesamt eine regelmäßige Steigerung der Verschuldung nach D, der sozial tiefsten Schicht zu, währenddem die durchschnittliche Verschuldung mit den höheren Einkommengruppen fällt, nur die höchste Einkommenklasse der Gruppe D zeigt davon eine kleine Abweichung. In der Einkommengruppe bis 900 M. ist es Erwerbsgruppe C (Gewerbebetrieb), die mit über die Hälfte des Besitzes am stärksten verschuldet ist, die in dieser Summe zusammengefaßten Existenzen stellen wohl das Kleingewerbe dar. Auch in der nächsten Einkommengruppe ist der Gewerbebetrieb am höchsten verschuldet.

Eine Gegenüberstellung der Grundeigentümer im Haupt- und im Nebenerwerb ergibt für die Einkommengruppen bis 900 und 900—3000 M. für die letzteren die höhere Verschuldung, für die Einkommengruppe über 3000 M. dagegen für die ersteren. Im Gesamtdurchschnitt steht der Nebenerwerb häufiger, er steht auch ganz bedeutend besser im Verhältnis seiner Verschuldung zum Kapitalvermögen, das letztere ist nahezu noch einmal so groß. Bei dem landwirtschaftlichen Haupterwerb bleibt es um rund neun Zehntel zurück. Das die volkswirtschaftliche Situation der ersteren damit als beweglicher gekennzeichnet ist, ergibt sich von selbst.

Die Kapitalvermögen und Verschuldungen im Verhältnis zu den Gesamtvermögen im Gesamtstaat für landwirtschaftlichen Haupt- und Nebenerwerb gemeinsam und mit Unterscheidung nach östlichen und westlichen Landesteilen ergibt die folgende Zusammenstellung:

Grundeigentümer mit Haupt- und Nebenerwerb aus der Land- oder Forstwirtschaft:

	In den Landesteilen	östlichen	westlichen	Gesamtstaat
1	Umfang des Grundbesitzes in Hektar	44,4	20,6	30,3
2	unverschuldet . . (in Proz.)	8,2	45,7	30,4
3	verschuldet . . . (in Proz.)	91,8	54,3	69,6
4	Kapitalvermögen ist Teil vom Gesamtvermögen . . . . (in Proz.)	16,6	22,1	19,8
5	Kapitalvermögen (in M.)	9,3	12,1	11,0
6	Schuldenbetrag (in 1000 M.)	19,5	9,0	13,3
7	Verschuldung des Gesamtvermögens in d. Einkommen-Gruppe bis 900	44,6	23,8	34,2
8	Verschuldung des Gesamtvermögens in d. Einkommen-Gruppe 900 bis 3000	40,4	19,3	27,2
9	Verschuldung des Gesamtvermögens in d. Einkommen-Gruppe von M. . . . . üb. 3000	29,8	13,3	20,3
10	insgesamt 7—9	34,7	16,3	23,9

Das Kapitalvermögen der Landwirte ist im Westen bedeutend größer, — auch der Anteil desselben am Gesamtvermögen — als das der östlichen Landwirte. Dagegen ist der Grundbesitz im Osten $1^1/_5$ mal größer als im Westen. Dies ist mit daraus zu erklären, daß im modern entwickelten Westen der große Latifundien- und Fideikommißbesitz fast ganz fehlt. Der Schuldenbetrag ist im Osten mehr als doppelt so hoch als im Westen. Ein noch viel schärfer ausgeprägtes analoges Verhältnis besteht in den Zahlen der Verschuldeten und Unverschuldeten in den beiden Landesteilen.

Die Verschuldung des Gesamtvermögens ergibt für den Gesamtstaat 23,9 v. Hundert. Auch in diesen Zahlen, nach Osten und Westen getrennt, ergibt sich für die letzteren eine bedeutend bessere wirtschaftliche Situation. Nach Einkommensgruppen geteilt, ergibt sich für die kleinsten Einkommen die größte Verschuldung, wieder mit dem krassen Unterschied zuungunsten des Ostens. Bei den 900 bis 3000 M. Einkommen ist der Gegensatz noch stärker, die Verschuldungshöhe in beiden Landesteilen um einiges niedriger. Die höchsten Einkommen sind bedeutend weniger verschuldet, im Osten aber immer noch reichlich das Doppelte als im Westen.

Also ganz allgemein ist der Osten, der Hort der preußischen Monarchie, die Heimat des eigentlichen Junkertums, volkswirtschaftlich schlechter gestellt, bedeutend verschuldeter als die westlichen Landesteile. Diese volkswirtschaftliche Tatsache entspricht ja wohl auch der im Osten gehegten politischen Anschauung. Daher auch die ostelbischen Regierungsmaximen. Und sie kann dabei noch auf erlauchte Tradition blicken, die zurück bis auf Friedrich II., den Großen, geht. Er trachtete nach der Annexion Schlesiens und Westpreußens, die er wirklich erreichte, nach der Aneignung Sachsens und Vorpommerns, die ihm versagt blieb, aber die westlichen Besitzungen des Staates, die industriell entwickelt, über die mittelalterliche Trennung der Geburtsstände unwiderruflich fortgeschritten, die hat er immer als Last empfunden.

Daß erst heute sich ein westlicher Luftzug in Preußen bemerkbar macht, nachdem sogar schon im fernen Osten seine Tätigkeit zu spüren ist, hat der preußische Staat sicher auch nicht seinem Osten zu verdanken.

[1] Die Teilung erfolgte nach Grundsteuerreinertragsklassen. Kleinbauern umfassen die Grundsteuerreinerträge von 60—90 M., Mittelbauern 90—300; dann 300—1500 und Großgrundbesitz über 1500.

[2] A ist die Gruppe der Besitzer mit Nebenerwerb aus Land- oder Forstwirtschaft und Haupterwerb aus Hausbesitz, B aus Beamten-, Offiziers- usw. Stellungen oder freien Berufen, C aus Gewerbebetrieb und D aus Handwerk oder Lohnarbeit.

Aus Industrie und Handel.

Streiflichter auf die Krise.

Deutschland. Feierschichten im Ruhrkohlengebiet, Ansammlung von Vorräten in der Roheisenindustrie, in den Stahl- und Walzwerken charakterisieren die Situation. Die weiterverarbeitenden Industrien haben wenig zu tun, Eisengießereien, Waggonbaufabriken, Werften sind schwach beschäftigt. Das gleiche gilt von den Baumwollspinnereien und -webereien, von der chemischen Industrie (Farbenfabriken) und in der elektrischen Branche. Zwar ist beim Siegener Eisenstyndikat Ende 1908 eine Ermäßigung der Einschränkung eingetreten; im allgemeinen ist die Lage aber gedrückt und die Aussichten auf Besserung nicht groß. Auch die ungeklärte politische Situation lähmt die Unternehmungslust.

Nordamerika. Wie die Dinge in den „Vereinigten Staaten“ liegen, ersieht man aus den Ziffern der Ein- und Auswanderung. Im verflossenen Jahre war der transatlantische Passagierverkehr kleiner als im Jahre 1904 und selbst diese Höhe wurde nur dank einer großen und sogar überwiegenden Anzahl von Rückwanderern erreicht.

Südamerika. Von Argentinien und Uraguay abgesehen, liegen die geschäftlichen Verhältnisse in den meisten Staaten ungünstig. Was Brasilien anbelangt, so hatte die Emission der Kaffee-Valorisationsanleihe einen glänzenden Erfolg. Auch auf dem Kautschukmarkt hat sich ein Umschwung vollzogen. Im Süden Brasiliens sind die Häutepreise gestiegen. Alle diese Momente heben die Kaufkraft des Landes.

Zentralamerika. Mexiko hat sehr unter dem Preisrückgang seiner Ausfuhrprodukte gelitten. Das gilt auch von Kuba, Haiti, Domingo und Kolumbien. Hier sind mehrere Eisenbahnlinien teils fertiggestellt, teils im Bau. In Venezuela wirken noch ebenso wie in Haiti die politischen Unruhen nach. Doch sind alle diese Länder mit ihrer reichen Tabak-, Zucker-, Kakao-, Kaffeekultur Territorien, die für die Zukunft vieles verheißen.

Ostasien. In Singapore werden die Arbeiten an dem neuen Hafen, für welchen 40 Millionen Mark ausgeworfen worden sind, mit allen Kräften gefördert. Auch in Penang werden große Aufwendungen für die Hafenanlagen gemacht. In naher Zeit steht die Eröffnung der Eisenbahn zwischen diesen beiden Plätzen bevor. In China hat der Warenmarkt einen Tiefstand erreicht wie seit langer Zeit nicht. Zum Glück lauten die Nachrichten über die Seiden-, Baumwoll- und Reisernte günstig und es ist daher die Hoffnung auf eine Steigerung der Aufnahmsfähigkeit begründet.

Australien. Das Sinken der Weltpreise hat Kapitalmangel hervorgerufen. Die neue Saison hat die Preise etwas gebessert, und auch die neue Getreideernte läßt sich befriedigend an. Das wichtigste aber ist, daß sich Australien langsam zu industrialisieren beginnt.

Südafrika. Neuerdings ist mit dem Export von Natalkohle begonnen worden. Die Getreide- und Mehlproduktion wird forciert. Von großer Bedeutung sind die Verhandlungen über den engeren Zusammenschluß der südafrikanischen Kolonien zu einem Staatenbunde.

* * *

Ein Bild des deutschen Wirtschaftsjahres 1908 entwerfen die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin in dem soeben im Verlage von G. Reimer, Berlin, erschienenen neuesten Jahrgange ihres „Berliner Jahrbuchs für Handel und Industie“. Um für den Auf- und Abstieg des wirtschaftlichen Lebens einen fortlaufenden zahlenmäßigen Maßstab zu gewinnen, werden wie alljährlich drei Ziffern herangezogen: die Inanspruchnahme der Reichsbank durch die Industrie, der Andrang an den Arbeitsnachweisen und die Verkehrseinnahme der Eisenbahnen.

Die Summen, welche die Industrie von Monat zu Monat der Reichsbank entnimmt, sind im allgemeinen ein Gradmesser für die Lebhaftigkeit, mit der neue Unternehmungen gegründet, ältere erweitert werden; je größer die Ziffer der Inanspruchnahme ist, desto lebhafter der Geschäftsgang, je kleiner sie ist, desto sicherer kann man auf eine geschäftliche Abwärtsbewegung rechnen. Vom April ab senkt sich die Kurve der Inanspruchnahme immer tiefer unter die des Vorjahres, entsprechend der Verminderung von Tätigkeit und Geldbedarf bei der Industrie. Am gleichmäßigsten kommt der Konjunkturrückgang in dem Andrang an den deutschen Arbeitsnachweisen zum Ausdruck. Berechnet man, wie viel industrielle Arbeitsuchende an den deutschen Arbeitsnachweisen sich um je 100 offene Stellen bewerben, so kann man folgern: Je größer die Zahl der Bewerber ist, desto matter der Geschäftsgang, je niedriger, desto lebhafter. Die Kurventafel II gewährt ein Bild, dessen Uebereinstimmung in allen zwölf Monaten des Jahres keinen Zweifel läßt. In jedem Monat war die Zahl der Arbeitslosen, die sich um 100 offene Stellen bewarben, höher als in dem entsprechenden Monat des Vorjahres. Daraus ergibt sich, daß während des ganzen Jahres 1908 der Bedarf der Industrie an Arbeitern und also auch ihre Beschäftigung wesentlich geringer war als im Vorjahre.

* * *

Gegen eine Arbeitslosenversicherung votierte die Landwirtschaftskammer der Provinz Schlesien in einer Resolution, in der sie mit aller Entschiedenheit sich gegen alle Bestrebungen wendet, welche dahin zielen, unter Verwendung staatlicher Mittel eine Arbeitslosenversicherung einzurichten.

Kündigung von Angestellten.

Nach einem Gerücht, das am Montag an der Börse kolportiert wurde, sind bei Orenstein u. Koppel am 1. Februar 12 Angestellte gekündigt worden; per 15. Februar soll eine noch weit größere Zahl die Kündigung erhalten. So werden die Verhältnisse der Angestellten aufs beste geregelt.

Die Seife wird teurer. Eine in Limburg abgehaltene Versammlung der Seifenfabrikanten von Hessen-Nassau usw. beschloß, die Seifenpreise um vier bis sechs Mark pro 100 Kilogramm zu erhöhen.

Ueber die Bautätigkeit der Schiffswerften des In- und Auslandes liegen jetzt Gesamtzahlen vor, die nur die Fahrzeuge berücksichtigen, die je mindestens 100 Tonnen faßten. Es wurden erbaut:

	Handelsschiffe	Kriegsschiffe
Großbritannien	929 669	49 560
Britische Kolonien	34 181	—
Vereinigte Staaten	304 543	52 850
Deutsches Reich	207 777	97 660
Frankreich	83 429	21 600
Japan	59 725	2 245
Holland	58 604	—
Norwegen	52 839	550
Italien	26 864	29 400
Oesterreich-Ungarn	23 502	15 613
Dänemark	19 172	—
Rußland	—	8 800
Uebrige Länder	32 981	47 574

Das Deutsche Reich hat natürlich mit dem Bau von Panzerkähnen den Vogel abgeschossen!

Soziales.

Offene oder geschlossene Damenbeinkleider? Schadenersatzklage des Arbeitgebers.

In der Montagssitzung des Gewerbegerichts klagte die Firma Dienstag u. Wolff gegen die bei ihr als Zuschneiderin beschäftigt gewesene Arbeiterin K. auf Schadenersatz in Höhe von 36 M. Die Beklagte soll einen Schaden von 72 M. verursacht haben. Die Klägerin fordert die Hälfte des Schadens. Die Beklagte habe zu geschlossenen Damenbeinkleidern Zuschnitt liefern sollen, aber solchen zu offenen geliefert. Beklagte behauptet, der Kommissionszettel sei zu undeutlich ausgeschrieben worden. Dadurch sei dieser Irrtum entstanden. Da der gelieferte Zuschnitt zu offenen Beinkleidern, die nicht bestellt waren, weiter verarbeitet ist, wird auf die Gepflogenheiten im Betriebe der Klägerin näher eingegangen. Es ergibt sich, daß die Firma die von den einzelnen Arbeiterinnen gemachten Arbeiten ohne jede Kontrolle und Durchsicht in die Hände der zunächst daran arbeitenden Arbeiterinnen weitergehen läßt. Die die Arbeiten begleitenden Kommissionszettel finden oft keine Beachtung. Demnach würde es, wie ein Beisitzer zutreffend sich äußerte, möglich sein, an Stelle bestellter Beinkleider Nachtjacken zu liefern. Das Gericht wies die Klägerin mit ihrem Klageanspruche ab. Zur Begründung wurde ausgeführt: Klägerin hat der Beklagten die Arbeit abgenommen, ohne dieselbe zu bemängeln, was ja auch der Umstand beweise, daß diese Arbeit weiter verarbeitet wurde. Ferner habe aber die Klägerin am Zustandekommen des Schadens mitgewirkt, indem sie die Arbeit, ohne sie durchzusehen, von weiteren Arbeiterinnen fertigstellen ließ. In einem ordnungsgemäßen Betriebe wird aber die Arbeit regelrecht abgenommen und durchgesehen. Das hat Klägerin unterlassen; sie war deshalb mit ihrem Anspruch unter Beachtung des Grundsatzes des § 254 des Bürgerlichen Gesetzbuches abzuweisen, der vorschreibt: „Hat bei der Entstehung des Schadens ein Verschulden des Beschädigten mitgewirkt, so hängt die Verpflichtung zum Ersatze sowie der Umfang des zu leistenden Ersatzes von den Umständen, insbesondere davon ab, inwieweit der Schaden vorwiegend von dem einen oder dem anderen Teile verursacht worden ist.

Der sächsische Bergfiskus als „Wohltäter“.

Im kgl. Steinkohlenwerk Zaukerode wurde ein außerordentlich charakteristisches Zirkular bekannt, das wieder einmal zeigt, wie „vorsichtig“ man ist, um keinen anderen Ausdruck zu gebrauchen, wenn es sich darum handelt, den schwer schuftenden Grubensklaven auch einige „Wohltaten“ zu erweisen. Welch' eine Unmasse Kautelen müssen da erst erfüllt werden, ehe ein kgl. sächsischer Bergarbeiter in den Genuß gelangt, das zeigt der Wortlaut. Hier ist das klassische Dokument kgl. sächsischer Unternehmer-Wohltätigkeit:

Bekanntmachung.

Der Arbeiterausschuß des kgl. Steinkohlenwerkes hat am 13. März 1908 bei der Direktion ein Gesuch eingereicht, daß den Arbeitern des Werkes im Sommer jedes Jahres ein Erholungsurlaub mit Schichtlohnentschädigung gewährt werden möchte.

Darauf hat das kgl. Finanzministerium durch hohen Beschluß vom 28. Dezember 1908 zu Nr. 2540 Bergregistrande die Direktion des kgl. Steinkohlenwerkes und das kgl. Oberhüttenamt zu Freiberg ermächtigt, den Arbeitern der ihnen unterstellten Werke vom Jahre 1910 an alljährlich einen Erholungsurlaub unter Fortgewährung von Lohn zu erteilen. Hierbei sind die nachfolgenden Bestimmungen zu beachten:

I. Erholungsurlaub kann solchen Arbeitern gewährt werden, bei denen unter der Voraussetzung zu II nach dem Ermessen der Werksverwaltung wegen der Natur der von ihnen zu verrichtenden Arbeit das Bedürfnis einer mehrtägigen Erholungszeit vorliegt. Ein Anspruch auf Erholungsurlaub besteht nicht.

II. Der Erholungsurlaub ist nur solchen Arbeitern zu gewähren, die sich gut geführt haben, mindestens 35 Jahre alt und seit mindestens zehn Jahren auf staatlichen Berg- oder Hüttenwerken beschäftigt sind.

III. Die Dauer des Urlaubs ist auf längstens drei Tage zu bemessen.

IV. Die Zeit des zu erteilenden Urlaubs bestimmt die Werksverwaltung, sie hat dabei, soweit möglich, den Wünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen.

V. Für jeden Urlaubstag ist dem Beurlaubten der im vorhergehenden Kalenderjahre erzielte durchschnittliche Tagesverdienst derjenigen Arbeiterklasse zu gewähren, welcher der Beurlaubte angehört.

Zaukerode, am 7. Januar 1909.

Direktion des königl. Steinkohlenwerkes.
Georgi.

Man sieht, der Herr „Bergfiskus" hat sich gut vorgesehen, daß kein Unwürdiger in den Genuß der ungeheuerlichen Wohltat gelangt: 35 Jahre alt, 10 Jahre Tätigkeit in staatlichen Diensten und wenn diese Vorbedingungen erfüllt sind, dann kommt die „gute Führung" und das — Bedürfnis. Was man unter „guter Führung" eines kgl. sächsischen Grubenarbeiters versteht, ist zu bekannt: Es heißt soviel wie nichtorganisiert, werksfromm, rückgratlos usw. Das schönste von allem ist und bleibt das Bedürfnis. Heiliger Bimbam! Als ob dieses Bedürfnis für einen Arbeiter, der zehn Jahre im Grubenbetriebe Leben und Gesundheit aufs Spiel gesetzt, nicht mindestens so vorhanden wäre, wie bei einem königlich sächsischen Geheimrat! — — —

Vom „eignen Hausstand" im Sinne der Landgemeindeordnung.

Sowohl die Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen als auch die für Hessen-Nassau besagen, daß jemand die für das Gemeinderecht (Wahlrecht usw.) vorausgesetzte Selbständigkeit dann besitzt, wenn er einen eignen Hausstand führt. Dem Diamantschleifer Stock, der in Langendiebach bei seiner Mutter wohnte, wurde die von ihm beantragte Aufnahme in die Gemeindewählerliste versagt, weil er keinen eignen Hausstand habe und daher dem Erfordernis der Landgemeindeordnung in bezug auf die Selbständigkeit nicht genüge.

Stock klagte im Verwaltungsstreitverfahren und machte geltend, er bewohne in dem kleinen Häuschen seiner Mutter ein besonderes Zimmer und genieße bei ihr des Morgens den Kaffee und Abends das Nachtessen, während er tagsüber in Hanau als Diamantschleifer tätig sei. Für das Logis, den Morgenkaffee und das Nachtessen zahle er der Mutter 5 M. pro Woche. Sie sei eine alte Frau und auf seine Unterstützung angewiesen; allein könne sie sich überhaupt nicht ernähren. Er dagegen sei mit einem Jahreseinkommen von 2000 M. zur Steuer veranlagt und müßte demnach sogar in die zweite Wählerklasse hinein.

Die beklagte Gemeindevertretung erwiderte, daß Kläger keinen eigenen Hausstand habe, sondern zum Hausstand der Mutter gehöre. Er hätte keinen eigenen Wohn- und Schlafraum, sondern wohne und esse im gemeinsamen Hausstand seiner Mutter und seines Bruders, eines Schmiedemeisters. Es wäre mit Bestimmtheit anzunehmen, daß das Bett und die Bettwäsche Eigentum der Mutter seien.

Der Kreisausschuß und der Bezirksausschuß in Kassel wiesen die Klage ab. Es wurde angeführt, daß nach den eigenen Angaben des Klägers anzunehmen sei, daß er dem Hausstand der Mutter angehöre und deshalb nicht als selbständige Person gelten könne. Daß er seiner Mutter für die ihm gewährte Beköstigung und Unterkunft eine Entschädigung gewähre, ändere daran nichts. Das sei so üblich, wenn erwachsene Kinder bei ihren Eltern wohnten. Selbständig werde er auch noch nicht, wenn der Verdienst eine Höhe erreiche, welche die Gründung eines eignen Hausstandes ermöglichen würde.

Das Oberverwaltungsgericht, vor dem Rechtsanwalt Dr. E. Rosenberg den Kläger vertrat, hob die Urteile der Vorinstanzen am Freitag auf und entschied, daß der Kläger in die Wählerliste aufzunehmen sei. Zur Begründung wurde ausgeführt: Wenn die Landgemeindeordnung den Begriff der Selbständigkeit dahin interpretiere, daß man einen „eignen Hausstand" führen müsse, so sei damit nicht gesagt, daß man unter allen Umständen allein den eignen Hausstand führen müsse. Es sei sehr wohl möglich, daß ein gemeinsamer Hausstand unter Führung eines Verwandten, zu dem man in einem Respektsverhältnis stehe, als ein eigner anzusehen sei. Das sei hier der Fall. Der Kläger zahle einen festen Beitrag zu dem von der Mutter geführten Haushalt und nehme daran teil. Es handele sich um einen solchen gemeinsamen Hausstand, in dem Kläger selbständig sei, so daß Kläger seinen „eignen Hausstand" führe. Er sei als selbständig im Sinne der Landgemeindeordnung anzusehen.

Gerichts-Zeitung.

Eine heimtückische Denunziation

bildete den Hintergrund einer privaten Beleidigungsklage, die von dem Rentenempfänger Richard Pietz (Urbanstraße 118) gegen unseren Genossen Köckeritz, zweiten Vorsitzenden des sozialdemokratischen Wahlvereins im Reichstagswahlkreise Berlin II, angestrengt worden war.

Dem Wahlverein gehört die Frau eines Arbeiters Braatz an, der von seinem früheren Arbeitgeber, einem Herrn Schmidt (Firma Schmidt u. Zorn, Luckauer Str. 11) aus Anlaß eines Unfalles eine Zeitlang eine kleine Unterstützung erhalten hat. Bei diesem Herrn Schmidt lief eines Tages ein anonymer Brief ein, der ihn belehrte, Braatz sei Sozialdemokrat, auch sei er aus der Kirche ausgeschieden. Die Absicht des Briefschreibers war offenbar die, Braatz dem Herrn Schmidt zu denunzieren und darauf hinzuwirken, daß der ihm die Unterstützung entzog. Die Zuschrift ließ das deutlich genug durchmerken, und diese Wirkung ist denn auch erzielt worden. Genossin Braatz gehört auch dem Verein der Frauen und Mädchen der arbeitenden Klasse an. Nachdem sie an einem der Diskussionsabende die Briefaffäre zur Sprache gebracht und auch der Wahlverein Kenntnis davon erhalten hatte, entstand dort der Verdacht, daß die Frau des Herrn Pietz die Verfasserin oder Absenderin des Briefes sein könnte. Da Frau Pietz gleichfalls dem Verein angehörte und auch an den Diskussionsabenden teilnahm, so mußte der Sache auf den Grund gegangen werden. Beide Frauen wurden vorgeladen. Frau Pietz bestritt, die Denunziation geschrieben zu haben, sie gab aber zu, daß sie den Inhalt kannte. Sie stellt auch nicht in Abrede, daß sie wegen des Briefes Herrn Schmidt mit ihrem Mann zusammen aufgesucht hatte. Sie habe sich, sagte sie, den Brief einmal zeigen lassen wollen, weil man sie der Verfasserschaft bezichtigte. Dabei habe sie dann dem Herrn Schmidt den Inhalt, der ihr bereits von anderer Seite mitgeteilt worden sei, als zutreffend bestätigt. In der Untersuchung wurde auch der Verdacht ausgesprochen, daß vielleicht Herr Pietz der Verfasser sein könnte. Als Genosse Köckeritz die Frau Pietz fragte, ob sie ihren Mann nicht von solchen Handlungen zurückhalten würde, antwortete sie, das könne sie nicht. Schließlich sagte Köckeritz, man müsse in der Tat fast annehmen, daß sie selber den Brief geschrieben habe.

Wegen dieser Aeußerung wurde gegen Genossen Köckeritz Beleidigungsklage angestrengt, aber nicht von Frau Pietz, sondern von Herrn Pietz, und auch von ihm nicht etwa wegen Beleidigung seiner Frau, sondern wegen vermeintlicher Beleidigung seiner eigenen Person. Vor dem Schöffengericht Berlin-Tempelhof, das gestern die Klage verhandelte, erklärte der Kläger, von Köckeritz sei er als Verfasser des Briefes bezeichnet worden, er habe ihn aber nicht geschrieben, daher fühle er sich beleidigt. Köckeritz, dem als Verteidiger der Rechtsanwalt Genosse Heine zur Seite stand, wies es als unwahr zurück, daß er Pietz genannt habe, und trug den Sachverhalt vor, wie oben angegeben. In der Beweiserhebung wurde seine Darstellung unterstützt durch die Aussagen der Genossin Frl. Ottilie Baader, der Genossin Fr. Emma Simon und des Genossen Schwemke. Demgegenüber bekundete Frau Pietz, Köckeritz habe ihren Mann der Verfasserschaft bezichtigt. Zu der Frage des Verteidigers, ob sie wisse, wer denn den Brief geschrieben habe, machte der Vorsitzende die Zeugin darauf aufmerksam, daß sie die Antwort verweigern könne, wenn sie dadurch sich oder ihren Mann preisgeben müßte. Sie erklärte, antworten zu wollen, und versicherte nun, den Verfasser kenne sie nicht. Der Verteidiger hob hervor, der vom Kläger eingereichte Schriftsatz erinnere in der Art seiner Darstellung und im Stil sehr an den Brief. Herr Pietz erklärte hierzu, der Schriftsatz rühre her von einem ihm befreundeten Klempner. Nachdem Herr Pietz den Vorschlag des Vorsitzenden, seine Klage noch jetzt zurückzunehmen, abgelehnt hatte, beantragte der Verteidiger die Freisprechung. Köckeritz habe nicht von Herrn Pietz, sondern von Frau Pietz gesprochen. Bewiesen sei übrigens, daß auch Herr Pietz die Denunziation zum mindesten dem Herrn Schmidt „bestätigt" habe, wie ja von seiner Frau zugegeben worden sei. Unter allen Umständen sei dem Beklagten § 193 zuzubilligen (Wahrnehmung berechtigter Interessen), denn als Vorstandsmitglied habe er alles tun müssen, um ein etwa unter den Mitgliedern befindliches ehrloses Subjekt, wie der Verfasser jener schmählichen Denunziation es sei, zu ermitteln. Das Gericht begründete die Freisprechung des Genossen Köckeritz dahin, daß die Beweiserhebung nicht ergeben habe, daß er den Herrn Pietz genannt hatte.

Zu bedauern ist, daß dieser ganze Prozeß auch das nicht ergeben hat, wer jener heimtückische Denunziant war.

Prozeß Riedel.

Gestern begann der erneute Prozeß gegen den Dr. phil. Viktor Riedel im kleinen Schwurgerichtssaale vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I. Es handelt sich nur noch um den Fall des Sittlichkeitsverbrechens gegen das Mädchen Else Kaminski. In diesem Fall hat das Reichsgericht das auf zwei Jahre lautende Urteil der Strafkammer aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Der Angeklagte, der zurzeit den rechtskräftig gewordenen Teil des ersten Urteils — zwei Jahre Zuchthaus — verbüßt, wird aus der Strafanstalt in der Lehrter Straße vorgeführt. Er trägt noch seine eigene Kleidung und auch der Bart ist ihm noch nicht abgenommen worden, damit seine Rekognition durch die Zeugen nicht erschwert werde. Den Vorsitz im Gerichtshof führt wieder Landgerichtsdirektor Dr. Lieber, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Schindler, der Angeklagte wird von den Rechtsanwalten Dr. Alsberg und Dr. Halpert verteidigt. Es sind 74 Zeugen geladen, als Sachverständige wohnen der Nervenarzt Dr. Placzek und Dr. med. Leppmann der Verhandlung bei. Vor Verlesung des Eröffnungsbeschlusses verliest der Angeklagte einen längeren Ablehnungsantrag gegen die Richter, die ihn verurteilt haben, nämlich den Landgerichtsdirektor Dr. Lieber, den Landgerichtsrat Neumann und Gerichtsassessor Schauenburg. Angeklagter stellt sich als Opfer falscher gegen ihn geltend gemachter Zeugenaussagen und gehässiger Verfolgung seitens der Kriminalpolizei hin. Er sei moralisch, physisch und materiell zugrunde gerichtet und kämpfe nun um das letzte, um sein Leben, denn ehe er wieder in das Zuchthaus gehe, eher erdrossele er sich mit seinen eigenen Händen. Die Richter können ihm sein Leben nehmen, aber seine Seele nicht, und diese werde einst anklagen, was ihm geschehen. Ihn halte das Bewußtsein seiner Unschuld empor, sonst stände er nicht mehr vor den Richtern.

Die Belastungszeugen in dem Prozeß hätten falsches Zeugnis abgelegt. Dieses und vieles andere wisse das Gericht und der Staatsanwalt und trotzdem werde die Wiederaufnahme abgelehnt. Zum Schluß bemerkt der Angeklagte mit großer Emphase: „Vielleicht spreche ich heute zum letztenmal, und so erkläre ich nochmals, was auch geschehe, bei dem allmächtigen Gott, daß ich unschuldig bin und unschuldig verurteilt worden bin und daß ich diesen Herren Richtern in der Verhandlung wegen Befangenheit weder eine Antwort, noch Auskunft geben kann. Gott gebe, daß es noch gerechte Richter am Kammergericht gibt, wenn nicht, dann bin ich unwiderruflich dem Tode verfallen und eines Tages werde ich diese Richter vor Gottes Thron wegen zu Unrecht verübten Mordes an mir anklagen. Meine Unschuld ist erwiesen und ich werde von der Justiz gemordet!"

Staatsanw. Dr. Schindler bemerkt: Zu einer Ablehnung von Richtern gehöre doch mehr, als bewegliche Klagen darüber, daß eine dem Angeklagten unwillkommene Entscheidung ergangen sei. Daraus lasse sich noch lange nicht eine Befangenheit der Richter herleiten.

Rechtsanwalt Dr. Alsberg: Er halte es nicht für zulässig, über den Ablehnungsantrag zu plädieren, denn dafür seien die Richter, die hier sitzen, nicht zuständig. Er verzichte deshalb darauf, vor ihnen über diese Frage zu plädieren und dem Staatsanwalt zu erwidern.

Zur Erledigung des Ablehnungsantrages verkündet der Vorsitzende hierauf eine einstündige Pause.

Nachdem die Sitzung wieder eröffnet worden, verkündet der Landgerichtsrat Nimbach als Vorsitzender der mit drei Richtern besetzten Kammer, die die drei abgelehnten Richter gehört hat, daß der Ablehnungsantrag des Angeklagten unbegründet sei und die abgelehnten Richter sich in ihren Aeußerungen für unbefangen erklärt haben.

Nachdem die Mitglieder der Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Lieber wieder am Richtertisch Platz genommen, erfolgt die Verlesung des Eröffnungsbeschlusses, durch welchen der Angeklagte beschuldigt wird, in zwei Fällen mit der noch nicht 14 Jahre alten Else Kaminski unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben.

Auf Antrag des Staatsanwalts beschließt das Gericht den Ausschluß der Oeffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung. — Für die Verhandlung sind vorläufig sieben Tage angesetzt.

Ein nächtlicher Straßenraub

lag einem Strafprozeß zugrunde, mit welchem gestern das Schwurgericht des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Liebenow seine erste diesjährige Tagung begann. Aus der Untersuchungshaft wurde der Schiffer Johann Wangler vorgeführt, welcher sich wegen schweren Raubes zu verantworten hatte. Der Angeklagte ist nicht weniger als 18mal vorbestraft, darunter allein 7mal wegen Diebstahls und 5mal wegen Körperverletzung. — Am Abend des 23. Oktober v. J. hatte der Arbeiter R. aus Charlottenburg, der in einer Fabrik in Spandau beschäftigt ist, nach Feierabend eine Bierreise unternommen, die schließlich in einem Lokale mit Bedienung von „zarter Hand", welches den Namen „Café Niedlich" führte, ihr Ende fand. Der in einem sehr vorgeschrittenen Stadium der Alkoholisierung befindliche R. wurde hier mit dem Angeklagten bekannt, der ihn einlud, auf seinem Kahn zu übernachten. R. lehnte dies zu seinem Glück ab, da ihm der neue Bekannte doch etwas verdächtig vorkam. Auf dem Heimwege folgte der Angeklagte dem Schwerbezechten. In einer menschenleeren Gegend fiel er dann plötzlich hinterrücks über R. her, schlug ihn zu Boden und entriß ihm das Portemonnaie, welches etwa zwölf Mark enthielt. Durch die Hilferufe des Ueberfallenen wurde eine Schutzmannspatrouille aufmerksam, die den dreisten Räuber sofort verfolgte und verhaftete. Während der Angeklagte in seiner ersten Vernehmung ein Geständnis abgelegt hatte, behauptete er jetzt vor Gericht, in sinnloser Trunkenheit gehandelt zu haben. Dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß wurde der Angeklagte wegen Straßenraubes unter Zubilligung mildernder Umstände zu 2½ Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust unter Anrechnung von 3 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft verurteilt.

Ein Heiratsschwindler,

der in der verwerflichsten Weise die Leichtgläubigkeit heiratslustiger Mädchen ausgebeutet hatte, mußte sich in der Person des Glasermeisters Paul August Klein aus Wilmersdorf vor der 2. Strafkammer des Landgerichts III wegen wiederholten Betrugs verantworten.

Der Angeklagte ist verheiratet, lebte aber von seiner Frau getrennt. Die Ehe ist erst im Juli v. J. geschieden worden. Schon lange Zeit vorher suchte Klein auf alle mögliche Weise die Bekanntschaft heiratslustiger Mädchen zu machen, denen er die Ehe versprach. So lernte er im Jahre 1904 die Krankenpflegerin H. kennen, der er viel von seinen Bauten erzählte, für die er viel Geld gebrauche. Schon nach kurzer Bekanntschaft borgte er die Leichtgläubige um 120 Mark an. Als er dann nach und nach etwa 2000 Mark, die gesamten Ersparnisse von der H. erhalten hatte, gab er dem Mädchen den Laufpaß. Noch schlimmer erging es mehreren anderen Mädchen, die nicht nur ihr Geld losgeworden sind, sondern auch noch von dem Angeklagten ein lebendiges „Andenken" erhalten haben. In der Verhandlung erschienen drei Mädchen, die von Klein in der schändlichsten Weise betrogen wurden und nun mit ihren Kindern sich mühselig durch das Leben schlagen müssen. Irgendwelche Ansprüche gegen den Angeklagten zu erheben, hat sich als zwecklos herausgestellt, da K. selbst nichts besitzt. — Vor Gericht behauptete der Angeklagte, daß die Mädchen nicht geschädigt seien, da er ihnen Forderungen, die er an verschiedene Bauunternehmer habe, zediert habe. Das Gericht hielt den Angeklagten jedoch des Betruges für überführt. Als einziger Milderungsgrund wurde nur die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten angesehen. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis.

Unterschlagung von Ortskrankenkassengeldern.

Der 26 Jahre alte frühere Rechnungsführer Rich. Wojciechowski hatte sich am Freitag vor der Posener Strafkammer zu verantworten. Dem Angeklagten, der bis dahin Schreiber auf dem Landratsamte Posen-West war, wurde im November 1905 die Kassenführung der Ortskrankenkasse für den Kreis Posen-West übertragen. Mit dem 116,50 M. betragenden Einkommen vermochte der Angeklagte nicht auszukommen. Seinen Geldbedarf deckte er gleich nach Uebernahme der Kasse, indem er sich von den Einnahmen fortgesetzt Beträge von zwanzig bis fünfzig Mark aneignete. Die Fehlbeträge deckte er durch falsche Eintragungen in die Kassenbücher. Zum Teil unterließ er auch die Eintragungen. Diese Unterschlagungen setzte der Angeklagte bis zum Mai 1907 fort, wobei ihm zu statten kam, daß die monatlichen Kassenrevisionen nur sehr oberflächlich vorgenommen wurden. Die Jahresaufstellungen machte der Angeklagte dadurch stimmend, daß er Rechnungen von Apothekern, Krankenhäusern und sonstigen Lieferanten, und über den Empfang der oft recht hohen Beträge die Quittungen der Empfangsberechtigten fälschte. Im Mai 1907 kamen die fortgesetzten Defraudationen ans Tageslicht. Als die telephonisch beorderten Polizeibeamten zur Verhaftung des Defraudanten schreiten wollten, hatte dieser durch einen Sprung aus dem Fenster des Kassenlokals die Flucht ergriffen und gelang es auch nicht, des Flüchtigen habhaft zu werden. Erst im Oktober 1908, also nach anderthalb Jahren, wurde sein Aufenthalt ermittelt und W. in Untersuchungshaft genommen. Der Fehlbetrag in der Kasse wurde in Höhe von 2600 M. festgestellt. Im Termin war der Angeklagte in vollem Umfange geständig. Der Anklagevertreter beantragte 2½ Jahre Gefängnis. Das Gericht erkannte auf anderthalb Jahre. Durch die Unterschlagungen ist der Kreissekretär Kretschmer in Mitleidenschaft gezogen worden, weil dieser für den Angeklagten Bürgschaft geleistet hatte und aus dieser zur Erstattung der unterschlagenen Summe in Anspruch genommen wurde.

Vermischtes.

Schiffsunfälle, bei denen eine Anzahl Menschen den Tod fanden, werden uns vom gestrigen Tage gemeldet:

Melbourne, 1. Februar. Der Dampfer „Chan Ranalde", mit Weizen nach Adelaide und Durban, ist bei Edithburgh total wrack geworden. Von der Mannschaft sind 46 Personen, meist Asiaten, ertrunken.

Skagen, 31. Januar. Die norwegische Brigg „Steed" ist heute nacht bei Skagen gestrandet. Nur der Steuermann konnte sich retten, während die übrigen acht Mann der Besatzung ertranken. Wegen hoher See war es den ausgesandten Rettungsbooten unmöglich, zur Brigg zu gelangen.

Die Vernichtung des marokkanischen Dorfes. Hierüber wird in Ergänzung unserer Meldung noch aus Ceuta berichtet: Nach weiteren Meldungen von Eingeborenen aus Tetuan wurde der Erdsturz, der das Dorf Ramara vernichtete, durch ein äußerst heftiges Erdbeben hervorgerufen, das sich den Bewohnern des Distrikts durch unterirdisches Rollen angekündigt hatte. Während die Talbewohner noch rechtzeitig flüchteten, wurde das am Abhange liegende Ramara vom Geröll, unter dem sich mächtige Steinblöcke befanden, verschüttet, ehe sich die Menschen dort retten konnten. Man glaubt, daß alle Dorfbewohner den Tod gefunden haben.

Eine Feuersbrunst zerstörte, wie aus Canton gemeldet wird, die Flottille der Blumenboote. Hundertsiebzig verkohlte Leichen wurden gefunden, eine Anzahl Personen werden noch vermißt.

19 Personen ertrunken.

Aus Mailand wird vom gestrigen Tage gemeldet: Eine Barke mit 19 Personen, darunter 17 Frauen, kreuzte gestern abend den Fluß Adda bei Calolzio, als das Fahrzeug kenterte. Da sich kein Boot in der Nähe befand, war jede Rettung unmöglich. Alle 19 Personen ertranken. Die verunglückten Frauen waren Spinnerei-Arbeiterinnen.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage: Fleisch:** Zufuhr stark, Geschäft flau, Preise für Ochsenfleisch anziehend, sonst unverändert. **Wild:** Zufuhr genügend, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise fast unverändert. **Geflügel:** Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise befriedigend. **Fische:** Zufuhr gering, Geschäft lebhaft, Preise im allgemeinen befriedigend. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Südfrüchte:** Zufuhr reichlich, besonders in Blumenkohl, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 1. Februar 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	748 W		3	heiter	—5	Haparanda	748 SO		2	halb bd.	—13
Hamburg	749 W		3	halb bd.	—2	Petersburg	748 SO		2	Schnee	—12
Berlin	749 NW		4	bedeckt	—3	Scilly	765 WNW		4	wolkig	7
Frankf. a. M.	755 SSW		4	bedeckt	0	Cherbourg	760 NNW		2	wolkig	2
München	756 W		7	Schnee	—4	Paris	761 WSW		2	bedeckt	9
Wien	754 W		2	bedeckt	—3						

Wetterprognose für Dienstag, den 2. Februar 1909.

Zeitweise heiter, aber noch veränderlich mit leichten Schneefällen und frischen nordwestlichen Winden; gelinder Frost.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

O. M. 30. Wird noch an anderer Stelle Verwendung finden, einen ähnlichen Fall wie den Ihrigen veröffentlichen wir. — **H. P.** Das Buch betitelt sich: die Wohlfahrtseinrichtungen Berlins und seiner Vororte. Verlag von Julius Springer, Berlin. Preis 1,50 M. — **W. S. 4.** Nein. — **L. W. 118.** Es kann der Offenbarungseid verlangt werden, auch kann die Bestrafung des Betreffenden bei der Staatsanwaltschaft beantragt werden, weil er für den Unterhalt trotz Aufforderung durch zu zuständige Behörde nicht Sorge trägt. — **A. K. 21.** Melden Sie die Forderung bei dem Patentamt an. Dort erhalten Sie auch nähere Auskunft. — **O. K.** Der Ihnen von der Versicherungsanstalt erteilte Bescheid ist zutreffend. — **W. 1.** Nein, Sie können aber weiter versichern. Das geschieht dadurch, daß Sie für je zwei Jahre mindestens zwanzig Marken kleben. — **R. R. 70.** L. ist nicht Offizier, B. bezieht kein Gehalt. — **K. V.** Der Grobe Unfugsparagraph kommt in Betracht. — **K. 100.** Versuchen Sie es durchzusetzen, daß nur ein entsprechender Teil zu zahlen ist. Die Aussichten für den Kläger sind aber günstig. Auf Sonntag kann der Termin nicht angesetzt sein. Da muß ein Irrtum vorliegen. — **H. Z. 33.** 1. Ja. 2. Etwa 15 Mark. — **A. A.** Nein. **M. S. 31.** 1. Ja. 2. Leider nein. 3. Nein. 4. Sie können beim Amtsgericht Erbauseinandersetzung beantragen eventuell klagen. Wegen des Kostenpunktes ist aber ein Vergleich in Güte entschieden vorzuziehen. —

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 2. Februar:
Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Cavalleria rusticana. Bajazzi.
Königl. Schauspielhaus. Mrs. Dot.
Deutsches. Die Lehrerin.
Kammerspiele. Elektra. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Rabagas.
Berliner. Einer von unsere Leut'.
Neues. Die fremde Frau.
Lessing. Der König.
Kleines. Moral.
Komische Oper. Tiefland.
Hebbel. Revolutionshochzeit.
Lustspielhaus. Seine kleine Freundin.
Residenz. Kümmere dich um Amelie.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Das kleine Heim.
Schiller Charlottenburg. Das Erbe.
Friedrich-Wilhelmstädt. Der Pfarrer von Kirchfeld.
Westen. Der tapfere Soldat.
Thalia. Mein Leopold.
Luisen. Der Hypochonder.
Trianon. Der Satyr.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Das Himmeldeck. (Anf. 8½ Uhr.)
Bernhard Rose. Brüderlein fein.
Gastspiel-Theater. Der Hüttenbesitzer. (Anf. 8¼ Uhr.)
Bürgerl. Schauspielhaus. Der liebe Onkel.
Gebrüder Herrnfeld. Die beiden Bindelbands.
Apollo. Onkel Kasimir. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Servus Pischefina. Lustige Ehemann. (Anf. 8¼ Uhr.)
Kasino. Rußland. Spezialitäten.
Gustav Behrens. Der blutige Pantoffel an der Kirchhofsmauer, „Harlekin und Puppe". Spezialitäten. Anfang 8¼ Uhr.
Parodie. Der geschundene Raubritter. Anfang 8½ Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Sizilien. Hörsaal abends 8 Uhr: Prof. Dr. Götze: Der Nibelungenschatz durch germanische Funde des früheren Mittelalters erläutert.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Lessing-Theater.
Dienstag 8 Uhr: **Der König.**
Mittwoch 8 Uhr: **Der König.**
Donnerstag 8 Uhr: **Der König.**

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Einer von unsere Leut'.
Morgen: Einer von unsere Leut'.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die fremde Frau.
(La femme X . . .)
Morgen und folgende Tage: **Die fremde Frau.**

Theater des Westens.
Allabendlich 8 Uhr:
Der tapfere Soldat.
Mittwoch nachmittag 4 Uhr kleine Preise: Dornröschen.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Dienstag, 2. Februar, Anfang 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Mittwoch: Die zärtlichen Verwandten.
Donnerstag: Der Pfarrer v. Kirchfeld.
Freitag: Der Pfarrer von Kirchfeld.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Seine kleine Freundin.

Hebbel-Theater
Königgrätzer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Revolutionshochzeit.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
„Kümmere Dich um Amelie."
Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.
Morgen u. folgende Tage: **Kümmere Dich um Amelie.**
Sonntag, 7. Februar, nachm. 3 Uhr: **Der Floh im Ohr.**

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Mittwoch, den 3. Februar 1909:
Berlin wie es weint und lacht.
Volksstück mit Gesang in 7 Bildern von Kalisch.
Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Das kleine Heim.
Drama in 3 Akt. v. Thaddäus Rittner.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das kleine Heim.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Erbe.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Das Erbe.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Felix Philippi.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Komtesse Guckerl.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Ein Volksfeind.

Arnold Scholz **Neue Welt** Hasenheide 108—114

Täglich! Großes **Bockbier-Fest** in den bayerischen Alpen. Täglich!
Rutschbahn. Feenhafte Riesendekoration. **Wasserfall.**
Baron Muckl's Bauernkapelle, Max vom Heede's Meistersinger.
30 bayerische Madl.
Jeden **Dienstag, Mittwoch** und **Donnerstag:** **Gr. Tanz-Reunion.**
Heute, Dienstag, 2. Februar: **Elitetag:**
Prämiierung des jüngsten Ehepaares.
3 Barpreise: 50 M., 30 M., 20 M.
Näheres siehe Anschlagsäulen.
Anfang 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr. Entree 30 Pf., Sonntags 50 Pf.

Brauerei Friedrichshain
Heute sowie täglich:
Große **Münchener Bock-Feste**
Berühmtester **Festwirt**
Schorsch Ehrengruber
aus München m. sein. Truppe (60 Mitwirkende).
Schönste Alpendekoration.
Tiroler Natursänger 30 Bayr. Mad'ln in Originaltracht.
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Avis! Morgen, Mittwoch: **Prämiierung der 3 jüngsten u. d. 3 ältesten Ehepaare.** — 100 M. Geldpreise.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Sizilien.
Hörsaal 8 Uhr:
Prof. Dr. Götze: Der Nibelungenschatz durch germanische Funde d. früheren Mittelalters erläutert.

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Brüderlein fein.
Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Fallschelz. Musik von Leo Fall.
Wochentagspreise.

Luisen-Theater.
Benefiz für Herrn Oberregisseur Georg Wald:
Der Hypochonder.
Mittwoch, Donnerstag: Das Mädchen auf Irrwegen.
Freitag: Der Mann mit den vier Frauen.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Jung Deutschland amüsiert sich. Abends: Das Mädchen auf Irrwegen.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Räuber. Abends: Das Mädchen auf Irrwegen.
Montag: Das Mädchen auf Irrwegen.

WINTER GARTEN
Saharet
Gertrude Barrison
Tina Clementa, Sportakt.
Metzetti-Truppe, Akrobaten.
Elliot, Kraftproduktionen.
Garcia, Schatten-Silhouettist.
Simon u. Gardner, komische Szene: „Der neue Kutscher".
Cleveland, Radfahrertruppe.
Little Pich, Komiker.
Moran u. Wiser, Jongleure.
12 Sunshine Girls, englische Gesangs- und Tanztruppe.
Biograph, neueste Aufnahmen.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr: Das große neue komische Programm. U. a.: **Herbert Lloyd,** der Diamantenkönig. **Hedi Herdina,** The Continental Star. **Gobert Belling,** der berühmte unkoberbare Clown. **Maria Vinent,** Beauté espagnole u. a. m.
Abends 8½ Uhr:
Onkel Casimir.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter — tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
Sonnabend, den 6. Februar 1909:
II. großer Metropol-Theater-Ball.

Passage-Theater.
Danny Gürtler.
Der König der Böheme
und das großartige
Februar-Programm
14 erstklassige Varieté-Nummern.

Passage-Panoptikum.
Neu! Neu!
Singhalesen-Gaukler-Truppe
in ihren wilden Heimatstreiben
Salome,
das blaue Weib.
Alles ohne Extra-Entree.

Walhalla-Variété-Theater
Die neuen Februar-Spezialitäten.
Im Tunnel: **Bockbierfest.** Regimentskap. Theaterbel. freien Eintr.

Palast-Theater
Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Börse.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7½ Uhr.
Das gänzlich neue
Februar-Programm.
12 Debuts 12
Neu! Neu!
Der arme Kasimir.
Schwank in 1 Akt v. Schmidt-Hawkins.
Familienkarten auf allen Plätzen halbe Preise, nur an Wochentagen gültig.
Ueberall gratis zu haben.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72.
Täglich: **Konzert. Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**
Auftreten erstklassiger Kräfte.
Franz Sobanski
Gigi Chigetty. — Joe de Diaz. Lola Estrella. — Jim und Jam.
Riesen-Erfolg!
Liebfrauenmilch.
Operette in 1 Akt.
Anf. d. Vorst. 8, Sonntags 6½ Uhr.

DIE 95 Pf WOCHE

1 Aufsatz	95 Pf.	1 Bild mit Rahmen	95 Pf.	1 Wandspruch	95 Pf.
1 Obstschale	95 Pf.	1 Garnitur Nippes	95 Pf.	1 Garderobenhalt.	95 Pf.
1 Spiegelfigur	95 Pf.	10 Nippes-Figuren	95 Pf.	1 Rauchtisch	95 Pf.
2 gr. Gipsfiguren	95 Pf.	1 Fischglas m. 2 Goldf.	95 Pf.	1 Handtäschchen	95 Pf.
1 Menage 5teilig	95 Pf.	1 Zigarrenschrank	95 Pf.	1 braun. Reisetasch.	95 Pf.
1 Liqueurservice	95 Pf.	1 Handtuchhalter	95 Pf.	1 Kammgarnitur	95 Pf.
1 Obstm.-Ständer mit 6 Messern	95 Pf.	1 Paneel mit 4 Nippes	95 Pf.	1 Wachsperlenkoll.	95 Pf.
1 Schwarzw. Uhr	95 Pf.	1 Kamm- u. Bürstenk.	95 Pf.	1 Damen-Uhrkette	95 Pf.
1 Kakesdose	95 Pf.	1 Zeitungsmappe	95 Pf.	1 Herren-Uhrkette	95 Pf.
1 Rauchservice	95 Pf.	1 runder Tisch	95 Pf.	1 lang. Perlenkette	95 Pf.
1 Schreibzeug	95 Pf.	1 Büstenständer	95 Pf.	1 Brosch. o. 1 Armb.	95 Pf.
2 Glasvasen 35 cm hoch	95 Pf.	1 Schirmständer	95 Pf.	6 Stk. Blumenseife	95 Pf.
2 Wandteller	95 Pf.	1 Bücher-Etagère	95 Pf.	12 St. versch. Hausseif.	95 Pf.
2 Berl. Ansichten	95 Pf.	1 Hocker	95 Pf.	1 Brennmaschine, 1 Wellenschere, 1 Lockenschere, 1 Champonierelsen	95 Pf.
1 Famil.-Rahmen	95 Pf.	1 Fussbank	95 Pf.		
2 Visit-Rahmen	95 Pf.	1 Papierkorb	95 Pf.		
1 Kabinet-Rahmen	95 Pf.	1 Handarbeitskorb	95 Pf.	3 Pf. Eau de Cologn.	95 Pf.
1 Wandspiegel	95 Pf.	1 Staubtuchkorb	95 Pf.	6 Stk. Döringsseife	95 Pf.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstrasse 17-18 — Veteranenstrasse 1-2

Zirkus Schumann.
Heute Dienstag, abends 7½ Uhr:
Das sensat. neue Februar-Programm.
Ettero Peberio
der moderne Herkules.
Zum Schluß:
Der Ringkampf mit dem Stier.
The 4 Regals 4
Die Waffenschmiede.
Der Schimpanse
„Paet" als Kunstradfahrer.
Das boxende Känguruh.
Die Pracht-Pantomime
der Seeräuber **Golo** u. Mädchenhändler.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Heute Dienstag, 2. Februar, zum 125. Mal:
Die beiden Bindelbands
dazu neuer Variététeil
5 Grebnieffs — Lyrico-Quartett — Diedrich Uipts — Georg Schindler Les Astrées.

Stadt-Theater Moabit.
Größter und vornehmster Theatersaal Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.)
Donnerstag, den 4. Februar 1909:
Ein Trödler oder: Bete und arbeite.
Schauspiel in 8 Bild. v. E. Brachvogel.
Anf. d. Vorst. 8, Kassenöffnung 7 Uhr.
Konzert 7½ Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanz.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Der
Kompagnieball
Militär. Humoreske von Meysel. Anfang wochent. 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

XIV. Saison!
Zirkus Busch.
Heute Dienstag, abends 7½ Uhr:
Große Gala-Vorstellung
Um ca. 9 Uhr:
Konsul Peter!
Die Vievilles!
Madm. Olympia Desvall, Sportakt. Ferner Auftreten sämtlicher neuengag. Künstler u. Künstlerinnen.
Um 9½ Uhr:
Auswanderer.
Ferner: Herr Burkhardt-Footit, Schulreiter. Herr E. Schumann, Meisterdressuren

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Gill. Gerichtsstr. 10.
Die Blume der Berge
oder: **Vaterfluch und Kinderliebe.**
Anfang 8¼ Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig!
Donnerstag Benefiz für Käte Reich: **Liane, die zweite Frau.**

Fröbels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Dienstag, den 2. Februar 1909:
Gewonnene Herzen.
Volksstück mit Gesang in 3 Akten von Hugo Müller.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8¼ Uhr.

Bürgerliches Schauspielhaus
Kastanien-Allee 7—9.
Zum Abonnement:
Der liebe Onkel.
Schwank in 4 Akten von Kneisel.
Anfang 8¼ Uhr.
Mittwoch: **Der Königslieutnant.**
Donnerstag: **Die Jungfrau von Orleans.**

Berliner Eis-Palast
Ständige Eisbahn.
Bis nachts 12 Uhr geöffnet.
Konzert und **Kunstlaufen.**

Variété-Brillant
(City-Passage)
Dresdenerst. 52/3 Annenst. 42/3
Täglich
Intern. Ringkampf-Konkurrenz um den goldenen Meisterschaftsgürtel von Berlin
und
M. 1500 in bar.
Vorh. d. großart. Spez.-Progr. Anf. 8, Beg. d. Ringk. 9½ Uhr. Entree 50 Pf., rcs. Platz 1,—.

Gastspiel-Theater
Köpenicker Straße 68. 8½ Uhr.
Gastspiel **Hedwig Lange.**
Der Hüttenbesitzer.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Oskar Fürst
und das neue Februarprogramm.
Sensationeller Erfolg!
Rußland.
Komödie in 4 Akten von Norden.
Sonntag 4 Uhr: **Mutter Gräbert.**

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Dienstag:
Theater-Abend.
Zum 1. Male:
Die deutschen Kleinstädter.
Lustspiel in 4 Akten von Kotzebue.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger

Parodie-Theater.
Dresdenerstr. 97. Anf. ½9 Uhr.
Täglich:
Der geschundene Raubritter.

Gustav Behrens-Theater, Goltzstr. 9.
Das vollständig neue Karneval-Programm!
Der blutige Pantoffel an der Kirchhofsmauer.
„Harlekin und Puppe"
und die übrigen erstklassigen Spezialitäten.
Anfang 8½ Uhr, Sonntags 6 Uhr.

Folies Caprice.
Zum 54. Male:
Ein lediger Ehemann.
Anfang 8¼ Uhr.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Lieferant für Orts- und Hilfs-Krankenkassen.
Berlin N.,
jetzt Lothringer Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Pelloten, angenehm u. weich am Körper.

Oeffentliche
politische Versammlungen

Dienstag, den 2. Februar, abends 8½ Uhr:

Urania-Saal, Wrangelstraße 11.
Kellers Festsäle, Koppenstraße 29.
Obiglos Saal, Schwedter Straße 23-24.
Ballschmieders Salon, Badstraße 16.
Prachtsäle Moabit, Wiclefstraße 24.
Zühlkes Festsäle, Dennewitzstraße 13.
Hofjäger-Palast, Hasenheide 52-53.

Adlershof.
Wöllstein, Bismarckstraße.
Charlottenburg.
Volkshaus, Rosinenstraße 3.
Gr.-Lichterfelde.
Kaiserhof, Am Kranoldplatz.
Nowawes.
Singer, Priesterstraße 31.

Tages-Ordnung:

Die Novelle zur Gewerbeordnung.

Referenten:

Die Genossen **Böttcher, Bauer, Bartsch, Brückner, Denzer, Hass, Schumann, Siering, Ritter** und **Zietsch** sowie die Genossin **Zietz.**

Alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind zum Erscheinen eingeladen.

Die Einberufer: **Aktions-Ausschuß.** Eugen Ernst, Wöhlertstr. 9.

Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission. Alwin Körsten, Engelufer 15.

205/2*

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Inventur-Ausverkauf. Gardinen, Stores, Restbestände. Fenster 1.45, 1.85, 2.35, 3.85, 4.65, 6.50 mit 10 Prozent Extrarabatt. 16478*

Erbstüllstores, entzückend ausgeführt: 3.45, 4.45, 5.25 usw. 16488*

Tüllbettdecken 1.85, 2.25, 2.75, 3.85, 4.50 usw. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Teppiche, Fabrikmuster, mit kleinen Farbfehlern, mit 10 Prozent Rabatt. 16509*

Totalausverkauf einzelner Steppdecken, Tischdecken, Portieren, Divandecken, Möbelstoff, Linoleum, Läuferreste. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 16511*

Federbetten. Stand 11,00, große 16,00, Gardinen, Wäsche, Decken, Kleidungsstücke, Uhren, Schmucksachen spottbillig. Pfandleihhaus Krebber, Küstrinerplatz 7. 15779*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Bücher des deutschen Hauses. Eine Sammlung guter Erzählungen, Geschichten, Novellen usw. Gut ausgestattet, zirka 300 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden. 75 Pfennige pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Gardinenhaus. Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 16138*

Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vorwärtslesern 6 Prozent Extrarabatt. 16115*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Kinderwagen, neu, dringend 17,00. Exerzierstraße 25, III links.

Bauernkrieg. Der deutsche, von Friedrich Engels. Broschiert 1,50 Mark, gebunden 2,— Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Turmstraße 67. Billigste Einkaufsquelle für jedermann, Riesenauswahl, Winterpaletots, Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Herrenhosen, Burschensachen, Brautgeschenke, Goldsachen, Wanduhren, Taschenuhren, Plüschtischdecken, Steppdecken, reizende Gardinen, Teppiche, Wäsche, Betten, Bilder, Spiegel, Gaskronen. Deutsches Leihhaus, Turmstraße 67. 16[illegible]*

Schneiderbüsten, Wachsköpfe, Schneiderplatten, Rollständer spottbillig Weinbergsweg 7. 6415*

Tambouriermaschinen, Original Hokemeyer zur Mützen- und Hutfabrikation billigst, bei Abzahlung günstigste Bedingungen. Alleiniger Fabrikant Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße.

Gloßen zu Yves Guyots und Sigismund Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums", von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Brillant-Ringe, Broschen, Uhren, Goldsachen, Kessel spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 8396*

Operngläser, Reisegläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. *

Büsten 1,20, Arbeitsplatten, Rollständer. Weinbergsweg 7. 8446*

E. F., Lindowerstraße. Die Verkaufsstelle der Firma Hermann Schlesinger, Herren- und Knaben-Konfektion für den Weddingstadtteil, befindet sich Reinickendorferstraße 48. Beste Waren. Feste Preise. 15568*

Sensationell! Bis Ende Februar muß das enorme Lager hochmoderner Winterpaletots, Herrenanzüge, Hosen geräumt werden und verkaufen zu spottbilligen Preisen Winterpaletots und Anzüge, früher 30—60 Mark, jetzt 15—30 Mark, Hosen, früher 10 bis 20 Mark, jetzt 5—12 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Reichgestickte Tischdecken in Filztuch 1,85, Viktoriatuch 2,35, echt Plüsch 5,85. Inventur-Räumungspreise. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 16688*

Wareneinkaufsbesorgungen!!! Staunendbilligst! Hermannplatz 6. Riesenauswahl Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Winterpaletots! Herrenhosen! Burschensachen! Brautgeschenke! Uhrenauswahl! Kettenauswahl! Ringeauswahl! Plüschtischdecken! Steppdecken! Extrabilliger Wäscheverkauf! Bettenverkauf! Gardinenverkauf! „Großberlins Einkaufsportal"! Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Sonntags ebenfalls geöffnet. *

Geschäftsverkäufe.

Badeanstalt nebst Bootsverleihung zu verkaufen Schumann, Torellstraße 5. †46

Gorniklewicz Co., Oranienstraße 149, Telephon: 4, 11611, verkaufen Geschäfte aller Branchen schnell, diskret, Besuch kostenlos. 15788*

Milchgeschäft verkäuflich Naunynstraße 80. 8475

Altes Geschäft, 4000 Mark, an der Halle 35½ sofort verkäuflich. Ackerstraße 28. †61

Möbel.

Möbeltischlerei liefert reelle Wohnungseinrichtungen, Schlafzimmer, bunte Küchen. Ratenzahlung. Kein Laden, nur Fabrikgebäude. Auch Sonntags. Harnack, Tischlermeister, Stallschreiberstraße 57, am Moritzplatz. Genossen 3 Prozent.

Von den ganzen Möbelgeschäften und Speichereien verkauft wohl keiner annähernd so billig und gut, wie Hasemanns Gelegenheitskäufe, Lothringerstraße 26. Schönhauser Tor. Trotz der Billigkeit gebe reellen Leuten auch Zahlungserleichterung! Komplette Wohnungseinrichtung mit moderner Küche 250 Mark! Größere 325, 430, 500 bis 1500. Komplettes eichenes Speisezimmer mit sechs Lederstühlen 520, größere 650, 775 bis 1500. Billige moderne Herrenzimmer, Salons, Schlafzimmer, farbige Küchen, Ledersofas, Klubsessel, Umbaue, Büfetts, Schreibtische, Säulenkrumeaus, Ankleideschränke, Plüschsofas, Ausziehtische, Garnituren, Chaiselongues, Lederstühle, Teppiche, Steppdecken, Bettstellen! Besichtigung in sechs Etagen, überall Musterzimmer! Transport und Aufbewahrung frei! Lothringerstraße 26. Schönhauser Tor. 35/17*

Möbel, Kleiderschrank, Herrenschreibtisch, Trumeau, Ausziehtisch 3 Monate gebraucht, billig, Alte Jakobstraße 134, vorn III rechts.

Wichtig! Wegen Inventur-Aufnahme verkaufe ganze Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbelstücke teilweise 60 Prozent unterm Wert. Darunter eichene Speisezimmer, eichene Herrenzimmer, diverse Schlafzimmer, Vertikos, Kleiderschränke 24,—, Muschelbettstellen mit Matratze 25,—, Ausziehtisch 18,—, Herrenschreibtisch, Trumeaus, Bücherschränke, Sofaumbauten, Chaiselongues, Waschtoiletten 20,—, Taschensofas 45,—, Rohrstühle 1,50, Küchen staunend billig. Stargardts Möbelspeicher, Dresdenerstr. 107-108. Sonntags geöffnet. Lagerung, Transport frei. 198/11

Gebrauchte Möbel aus Versteigerungen, Auflösungen in größter Auswahl, Muschelschränke, Vertikos 26,—, Taschensofas 35,—, Herrenschreibtische 33,—, Muschelbetten mit Federmatratzen 28,—, Büfette, Garnituren 65,—, Ausziehtische 10,—, Küchenschränke 12,—, Bücherschränke, Sofas 20,—, Teppiche, Bilder, Kronen, hundert komplette Wirtschaften, neue und gebrauchte, garantiert bedeutend billiger wie überall, bunte Küchen 55,—, Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler Tor. Größtes Spezialgeschäft für Gelegenheitskäufe. 16788*

Möbel! alt, neu, einfachste, eleganteste, verkauft spottbillig Möbelspeicher Neue Königstraße 5, Fabrikgebäude; auch Sonntag geöffnet. Teilzahlung gestattet. 268/10*

Kleiderspind 15,00, Schlafsofa, Küchenspind, Bettstelle, Matratze 15,00, Palisadenstraße 99, Eschert. 36/18*

Moebel—Boebel, Oranienstraße 58, (Moritzplatz). Wohnungseinrichtungen zu Fabrikpreisen. 15802*

Kinderdrahtbett, neu, Grüner Weg 50/51, Hof I rechts. †46

Fahrräder.

Herrenfahrrad, nagelneu, Garantieschein, notgedrungen jeden Preis, Exerzierstraße 25, III links.

Musik.

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts". [*

Klavierkursus. Monatspreis 3,00, Klavierüben frei! 20 Klaviere, Musikakademie Moritzplatz, Aschingerhaus, Oranienstraße 147. 36/19

Verschiedenes.

Eisholz, Komiker, Gesellschaft, Gropiusstraße 6. 8115*

Kunstopferei von Frau Kokosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Operateur für Zahn- und Mundkrankheiten. Künstliche Zähne (Methode Richardson). Große Frankfurterstraße 122. †25

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Teilnehmer an einem englischen Zirkel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 10039*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 2555*

„Leihhaus Merkur", Große Frankfurterstraße 116, kauft, beleiht Herrengarderobe, Goldwaren, Silbersachen, Uhren, Wäsche, Pelzwaren, Stoffe, Zigarren, Fahrräder sowie jeden Wertgegenstand. 16798*

Komiker billig, wohnt Köpenickerstraße 147. Schwartz. 8375

Waschanstalt Frau Sienholz, Köpenick, Gartenstraße 18, 4 Handtücher, 4 Taschentücher 0,10. Abholung Donnerstags. 8426

Handwäscherei, Naturbleiche, Frau Seiler, Köpenick, Charlottenstraße 23, 4 Handtücher, Taschentücher 0,10. Abholung Mittwoch, Donnerstag.

Techniker- und Werkmeister-Abendkurse, Maschinenbau, Elektrotechnik. Prospekte frei. Technische Akademie, Berlin 45, Markgrafenstraße 100. 16165*

Vermietungen.

Wohnungen.

Kaiser-Friedrichstraße 176, Rixdorf, 2 Zimmer, Loggia, Bad 37,50, 2 Zimmer, Zubehör 27,00, 1 Zimmer 21,50, schöne Aussicht, Gas. †103*

Prächtige Ein- und Zweizimmerwohnungen sofort Soldinerstr. 32/34.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer zu vermieten. Wilschinska, Petersburgerstraße 5.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle an Herrn. Admiralstraße 16, Witwe Hartig. *

Schlafstelle, Eingang separat. Ritterstraße 124, Hof III links. 36/15

Schlafstelle 10 Mark Moritzstraße 4, parterre rechts. 8455

Schlafstelle zu vermieten bei Colditz, Ruheplatzstraße 12, vorn II.

Mietsgesuche.

Möbliertes Zimmer, in jeder Hinsicht durchaus ungeniert, für bald gesucht, Lage W oder SW. In der Nähe einer Stadtringbahn- oder Hochbahnhaltestelle erwünscht. Parterre oder I. Stock. Ungefähre Preislage 25 Mark ohne Frühstück. Offerten sind zu richten sub chiffre „Thalia" an das Postamt SW. 46. 8465*

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Packer verlangt Goldleistenfabrik Köpenickerstraße 21. †11

Blumen. Geübte Klebrinnen im Hause sofort verlangt Max Katz, Prinzenstraße 27. 198/10

Mamsells auf bessere Jackets verlangt Liebsch, Tritstraße 46. †82

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Schlosser
auf Schnitte und Stanzen aus der Lehre suchen
Wagner & Gau, Altstätten
(Kant. St. Gallen, Schweiz).
Briefe n. Schweiz mit 20 Pf. frankieren. 253/1*

Wegen Streiks und Differenzen sind gesperrt:
für **Klavierarbeiter, Tischler, Maschinenarbeiter** und **Polierer** die Firma **Kolski** in Rixdorf, Weserstr. 107.
Für **Tischler** und **Maschinenarbeiter: Boswan & Knauer**, Gesellschaft für Bauausführung, Schlesischestr. 29/30. **Gründberg**, Luxemburgerstr. 32, wegen Nichtbezahlung des Grundtarifes.
Deutscher Holzarbeiterverband
Ortsverwaltung Berlin.

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Heute, **Dienstag, den 2. Februar,** abends 8½ Uhr, finden an nachfolgenden Stellen:

Urania-Saal, Wrangelstr. 11,
Kellers Festsäle, Koppenstr. 29,
Obiglo's Saal, Schwedter Str. 23/24,
Ballschmieders Salon, Badstr. 16,
Prachtsäle Moabit, Wiclefstr. 24,
Zühlke's Festsäle, Dennewitzstr. 13,
Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53,
Adlershof, Wöllstein, Bismarckstraße,
Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3,
Groß-Lichterfelde, Kaiserhof, Am Kranoldplatz,
Nowawes, Singer, Priesterstr. 31,

die Versammlungen statt, welche sich mit der

Novelle zur Gewerbeordnung

beschäftigen.

Referenten sind die Genossen Böttcher, Bartsch, Bauer, Brückner, Dentzer, Haß, Schumann, Siering, Ritter, Zietsch sowie die Genossin Zietz.

Alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind zum Erscheinen eingeladen.

Aktions-Ausschuß.
Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Die Genossin Zetkin wird in Berlin einen **Zyklus von fünf Vorträgen über die Frauenfrage** abhalten.

Die Vorträge finden statt am

Montag, den 8. Februar,
Montag, den 15. Februar,
Montag, den 22. Februar,
Freitag, den 26. Februar,
Montag, den 1. März,

im **Kellers Festsälen** (Inhaber Freyer), **Koppenstr. 29.** Die Themata lauten:

1. **Arbeit und Stellung der Frau im Altertum.**
2. **Arbeit und Stellung der Frau im Mittelalter.**
3. **Arbeit und Stellung der Frau in der kapitalistischen Gesellschaft.**
4. **Charakter und Konsequenzen der proletarischen Frauenarbeit.**
5. **Aufgaben der proletarischen Frauenbewegung und Ausblick.**

Der Eintrittspreis für den Gesamtzyklus beträgt 50 Pf. Die Karten sind prozentual an die Kreise verteilt und bei den Bezirksführern zu haben.

Der Zentralvorstand.

Rixdorf. Heute abend 8½ Uhr findet im Lokal von Hoppe, Hermannstr. 49, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. (Siehe Inserat.)

Wilmersdorf-Halensee. Heute Dienstag, abends 8½ Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Luisenpark, Wilhelmsaue 112, statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem ein Vortrag des Genossen Fendel über: „Die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage.“ Da außerdem noch eine Anzahl wichtiger Angelegenheiten zur Beratung stehen, so die Neuwahl eines Spediteurs, Wahl des Delegierten zur Kreisgeneralversammlung, Arbeitslosenzählung usw., ist die Anwesenheit aller Mitglieder dringend erforderlich. Der Vorstand.

Potsdam. Am Mittwoch, den 3. Februar, abends 8 Uhr, im Restaurant Glaser, Kaiser-Wilhelm-Straße: Generalversammlung. Tagesordnung: Vereinssachen; Kassenbericht; Stellungnahme zur Kreis-Generalversammlung in Staaken und Wahl der Delegierten; Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Wie der Berliner Freisinn Gesetze interpretiert.

Die Protokolle über die Ausschußverhandlungen über die Wahl des Dr. Mugdan zum Stadtverordneten liegen jetzt vor. Sie bilden klassische Dokumente für die Art der Rechtsauslegung des Freisinns. Die Wahl Mugdans ist ungültig, weil auf seinen Gegenkandidaten Prof. Richert bei der Hauptwahl die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen entfallen ist und ferner deshalb, weil nicht dem Gesetz entsprechend der Wahlvorstand, sondern der Magistrat ausgerechnet hat, ob eine Stichwahl erforderlich ist und die Stichwahl angeordnet hat. Wir haben seinerzeit ausführlicher den ersten Grund beleuchtet. Für heute möchten wir die gesetzlichen Vorschriften ins Gedächtnis rufen, die dartun, daß der Magistrat zu Unrecht eine Anordnung darüber getroffen hat, ob Stichwahl vorzunehmen sei.

§ 26 Abs. 3 und 4 der Städteordnung schreiben vor:

Der Wahlvorstand stellt die Namen derjenigen Personen, welche nächst dem Gewählten die meisten Stimmen erhalten haben, so weit zusammen, daß die doppelte Zahl der noch zu wählenden Mitglieder erreicht wird. Diese Zusammenstellung gilt alsdann als die Liste der Wählbaren.

Zu der zweiten Wahl werden die Wähler durch eine, das Ergebnis der ersten Wahl angebende Bekanntmachung des Wahlvorstandes sofort oder spätestens innerhalb acht Tagen aufgefordert. Bei der zweiten Wahl ist die absolute Stimmenmehrheit nicht erforderlich.

Wiederholt hat das Oberverwaltungsgericht entschieden, daß danach nur der Wahlvorstand, nicht etwa der Magistrat das Gesamtergebnis festzustellen und die Einladung zur Stichwahl bekannt zu machen hat sowie daß eine Wahl, bei der der Magistrat an Stelle des Wahlvorstandes tritt, ungültig ist.

Wie kommt der Magistrat just bei der Mugdanschen Wahl zu einer abweichenden Auffassung? Er erklärt: § 6 der Novelle vom 30. Juni 1900 berechtige ihn dazu. § 6 lautet in seinen beiden Absätzen wörtlich:

I. Im Bereiche der Städteordnung für die östlichen Provinzen der Monarchie vom 30. Mai 1853 (Gesetzsammlung S. 261), der Städteordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 (Gesetzsammlung S. 237), der Städteordnung für die Rheinprovinz vom 15. Mai 1856 (Gesetzsammlung S. 406), der Städteordnung für die Provinz Hessen-Nassau vom 4. August 1897 (Gesetzsammlung S. 254) und des Gemeindeverfassungsgesetzes für die Stadt Frankfurt am Main vom 25. März 1867 (Gesetzsammlung S. 401) ist der Magistrat (Bürgermeister befugt, an Stelle oder innerhalb der Wahlbezirke, in denen je eine bestimmte Anzahl Stadtverordneter zu wählen ist, Bezirke zum Zwecke der Stimmenabgabe (Abstimmungsbezirke) zu bilden oder die Wähler in anderer Weise in Gruppen zu teilen und für **jeden Abstimmungsbezirk beziehungsweise jede Gruppe einen** eigenen Wahlvorstand zu bestellen. Soweit er von dieser Befugnis Gebrauch macht, hat er zugleich die für die Feststellung des Gesamtergebnisses der Wahl sowie für das Verfahren bei notwendig werdenden engeren Wahlen erforderlichen Anordnungen zu treffen.

II. Im Bereiche der unter I genannten Städteordnungen besteht der Wahlvorstand in den einzelnen Wahl-, Abstimmungsbezirken oder Gruppen aus dem Bürgermeister und aus zwei von der Stadtverordnetenversammlung gewählten Beisitzern; für den Vorsitzenden werden von dem Bürgermeister und für die Beisitzer von der Stadtverordnetenversammlung je ein oder mehrere Vertreter aus der Zahl der stimmfähigen Bürger bestellt.

Man ersieht, kein Wort davon, daß die Befugnisse und Pflichten des Wahlvorstandes, wie sie in § 26 der Städteordnung festgelegt sind, ist geändert. Wenn ausdrücklich betont ist, der Magistrat habe die für die Feststellung des Wahlergebnisses usw. erforderlichen Anordnungen zu treffen, so sind damit offensichtlich lediglich die Reglementierungen gemeint, wie die Wahlvorstände der verschiedenen Abstimmungsbezirke zusammenzutreten haben, wann sie beschlußfähig sind u. dergl. — genau wie vor 1900. Platterdings unverständlich bleibt es, wie der Magistrat auf seine dem Wortlaute des § 26 der Städteordnung ins Gesicht schlagende Deutung hat kommen und wie diese von der Mehrheit des Ausschusses hat gebilligt werden können. Die Unhaltbarkeit der Magistratsauffassung erhellt insbesondere auch aus der Entstehungsgeschichte des Gesetzes vom 30. Juni 1900.

Der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf enthielt lediglich die fünf ersten Paragraphen der Novelle vom 30. Juni 1900, die eine andere Art der Einteilung der Wählerklassen zulassen. In der ersten Lesung des Gesetzes vom 23. Februar 1900 hob der Abgeordnete und Berliner Stadtverordnete Kreitling hervor, daß das Oberverwaltungsgericht die Einteilung in Abstimmungsbezirke, wie sie bisher unter anderen auch in Berlin üblich und für alle größeren Wahlbezirke nötig sei, für mit dem Gesetz unvereinbar erklärt habe. Hier sei eine Remedur durch Gesetz erforderlich. Denselben Standpunkt vertrat der Minister. In der Kommission wurden von freisinniger Seite (Abg. Ehlers) die jetzt Gesetz gewordenen Absätze I und II des § 6 (damals 5a) beantragt. Es gelangte jedoch nur der Absatz II zur Annahme. Bei der Begründung wurde, wie der Kommissionsbericht sagt, „hervorgehoben, daß man nicht beabsichtigt habe, an den gesetzlichen Bestimmungen zu ändern, es sich vielmehr nur darum handle, gemäß dem bereits wiederholt zitierten Oberverwaltungsgerichts-Erkenntnis das Wahlverfahren sicher zu stellen“. In der zweiten Lesung nahm der freikonservative Abgeordnete v. Zedlitz-Neukirch den gesamten in der Kommission von freisinniger Seite gestellten Antrag wieder auf. Der Minister empfahl seine Annahme, damit nicht erst das Herrenhaus diese Bestimmung einzufügen habe, die lediglich die durch das Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts in Frage gestellte Möglichkeit sichern sollte, Abstimmungsbezirke zu bilden. Auch der freisinnige Abgeordnete Ehlers trat aus denselben Gründen für den Antrag ein, der nunmehr § 6 der Novelle vom 30. Juni 1900 geworden ist. Nicht mit einem Worte hat irgend ein Redner erklärt oder erklären können, der § 26 der Städteordnung habe durch diese Bestimmung geändert werden sollen. Auch kein Kommentator, einschließlich des Stadtrats Ledermann, der in seinem Kommentar zu § 26 zu dem Wort „Wahlvorstandes“ im Jahre 1902 noch zutreffend schreibt (S. 101): „Der Magistrat ist in diesem Falle zur Einberufung nicht zuständig.“

Auch der Berliner Magistrat selbst hat weder vor noch nach der Mugdanschen Wahleinleitung die hirnrissige Ansicht verlautbart, daß er an Stelle des Wahlvorstandes treten könne: bei allen Wahlen, auch bei der jetzt für das Stadtverordnetenmandat des Herrn Fähndrich angeordneten Wahl hat der Magistrat den Wahlvorstand seines Amtes walten lassen, nicht sich an Stelle des Wahlvorstandes gesetzt. Abzuwarten bleibt, wie gegenüber dem klaren Rechtsbruch, der bei der Mugdanschen Wahl nach mehrfachen Richtungen verübt ist, die freisinnige Presse sich stellt.

Auf dem Eise.

Das herrliche Winterwetter hatte am Sonntag viele Tausende von Berlinern auf die Beine gebracht. Eine wahre Völkerwanderung ergoß sich nach den Eisgefilden in der Umgebung. Der Müggelsee bildete den Hauptanziehungspunkt und wer in den beängstigend angefüllten Coupés eingequetscht war, konnte sich in die schöne Jahreszeit versetzt fühlen. Selbst die zweite Wagenklasse war vollgepfropft und in Friedrichshagen knirschten und ächzten die Elektrischen unter der im höchsten Maße polizeiwidrigen Last. Standen doch auf der vorderen Plattform allein 16 Menschen, die alle noch das Glück priesen, überhaupt mitgondeln zu dürfen. Ueberall bot sich den Blicken eine prächtige Winterlandschaft dar. Die kahlen Bäume hatten sich mit weißen Spitzen bedeckt, die Pfeiler und Pfosten trugen frischgestärkte Bäckermützen und die kleinen Häuschen schienen in märchenhafte Knusperhäuschen verwandelt. Manchmal aber blies der Wind mit vollen Backen über Bäume und Dächer, dann wirbelte ein feiner Zuckerregen durch die sonnigklare Winterluft.

Auf der weiten Eisfläche des Müggelsees tummelten sich unzählige Schlittschuhläufer in wirren Schlangenlinien durcheinander. Mit kecken, glänzenden Augen und rotglühenden Gesichtern vergnügte sich die Jugend, während am Ufer viele Zuschauer das muntere Treiben beobachteten. Ein Teil hatte sich in die Lokale zurückgezogen, um beim heißen Kaffee oder Grog den durchfrorenen Körper aufzutauen. Andere ließen sich durch Segelschlitten in voller Fahrt über den See jagen, und hie und da tauchten auch einzelne Skiläufer auf, die auf ihren langen Hölzern weitausgreifend vorüberflitzten. Drüben grüßten ernst und schweigend, mit einer Schneekrone geschmückt, die Müggelberge. Scharf zeichneten sich ihre welligen Konturen von dem klaren stahlblauen Winterhimmel ab. Beißend strich der Wind über die Fläche und malte rote Backen auf die städtischen Bleichgesichter. „Papa, hast Du schon gesehen, wie ich holländern kann?“ brüstet sich ein kleiner Stöpsel mit wichtiger Miene. Und mutig schlenkert er die schlittschuhbewehrten Füße umher. Patsch, schon liegt der kleine Held auf dem Eise, die Beinchen kerzengerade gen Himmel gerichtet. Nachher schlich er tränenden Auges hinter einen Zaun und rieb sich verstohlen den rundlichen Körperteil und Papa lachte, lachte ganz madig. Mond und Sterne leuchteten schon am Himmel, als die letzten Eismänner singend den Heimweg antraten.

Aus der Verkehrsstatistik. Im Dezember v. J. wurden durch Straßenbahnen in Berlin rund 41½ Million Personen befördert, d. h. genau dieselbe Zahl wie im Dezember 1907, obgleich inzwischen mehrere neue Linien und die städtischen Straßenbahnen eröffnet worden sind. — Die Große Berliner Straßenbahn beförderte 33¾ Millionen Fahrgäste oder 200 000 mehr als im Dezember 1907. Die Hoch- und Untergrundbahn beförderte dagegen 5 074 277 Fahrgäste, gegen 4 150 270 im Dezember 1907, d. h. beinahe 1 Million mehr. Die Omnibuslinien mit Pferdebetrieb beförderten 8 843 867 gegen 10 142 955 Personen, davon 7 191 052 mit 5 Pf.-Fahrscheinen und 1 652 815 zu 10 Pf. Ferner wurden durch die Kraftomnibuslinien 2 343 055 gegen 1 415 254 Personen befördert. Diese Linien haben im letzten Jahre eine Ausdehnung erfahren. Der Monat Januar d. J. zeigt übrigens dasselbe Bild; eine Abnahme bei der Großen Berliner Straßenbahn und eine Zunahme bei der Untergrundbahn, der städtischen Straßenbahn und den Kraftomnibussen.

Arbeitslose und Schneeabfuhr in Berlin. Für die Schneebeseitigung in den Straßen Berlins wurden gestern von der städtischen Straßenreinigung 1700 Arbeitslose eingestellt, so daß mit dem ständigen Personal rund 3900 Arbeiter mit der Säuberung der Straßen beschäftigt sind. Die Säuberung der ganzen Stadt dürfte noch etwa drei Tage in Anspruch nehmen. Zur Schneeabfuhr wurden gestern 1200 Wagen in Betrieb genommen, von denen jeder etwa 28 Kubikmeter Schnee täglich wegschaffen kann.

An Tropfsteinhöhlen erinnern die Zustände, die sich an der Gartenstraße, da wo Ackerstraße, Liesen- und Scheringstraße zusammenstoßen und sich eine Eisenbahnüberführung der Stettiner Bahn befindet, herausgebildet haben. Der Brückenkoloß scheint nicht darauf angelegt zu sein, das Wasser, rühre es nun von Regen, von feuchten Niederschlägen, von dem Dampf der Lokomotiven oder sonst wo her, irgendwie abzuführen. Und so kommt es, daß dieses Wasser fortgesetzt auf die Straße herunterträufelt auf das den Weg passierende Publikum; auch die ständigen Wasserpfützen auf den Bürgersteigen gehören nicht zu den Annehmlichkeiten. Im Publikum ist man der Meinung, daß solche Zustände in Berlin W. nicht so lange bestehen könnten, wie hier in Berlin N. Die zuständigen Behörden täten gut, sich die Sache einmal anzusehen und dann für schleunigste Abhilfe zu sorgen.

Die Flugversuche mit dem Voisinschen Aeroplan, die von Armand Zipfel auf dem Tempelhofer Felde am gestrigen Montag wieder aufgenommen werden sollten, werden noch eine kleine Verzögerung erfahren. Die durch die Beschädigung des Apparates notwendig gewordenen Reparaturen am Motor haben sich als komplizierter erwiesen, als ursprünglich angenommen wurde. Es war auch vorgesehen, daß Herr Zipfel am Sonntag einige Probeflüge machen sollte, bevor die öffentliche Fortsetzung der Flugversuche wieder beginnt. Dies war aber wegen der Schneemassen auf dem Tempelhofer Felde und wegen des anhaltenden schweren Windes nicht möglich. Voraussichtlich werden die Flugversuche aber schon heute, Dienstag, wieder öffentlich vorgeführt werden können. — Bis jetzt hat Herr Zipfel mit seiner Fliegerei noch keine Lorbeeren ernten können.

Heiratsschwindler. Als Oberst a. D. trat ein Heiratsschwindler auf, der vorgestern, gerade an seinem 64. Geburtstage, festgenommen wurde. Der frühere Unteroffizierschüler Hermann Wildelan mußte einer Verletzung wegen den Dienst aufgeben und bezog eine kleine Invalidenpension. Bald geriet er auf den Weg des Schwindels. Weil der Verein zur Besserung entlassener Strafgefangener sich seiner annahm, so erhielt er immer wieder Stellung, meist als Korrektor in Druckereien, zuletzt bei einer Zeitung. Hier trat er wieder aus, sobald er eine junge Dame mit einigen Ersparnissen kennen gelernt hatte. Dieser stellte er sich als Oberst a. D. Wildelan vor, verschwieg ihr, daß er verheiratet und Familienvater ist, und versprach ihr die Ehe. Die Dame, die in einem Theater angestellt war, verlobte sich mit dem immer noch stattlichen Mann, der in Dresden eine Villa kaufen und nach der Trauung eine Reise nach dem Süden antreten wollte. Eines Tages ging der Herr Oberst mit seiner Braut nach der Reichsbank, bei der er angeblich ein Guthaben von 87 000 M. hatte, um einiges Geld abzuheben. Er sprach auch mit einem Beamten, den er nach irgendetwas fragte, und sagte dann seiner Braut, er könne augenblicklich leider nichts bekommen, weil die Coupons nicht da seien. Auch ein Versuch auf einer anderen Bank, auf der für den Herrn Oberst 34 000 M., eine Erbschaft von seinem Bruder, liegen sollten, schlug fehl. Hier war der Erbschein noch nicht eingegangen. Hilfsbereit sprang die Braut mit ihren Ersparnissen ein. Nun reiste man zu ihren Eltern, die noch über 700 M. zulegten, weil ihnen das unerwartete Glück ihrer Tochter sehr am Herzen lag. Mit dem Gelde der Schwiegereltern fuhr Wildelan nach Dresden und unterhandelte um den Ankauf der noch im Bau begriffenen Villa „Zum weißen Hirsch“. Natürlich wurde nichts aus dem Geschäft und Wildelan kehrte nach Berlin zurück. Hier meldete er sich mit seiner Braut in einem Pensionat als Oberst Wildelan und Frau an und verübte Zechprellereien. Als diese angezeigt wurden, stellte die Kriminalpolizei fest, daß Frau Wildelan mit ihren Kindern in einem Vorort wohnt. Sie verhaftete daher vorgestern den Pensionatsbewohner unter dem Verdacht der Bigamie. Als jetzt der Braut die Augen geöffnet wurden, löste sie sofort ihre Beziehungen zu dem vermeintlichen Oberst a. D. und stellte Strafantrag wegen Betruges. Daraufhin wurde der alte Schwindler alsbald dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Ueber die Langsamkeit der Erledigung der Einsprüche gegen unberechtigte Veranlagung oder Erhebung von Kirchensteuern durch die betreffenden Kirchengemeinden wird gleichfalls fortgesetzt Klage geführt. Eine von den vielen uns zugegangenen Klagen wollen wir hier veröffentlichen, sie lautet:

„Am 6. Oktober v. J. wurde mir meine Veranlagung zur Kirchensteuer mit 4,20 M. (20 Proz. der Staatseinkommensteuer) für das Rechnungsjahr 1908 (1. April 1908 bis 31. März 1909) zugestellt. Am 9. Oktober erhob ich dagegen Einspruch und beantragte Ermäßigung auf 3,90 M., weil infolge Einspruchs die Staatseinkommensteuer auf 26 M. pro Jahr ermäßigt sei und ich im Jahre 1907 aus der Landeskirche ausgetreten und demzufolge nur noch für das Kalenderjahr 1908 (also nur drei Viertel des Steuerrechnungsjahres) steuerpflichtig sei. Ich fügte den Entscheid der Einkommensteuer-Veranlagungskommission und die Kirchenaustritts-Bescheinigung des Amtsgerichts im Original bei und ersuchte um Rücksendung dieser Schriftstücke. Nun wartete ich geduldig Monat um Monat auf Antwort. Die unrechtmäßigerweise zu hoch berechnete Steuer mußte ich natürlich inzwischen zahlen, wenn ich mich nicht der Zwangsvollstreckung aussetzen wollte. Nach Ablauf eines Vierteljahrs erinnerte ich noch einmal an Erledigung des Einspruches und gab noch einmal die zur Begründung dienenden Tatsachen an. Nun sind wieder vier Wochen vergangen und ich habe bisher weder einen Entscheid, noch die eingesandten Schriftstücke, geschweige das mir zuviel abgenommene Geld erhalten. Auf Grund der beigefügten untrüglichen Beweismittel hätte ein Entscheid auf der Stelle getroffen werden können, statt dessen vergehen vier Monate und ein solcher ist noch nicht in meinen Händen! — Es muß übrigens bei den vielen Tausenden zu hohen Veranlagungen, die alljährlich erfolgen, ein ganz hübscher Zinsgewinn für die Kirche aus den dieser gestalt den Steuerzahlern ungerechterweise abgenommenen und ungebührlich lange vorenthaltenen Geldern herausspringen!“

Erfroren; im Obdach verstorben. Auf dem Laubengelände zwischen der Grünthaler Straße und Pankow wurde vorgestern nachmittag die Leiche eines älteren Mannes auf einer Bank liegend aufgefunden. Die benachrichtigte Polizei beorderte einen Arzt, nach dessen Befunde der Tod durch Erfrieren, und zwar schon vor einigen Tagen, eingetreten ist. Es handelt sich, wie die Polizei bald feststellte, um den wohnungslosen Arbeiter Friedrich Münchow. Die Leiche wurde nach dem Schauhause geschafft. — Im städtischen Obdach ist vorgestern ein unbekannter etwa 50 Jahre alter Mann vom Tode überrascht worden. Der Fremde ist vermutlich einem Herzschlage erlegen. Papiere, die er bei sich führte, lauteten auf den Namen Albert Winkler, geboren am 12. November 1857 zu Sommerfeld.

Eine neue Urnenhalle in Berlin. Die Grundsteinlegung zu einer neuen Urnenhalle wird demnächst auf dem Gelände des **alten städtischen Friedhofes in der Gerichtstraße erfolgen. Nach-**

dem der Vertrag mit der Stadt Berlin abgeschlossen und die Bauzeichnungen der Polizeibehörde eingereicht worden sind, ist bereits mit dem Vorarbeiten zum Bau begonnen worden.

Eine eigenartige Störung des Straßenbahnverkehrs nach Tempelhof wurde am Sonntag herbeigeführt. Durch den am Vormittag einsetzenden Wind wurden die auf dem Felde lagernden Schneemassen nach der Tempelhofer Chaussee hinübergeweht und legten sich derartig auf die Straßenbahnschienen, daß gegen 11 Uhr vormittags der Betrieb in der Richtung nach Tempelhof eingestellt werden mußte. Obwohl die Verwaltung sofort durch Arbeiter die Gleise freizumachen versuchte, konnte doch nur auf einem Schienenstrang der Betrieb aufrecht erhalten werden, der von den Zügen für beide Richtungen benutzt werden mußte. Erst um 1 Uhr nachts wurde es möglich, auch das zweite Gleis wieder dem Verkehr zu übergeben.

In ernster Lebensgefahr schwebten gestern bei einem Wohnungsbrande die drei kleinen Kinder des Briefträgers G. Kuttig in der Müllerstraße 24. Während der Mann im Dienst war, entfernte sich am nachmittag auch seine Frau aus der Wohnung, die im dritten Stock des Vorderhauses liegt und ließ die drei kleinen Kinder im Alter von ein, zwei und drei Jahren allein zurück. Gegen ½5 Uhr nachmittags machte sich auf den Treppen des Vorderhauses ein intensiver Brandgeruch bemerkbar. Als man der Ursache nachforschte, entdeckte man, daß aus der Kuttigschen Wohnungstür dichter Rauch hervorquoll. Da auf wiederholtes Klingeln nicht geöffnet wurde, schlugen die herbeigeeilten Hausbewohner die Korridortür ein, während andere Leute die Feuerwehr benachrichtigten. Noch ehe diese eintraf, waren beherzte Mieter schon in die verqualmten Räume vorgedrungen und hatten die drei gefährdeten Kinder, zwei Knaben und ein Mädchen, aus dem Schlafzimmer herausgeholt. Die Kleinen gaben nur noch schwache Lebenszeichen von sich, sodaß man kaum Hoffnung hatte, sie am Leben zu erhalten. Fast eine Stunde behandelten Samariter der Feuerwehr die Kinder, ehe diese wieder zu sich kamen. Das Feuer war dadurch entstanden, daß der Ofen überheizt worden war. Durch die schließlich glühend gewordene Ofentür wurden in der Nähe hängende Kleidungsstücke in Brand gesetzt. Wäre die Gefahr nur kurze Zeit später erst entdeckt worden, so hätten die drei Kinder sicher den Erstickungstod gefunden.

Ostpreußischer Humor. In der Literatur spielen die Ostpreußen schon längst eine rühmliche Rolle. Vom humoristischen Einschlage in ihres Wesens eigentümlicher Mischung hat nun auch die weitere Welt Kunde bekommen. Ja, man darf schon sagen, daß sich der ostpreußische Humor überall, wenigstens doch in Norddeutschland, das Vortragsrecht erobert hat. Er stellt gewissermaßen „Neuland" vor, insofern nämlich, als er noch gesunde „Flabben" hat, also noch nicht von des Gedankens Blässe angekränkelt ist. Seine Wirkung aufs Zwerchfell ist totsicher. In dieser Meinung hat sich denn auch der Verein der Freien Volksbühne nicht getäuscht, wie der mächtige Zustrom von Hörern bewies, der am letzten Sonntag abend den oberen Saal in den Arminhallen zum Erdrücken füllte. Und da legte Herr Adolf Petrenz, der Vortragende, los, daß es eine Lust war. Das klang nicht mehr bloß wie ein „fürjniechtes" Lachen; nein: ein unaufhörlich dröhnendes Gelächter wars, bei dem wohl auch die Tränen „kullerten". Zwischenein sang Fräulein Lissi Kurz ältere wie neuere ostpreußische Volkslieder, auch solche im plattdeutschen Dialekt. Die bewährte Sängerin vollführte ihre Aufgabe mit ebenso viel Kunstvollendung als lieblicher Schelmerei. Herr Kapellmeister Clemens Schmalstich akkompagnierte schmiegsam-diskret auf dem Klavier. Es war gewiß einer der heitersten Abende, den man den zuweilen im bösen, oft freilich auch im guten Sinne verschrienen „Ostpreißen" mit „Fläck", „Schpeck" und „Aerbse" verdankte.

Im Hörsaal der Urania in der Taubenstraße wird Herr Prof. Dr. Götze am Dienstagabend 8 Uhr einen Vortrag mit Lichtbildern: „Der Nibelungenschatz durch germanische Funde des frühen Mittelalters erläutert" halten.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Freie Volksbühne Charlottenburg. Die nächste Vorstellung des Vereins findet für die 1. Abteilung Donnerstag, 4. Februar, für die 2. Abteilung Freitag, 5. Februar, 8 Uhr abends, im Schiller-Theater Charlottenburg statt. Gespielt wird „Ein Volksfeind" von Henrik Ibsen, ein Stück, das nicht nur in künstlerischem Sinne, sondern auch in sozialer und politischer Beziehung von hoher Bedeutung ist. Die Mitgliedsmarken müssen in jeder Abteilung am Tage vor der betreffenden Vorstellung geklebt sein.

Wilmersdorf.

Die Leichensammelstelle in Wilmersdorf genehmigt. Der Protest der Gemeinden Wilmersdorf und Schmargendorf gegen den Bau einer Leichensammelstelle für den Stahnsdorfer Zentralfriedhof auf Wilmersdorfer Gelände bei Halensee ist ohne Erfolg geblieben. Das Ministerium hat den Bau genehmigt, weil die Leichensammelstelle für den Zentralfriedhof unerläßlich ist und in einem westlichen Vorort aufgeführt werden muß. Das Gelände bei Halensee gilt als besonders geeignet, weil der Gleiskörper der Ringbahn hier kein Hindernis für die Anschlußbahn bildet. Eine Schädigung der Vororte durch den Transport der Leichen hält das Ministerium für ausgeschlossen.

Adlershof.

Aus dem Gemeindeparlament. Am 28. Januar beschäftigte sich die Gemeindevertretung wiederum mit der Bauleitung für den Erweiterungsbau der II. Gemeindeschule. Da der Amtsbauinspektor Königsberger die Bauleitung definitiv abgelehnt hat, aber der Gemeinde die Benutzung der bis jetzt angefertigten Skizzen freistellte, wurde beschlossen, dem Amtsbauinspektor für die Skizzen nach den Sätzen des Architektenvereins 1044 M. als Entschädigung anzubieten. Durch die Ablehnung der Bauleitung seitens des Amtsbauinspektors Königsberger hatten die verschiedenen Baukommissionen den Antrag eingebracht, als Gemeindebaumeister einen Regierungsbaumeister anzustellen. Als jährliches Gehalt waren dabei 5000 M. und 1000 M. Mietsentschädigung bei voller Pensionsberechtigung vorgesehen. Mit der Anstellung allein wären aber die Ausgaben für diesen Posten noch nicht erledigt gewesen, sondern durch die Mietung von Bureauräumen und Anstellung von unteren Baubeamten wäre der Gemeindeetat so gesteigert worden, daß eine bedeutende Erhöhung der Gemeindesteuerzuschläge herbeigeführt worden wäre. Nach längerer Diskussion wurde ein Antrag unseres Genossen Hildebrandt angenommen, nach welchem die Anstellung des Regierungsbaumeisters abgelehnt und eine Neuausschreibung der Bauleitung für den Anbau der II. Gemeindeschule erfolgen soll. Vorläufig wird dieses Verfahren auch bei den anderen bevorstehenden Bauten eingeschlagen werden. Die Aufhöhung des Glienicker Weges wurde dem Unternehmer Pförtner mit der Bedingung übertragen, nur ortsansässige Arbeiter zu beschäftigen. Es kommen zirka 3000 bis 4000 Kubikmeter Erde in Betracht. Die Erweiterung der Einfriedigung des Grundstücks der II. Gemeindeschule wurde dem Unternehmer Lucke übertragen und sollen beide Arbeiten sofort begonnen werden. Entsprechend der Ausdehnung des Ortes machte sich auch eine Erweiterung der Haftpflichtversicherung notwendig und wurde die dem Lehrpersonal der Gemeinde- und höheren Schulen aus ihrem Berufe sich ergebende Haftung nunmehr in die Versicherung mit aufgenommen. Desgleichen auch diejenigen Schäden, von welchen das Publikum auf den Bürgersteigen betroffen werden kann. Durch diese Erweiterung der Haftpflichtversicherung entstehen der Gemeinde nunmehr Ausgaben aus der Haftung nach den §§ 31 und 89 des B. G.-B. und nach den Bestimmungen für Schäden aus öffentlichen Unruhen und für Gestellung von Pferden für die Feuerlöschgeräte 558 M., für die Haftung der Lehrerschaft aus ihren Berufshandlungen 119 M. und für die auf den Bürgersteigen eintretenden Schäden 510,50 M. Auf diese Prämiensätze werden der Gemeinde von dem Allgemeinen deutschen Versicherungsverein in Stuttgart 35 Proz. Rabatt eingeräumt, so daß insgesamt 756,92 M. gegen 255,50 M. in den Vorjahren als jährliche Ausgaben entstehen. Zu der durch die Krise entstandenen Arbeitslosigkeit war von unseren in der Gemeindevertretung tätigen Genossen folgender Antrag eingebracht und stand in der heutigen Sitzung zur Beratung:

„1. Bewilligung der Mittel zur Arbeitslosenzählung im Februar 1909;

2. Bereitstellung von Mitteln zur Linderung der Notlage, welche durch die bestehende Arbeitslosigkeit hervorgerufen ist."

Für beide Punkte, welche getrennt verhandelt und zur Abstimmung gelangten, hatte der Genosse Hildebrandt die Begründung übernommen. In eingehender Weise wies er die Nachteile nach, welche sich bei der Arbeitslosenzählung im November aus dem Meldesystem ergeben hatten. Besonders wies er auf das Material hin, welches in derselben Frage der Stadtverordnetenversammlung am 7. Januar in Berlin vorgelegen hatte und auf das vorliegende gedruckte Ergebnis der Arbeitslosenzählung, welches in der heutigen Sitzung den Gemeindevertretern zugestellt war.

In der lebhaften Debatte, welche sich hieran anschloß, widerstrebten sämtliche Redner der Zählung durch Hauslisten und stellten sich vollständig auf den Standpunkt der Berliner Stadtverordneten. Selbst die Verdächtigung, welche bei den Beratungen in Berlin ausgesprochen wurde, daß eine Hauslistenzählung unter Mitwirkung der Arbeiterschaft keinen Anspruch auf Richtigkeit erheben könne, sondern der Nachweis großer Arbeitslosigkeit künstlich herbeigeführt würde, wurde auch hier in versteckter Form vom Direktor Lindenberg wiederholt, aber auch vom Genossen Hildebrandt in gebührender Weise zurückgewiesen. Der Antrag selbst fiel bei der Abstimmung gegen die Stimmen unserer Genossen. Bei der Beratung des zweiten Teiles unseres Antrages erklärten sämtliche bürgerlichen Vertreter ihr Einverständnis mit der Bereitstellung von Mitteln zur Linderung der Notlage, und wurde folgender Antrag einstimmig zum Beschluß erhoben:

„Zur Linderung der aus der vorhandenen Arbeitslosigkeit entstandenen Notlage werden 1500 M. bewilligt. Aus diesen Mitteln soll denjenigen arbeitslosen Familienvätern eine sofort zu zahlende einmalige Unterstützung von 15 M. gewährt worden, welche seit dem 1. Januar 1909 oder länger nachweislich arbeitslos und mindestens seit dem 1. Oktober 1908 im Orte wohnhaft sind. Denselben Personen ist für jedes im Haushalt befindliche Kind unter 14 Jahren oder, sofern dieselben noch schulpflichtig sind, 1 M. besonders zu zahlen. In den Schulen sind sofort Erhebungen vorzunehmen, welche Kinder ohne ein warmes Frühstück und Mittagbrot die Schule besuchen und ist hinreichende Fürsorge zu treffen, daß den Kindern ein solches in der Schule verabreicht wird, auch dann, wenn nur eines von beiden fehlen sollte. Den Rektoren der Schule wird vollständige Vollmacht zum schnellen Handeln erteilt. Sollten die bewilligten Mittel zur Linderung des vorhandenen Notstandes nicht zureichen, so wird der Herr Gemeindevorsteher ersucht, umgehend die benötigten Mittel zu beantragen. Die Gewährung von Unterstützungen aus diesem Antrage gelten nicht als Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln.

Notstandsarbeiten sollen, soweit die Witterung es zuläßt, sofort in Angriff genommen werden."

Eine Kommission aus 7 Mitgliedern wurde aus dem Gemeindevorsteher, den Gemeindevertretern Kruse und Hildebrandt, dem Lehrer Krause und den Frauen Jürgens, Winterstein und der Genossin Lina Reimer gebildet, welche am Freitag ihre Arbeit sofort aufnahm. In der Kommissionssitzung wurde beschlossen, eine Liste von Arbeitslosen durch unseren Genossen Hildebrandt entgegenzunehmen, aber auch sofort durch Säulenanschlag und andere geeignete Bekanntgabe die Arbeitslosen zur Meldung aufzufordern. Dieser Säulenanschlag ist auch ergangen, nach welchem alle Arbeitslosen, welche die in dem Beschlusse festgelegten Bedingungen erfüllen, sich am Montag und Dienstag in der Zeit von 8 bis 8 Uhr im Gemeindeamt melden sollen. Nach den in der Kommission gepflogenen Verhandlungen ist zu erwarten, daß die Gemeindeverwaltung alles tun wird, um den Beschluß schnell durchzuführen und um jede Härte streng zu vermeiden.

Ober-Schöneweide.

Dreiklassenwahlrecht. Der Widersinn dieses aller Gerechtigkeit Hohn sprechenden Wahlsystems kommt recht kraß in der diesjährigen Aufstellung der Gemeindewählerliste zum Ausdruck. Danach wählen in der 1. Klasse 2, in der 2. Klasse 285 und in der 3. Klasse 3646 Wähler.

Die Klage unserer Genossen gegen die Ungültigkeitserklärung ihrer drei Hausbesitzermandate scheint bei dem bisherigen Prozeßtempo auch in diesem Jahre noch nicht zum Abschluß kommen zu sollen.

Baumschulenweg.

Ein jugendlicher Retter. Am 28. Januar rettete der zehnjährige Schüler Hans Paarmann, Schraderstr. 1, mit eigener Lebensgefahr auf dem offenen Gewässer der Pumpstation den gleichaltrigen Schüler Hermann Dettmann, Wohlgemuthstraße, beim Schlittschuhlaufen vom Ertrinken.

Zehlendorf.

Aus der Gemeindevertretersitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vertreter Thornton den Antrag, den Punkt 14 der Tagesordnung öffentlich zu verhandeln, welchem Antrage auch stattgegeben wurde. Als erster Punkt wurde eine neue Gebührenordnung für die Benutzung des Gemeindekrankenwagens beraten.

Der Referent ist der Meinung, die sehr geringe Inanspruchnahme des Wagens rühre daher, daß die Gebührensätze zu hoch sind, so daß meistens auswärtige Unternehmungen dieser Art, welche billigere Tarife haben, bevorzugt werden. Der Referent schlägt nun im Namen des Sanitätsausschusses vor, die Fuhrkosten zu ermäßigen. Die Kosten für Desinfektion und das Reinigen des Wagens sind von der Gemeinde zu tragen. Diese Kosten betragen für das Reinigen 2 M. und für die Desinfektion 1 M. Da der Jahresdurchschnitt zirka 50 Transporte ausmacht, so würden die Kosten, welche die Gemeinde übernehmen soll, 150 M. betragen. Der in Betracht kommende Fuhrunternehmer hat sich mit einer geringeren Entschädigung für jeden Transport einverstanden erklärt. Die Vertretung genehmigt den neuen Tarif, nach welchem von nun an folgende Sätze Geltung haben:

Von Zehlendorf nach Berlin oder Potsdam 9,50 M., zweispännig 14 M.

Von Zehlendorf nach Nowawes 8 M., zweispännig 11 M.

Von Zehlendorf nach Gr.-Lichterfelde 5 M., zweispännig 7 M.

In diesen Sätzen ist der Lohn für den Begleiter mit inbegriffen. Die Kosten für Desinfektion und Reinigung übernimmt die Gemeinde.

Der nächste Punkt betrifft die kostenlose Desinfektion solcher Wohnungen, deren Inhaber an Lungen- oder Kehlkopfschwindsucht leiden, bei event. Wohnungswechsel. Da die Desinfektion bei obigen Krankheiten durchaus notwendig ist, die Hausbesitzer aber nicht zur Erstattung der Kosten gezwungen werden können, beschließt die Vertretung, diese Kosten zu übernehmen in allen den Fällen, in denen die Hausbesitzer Zahlung nicht leisten.

Die dritte Vorlage betraf die Deckung außerordentlicher Ausgaben. Der Referent fordert für 63 635,35 M., welche durch Hypothekengelder, Auflassungskosten, Abzahlungsraten usw. entstanden sind, Deckung und schlägt vor, obige Summe aus den Ueberschüssen des Rechnungsjahres 1907, welche noch mit 117 891,37 M. zu Buch stehen, zu entnehmen.

Die Vorlage findet Annahme. Das Wochenmarktstandgeld soll von 5 Pf. auf 20 Pf. pro Quadratmeter und Markttag erhöht werden. Man will die Einnahme des Marktstandgeldes an einen Pächter vergeben und deshalb soll die Verteuerung stattfinden. Ob aber dadurch erreicht wird, mehr Geschäftsleute nach Zehlendorf zum Wochenmarkt zu ziehen, muß stark bezweifelt werden. Weiter beschließt die Vertretung, der Zehlendorf-Grunewald-Terrain-Aktiengesellschaft die Summe von 2310,18 M. zurück zu zahlen. Grund dafür ist: Bei der Pflasterung der verlängerten Hauptstraße wurden sämtliche Anlieger mit ⅚, die Z.-G.-T.-A. jedoch mit ⅙ zu den Kosten herangezogen. Bei den Verhandlungen vor Abschluß des Vertrages soll nun der Gesellschaft zugesagt worden sein, sie nur ebenfalls mit ⅚ zu belasten. Jetzt hat die Terraingesellschaft den Beweis dafür erbracht, daß tatsächlich eine derartige Vereinbarung stattgefunden hat. Für diejenigen Herren, welche die Verhandlungen im Auftrage der Gemeinde mit der Gesellschaft geführt haben, ist das wirklich kein Beweis für die Sorgfältigkeit, mit der sie zu Werke gegangen sind. Beim nächsten Punkt werden 417 506 M. zum zweiten Ausbau der Kanalisation aus Anleihemitteln gefordert. Es sollen jetzt zunächst die Straßen im nördlichen Ortsteil mit Rohrleitungen versehen werden, welche eine weniger dichte Bebauung aufweisen aber noch im Bereich der Hauptpumpstation belegen sind. Die Vorlage wird nach Begründung durch den Gemeindebaurat bewilligt.

Der Gemeindevertreter Voigt teilt in einem Schreiben mit, daß er aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niederlegt.

Nach Entgegennahme einiger Mitteilungen und nach dem noch eine ziemlich lebhafte Aussprache über einen noch besseren Schnellverkehr mit Berlin stattgefunden hatte, erfolgte Schluß der Sitzung.

Weißensee.

In der heutigen Gemeindevertretersitzung wird darüber beschlossen werden, ob im Februar eine Arbeitslosenzählung stattfinden soll. In der Kommission wurde allerdings beschlossen, zu empfehlen, eine solche stattfinden zu lassen nach dem Berliner System. Auf Hauslisten zu zählen, erkenne man wohl als das wichtigste System an, aber unser Ort dürfe doch hierbei nicht aus der Reihe tanzen, das ganze Bild wird dadurch verschoben, so waren die Ausreden und so werden sie auch heute sein. Es stehen noch außerdem andere interessante Punkte auf der Tagesordnung.

Spandau.

Die hiesige Wahlrechtsdemonstration, welche vorgestern veranstaltet wurde, verlief im großen und ganzen ziemlich ruhig. Die Genossen versammelten sich 1½ Uhr mittags in den Bezirkslokalen und kamen gegen 2 Uhr in den Hauptlokalen von Gottwald, Schönwalder Straße, und Köpenick, Pichelsdorfer Straße, zusammen. Gegen 2 Uhr verließen die Genossen in nicht geschlossenem Zuge die Hauptlokale. Bis an die innere Stadt ging alles ganz ruhig zu. Hier sorgte aber die liebe Polizei dafür, daß etwas Leben in die Bude kam, und daß die Bewohner merkten, es finde eine Demonstration statt. An der Neuen Brücke stand einer der größten Polizeisergeanten und rief mit seiner an den Kasernenhof erinnernden Stimme: „Verteilen Sie sich mehr. Sie dürfen nicht geschlossen gehen, sonst machen Sie sich strafbar!" Am Marktplatz, wo man befürchtete, die Genossen aus beiden Vorstädten würden hier zusammentreffen, war wohl das Hauptaufgebot der Polizei. Die Genossen aus der Neustadt wurden durch die Moritzstraße nach der Ringchaussee abgeleitet, während man die Genossen aus der Wilhelmstadt in kleinen Trupps die Potsdamer Straße entlanggehen ließ. Sobald die Genossen wieder außerhalb der inneren Stadt waren, kümmerte sich die Polizei vernünftigerweise nicht mehr viel um sie, und so war es den Genossen der Neustadt möglich, in der Klosterstraße ein Hoch auf das freie Wahlrecht auszubringen, und mit dem Gesang der Arbeitermarseillaise wurde die Pichelsdorfer Straße entlang marschiert. Die Versammlungslokale waren in einem Nu bis auf den letzten Platz gefüllt. Bei Köpenick sprach Genosse John und bei Gottwald der Genosse Dr. Bernstein. Das Thema lautete gleichmäßig: „Der Wahlrechtskampf". Die Ausführungen der Redner wurden mit großem Beifall aufgenommen und an dem begeisterten Hoch auf das freie Wahlrecht, welches zum Schluß ausgebracht wurde, sowie an dem begeisterten Gesang: „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen" konnte man merken, wie die Worte des Referenten Eingang in die Massen gefunden. Nach Schluß der Versammlung gab es noch eine kleine unbedeutende Stockung, welche die Polizei hervorrief, indem sie die Versammlungsbesucher in die Seitenstraßen drängten. Die Demonstranten focht das aber nicht an. Sie gingen ruhig ihres Weges und der Polizeisäbel bekam keine Arbeit. In der Versammlung bei Gottwald wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammelten fordern von der preußischen Regierung die schleunige Einbringung einer Wahlrechtsvorlage an das Abgeordnetenhaus zur baldigen Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts aller über 20 Jahre alten Personen. Sie verurteilen das verräterische Vertreten der Volksrechte durch die bürgerlichen Abgeordneten. Die Versammelten erklären, daß nur die sozialdemokratischen Vertreter die wahren Vertreter von Volksrechten sind, und verpflichten sich, mit allen Mitteln zur Erreichung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu kämpfen."

Es wurde noch auf die am Dienstag bei Böhle stattfindende Protestversammlung gegen die Gewerbenovelle hingewiesen und zur Organisation aufgefordert.

Den Delegierten zum Unterrichtskursus des Bildungsausschusses zur Nachricht, daß der Unterricht am Dienstag ausfällt.

Potsdam.

Die Protestversammlung am Sonntag nahm einen großartigen Verlauf. Ueber 600 Personen hörten unter lautem Beifall das Referat des Genossen Wuschick-Berlin, der es in trefflicher Weise verstand, das ganze Unrecht des jetzigen Landtagswahlrechts vor Augen zu führen. Er kennzeichnete das Verhalten der bürgerlichen Abgeordneten dem Antrage der Arbeiterschaft gegenüber. Von einer Straßendemonstration wurde Abstand genommen. Ueber 400 Personen wollten aber den Referenten nach dem Bahnhof geleiten. Nur bis zum Luisenplatz kam der Zug. Dort stellte sich ihm die erste Schutzmannskette von zwei Dutzend Schutzleuten entgegen, die nun nur Abteilungen durchließ. Weitere Ketten wurden umgangen. Im ganzen waren über 50 Schutzleute, Kriminalschutzleute, Kommissare sowie als Oberbefehlshaber der Polizeiinspektor aufgeboten. Am Bahnhof verabschiedete sich Genosse Wuschick unter Dankesworte von den Parteigenossen und der immer noch zahlreich vertretenen Polizei. So sicher sei er noch niemals zum Bahnhof geleitet worden. Durch die Unterstützung der Polizei ist auch das Bürgertum auf die Wahlrechtsbewegung aufmerksam gemacht worden. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen.

Eingegangene Druckschriften.

Abenteuerlicher Simplicius Simplicissimus. Von H. J. Ch. Grimmelshausen. Neu an Tag geben und in unser Schriftdeutsch gesetzt von E. Heyaur. Umschlagszeichnung von B. Schulz. Geh. 4,50 M., geb. 6 M. A. Langen, München.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 31. 1. cm	seit 30. 1. cm[1])	Wasserstand	am 31. 1. cm	seit 30. 1. cm[1])
Memel, Tilsit	216[2])	—1	Saale, Grochlitz	128	—6
Pregel, Insterburg	8[3])	+6	Havel, Spandau[7])	54	—4
Weichsel, Thorn	134[4])	—12	„ Rathenow[4])	92	0
Oder, Ratibor	114	+12	Spree, Spremberg[5])	72	+2
„ Krossen	88	—10	„ Beeskow	77	+1
„ Frankfurt	70[4])	+12	Weser, Münden	—104	—7
Warthe, Schrimm	58	—4	„ Minden	-56[3])	—13
„ Landsberg	62[5])	—2	Rhein, Maximiliansau	300	—2
Netze, Vordamm	67[5])	+2	„ Kaub	104[4])	+3
Elbe, Leitmeritz	—28	+8	„ Köln	102[2])	+2
„ Dresden	-150[6])	+72	Neckar, Heilbronn	41	+1
„ Barby	18[5])	—10	Main, Wertheim	—	—
„ Magdeburg	22[7])	—12	Mosel, Trier	60[5])	—9

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Eisstand. — [4]) schwaches Grundeis. — [5]) Grundeis. — [6]) schwaches Treibeis. — [7]) starkes Treibeis. — [8]) schwaches Grundeistreiben. — [9]) Treibeis.

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.